D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 103
Oktober '78 DM 2,–

Iran: Rebellion und Islam

Das Maß der Gewalt, mit der die Herrschaft des "Königs der Könige", der "Sonne der Arier", Mohammed Reza Pahlevi, orientalischer Despot von imperialistischen Gnaden und konstruierter altpersischer Legitimität, die Rebellion seiner Bevölkerung niederkartätschen ließ, hat alle an ihn gerichteten Erwartungen erfüllt. Tausende Opfer, herbeigeführt durch Massentötungsinstrumente wie Maschinengewehre und Kampfhubschrauber, zeugen von der Wirksamkeit eines politischen Systems, das die übelsten Charakteristika einer asiatischen Despotie mit jenen des Imperialismus vereint.

Der Hinweis auf die gesellschaftlichen Ursachen der Massenerhebung im Iran bedarf keiner weitergehenden Vertiefung. Worauf linke Kritik im Ausland und der Widerstand im Iran in Theorie und Praxis bereits in den sechziger Jahren hingewiesen haben und was heute auch von der aufgeklärt-liberalen bürgerlichen Presse bereitwilliger kolportiert wird, daß nämlich durch eine allein von den Verwertungsinteressen des Kapitals auf dem Weltmarkt sich vollziehende Industrialisierung die traditionellen Strukturen zerstört, die dabei errichteten industriellen Anlagen und Komplexe nicht nur nicht national miteinander verbunden, sondern im Iran für den Iran völlig disfunktional sind. Hier braucht die Produktivkraft gar nicht erst qualitativ in Destruktivkraft umzuschlagen; in der imperialistischen, also allein vom Weltmarkt her gesetzten Form war sie es bereits in der bloßen Art ihrer Anlage. Die Folgen, die sich daraus ergeben, weisen darauf hin, daß der Iran durch diese Form der Industrialisierung überall hin katapultiert wird, nur nicht, wie der Schah behauptet, ins einundzwanzigste Jahrhundert. Die die traditionellen gesellschaftlichen Strukturen zerfasernde und zerreißende Industrialisierung, der also nur sei-

IN DIESER AUSGABE:

Kommentare

Dany Diner: Iran 1
H.E. Brand: Nicaragua und wir 3
Klaus Busch: Gipfelkonferenzen 4
Volkard Brandes: Arbeitszeitverkürzung 6
Volker Prittwitz: Einreise Mandel 7
Carl-Wilhelm Macke: Papstwahl 8

Artikel

SZ Tübingen: Zum Ernst-Bloch-Tag 9
Egbert Jahn: CSSR 1968 12
Pavel Lipka: Charta '77 14
Rehabilitierung Bucharins? 16
C. König/W. Kaiser: Bolivien 17

Diskussion

Norbert Kostede: Strategie 19
Hansgeorg Conert: Das SB und die Bunten 22
J. Hirsch/R. Roth: Parlament als Falle 24

Information/Berichte Initiativen/Aktionen

Anti-Apartheid-Kongreß 27
Bahro-Kongreß 27
Sommerschule des SB 27
Spökenkieker Kiel 29
Neue Broschüren 31

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

tens des Weltmarktes eine Logik nachzuweisen ist, nämlich die des uneingeschränkten Profits, mußte alle Klassen und Schichten der Bevölkerung, die nicht weiterhin vom stimulierenden Ölreichtum profitieren bzw. ihn nur als seine Kehrseite in Form des inflationären Katzenjammers kennenlernten, gegen ein Regime aufbringen, das so offenkundig die Rolle einer Agentur äußerer Interessen wahrnimmt. Aber so eindeutig sich eine massenhafte Opposition gegen das Schahregime formiert und der politische Überdruck sich in verzweifelten Massendemonstrationen Luft macht, die nur durch die physische Vernichtung bzw. durch deren exemplarisch vollzogene Androhung in Gestalt von Maschinengewehrfeuer und Hubschrauberangriffen niedergehalten werden konnten, so ambivalent äußert sich die Opposition politisch; insbesondere dann, wenn ihr Ausdruck islamische Formen annimmt.

Das rationalistisch geprägte Bewußtsein westlicher Sozialisten ist verführt, die islamischen Formen des Massenwiderstandes als reaktionär einzustufen. Diejenigen, die sich diesen Formen gegenüber hingegen positiv verhalten wollen, konstruieren eine ideologische Behelfsbrücke, dem fortschrittlichen Engagement katholischer Priester in Lateinamerika analog. Der Versuch, die Rolle der islamischen Geistlichkeit, der Imame, Mullas und Ayatollas mit der Elle der abendländischen Erfahrung zu messen, sie entweder nach rechts als "Pfaffen" oder nach links als "Muslims für den Sozialismus" einordnen zu wollen, muß schon allein deshalb scheitern, weil der Islam nicht eine Religion im Sinne einer Konfession westlicher Provenienz ist, sondern vielmehr eine Lebensform, die eine Trennung von weltlich und religiös nicht kennt. Diese Lebensform verträgt sich wiederum nicht mit den Formen der bürgerlichen Gesellschaft, die neben der Trennung von Staat und Gesellschaft auch die Scheidung von Staat und Religion erfordert. Mit dieser Aussage ist keinerlei politische Wertung hinsichtlich der Rolle der islamischen Geistlichkeit in der Opposition zum Schahregime verbunden. Erst in Zusammenhang mit den sozialen Veränderungen, die die imperialistisch bestimmte Kapitalisierung im Iran herbeiführte, können die ambivalenten Folgen des politischen Engagements der islamischen Geistlichkeit bewertet werden.

Eine wesentliche Folge der vom Schah im Jahre 1963 eingeleiteten "Weißen Revolution" war der Zusammenbruch des traditionellen Agrarsektors. Die Bauern, die zuvor in einem despotisch-asiatischen Abhängigkeitsverhältnis zum Großgrundbesitz standen, wurden von der Scholle "befreit", bzw. wurden ökonomisch nun völlig vogelfrei, da sie die ihnen zur Verfügung gestellten Parzellen nicht ohne teure Kredite bewirtschaften konnten. Die Enteignung des Großgrundbesitzes durch den Schah war tatsächlich die Freisetzung der Bauern als potentielle Lohnarbeiter. Das rapide Anwachsen der Städte – Teheran wuchs von 1963 bis jetzt von 500.000 Einwohnern auf 5 Millionen an – ist nur ein Ausdruck für den völligen Zusammenbruch der traditionellen iranischen Gesellschaft. Dieser sozioökonomische Verfall einer ursprünglich gemeinschaftlich organisierten Gesellschaft zog auch den Niedergang seiner Ideologie- und Lebensformen nach sich, wie sie durch den Islam zum Ausdruck gebracht werden.

Die Krise der Ökonomie zieht nunmehr die Legitimationskrise des Schahregimes nach sich, der dem neuen Iran altpersische, d.h. vorislamische Symbole auferlegte, wie z.B. die "kaiserliche" Zeitrechnung, die jetzt das Jahr 2537 zählt. Im Kampf gegen das despotisch-terroristische Schah-Regime, das sich nicht auf den im Volk verwurzelten Islam, sondern auf das vorislamische persische Großreich des Kyros beruft, wird eben dieser Islam als eine Volksideologie gegen ein von außen installiertes System gerichtet. Außerdem wird der Mobilisierungseffekt des Islam obendrein dadurch verstärkt, daß die entwurzelte und nunmehr verstädterte Bauernbevölkerung in der neuen Anonymität sich nur noch in der islamischen Geistlichkeit erkennt. Diese wiederum wird dadurch zum Sprachrohr der sich nicht autonom verbalisierenden Massen, insbesondere dann, wenn bedacht wird, daß die Meinungsfreiheit vom Schah nicht geschätzt wird. Gleichzeitig wird es die Geistlichkeit auch nicht unversucht lassen, die Opposition verstärkt islamisch einzubinden. Dagegen gilt es zu bedenken, daß eine demokratische Entwicklung im Iran die Rolle des Islam als ein umfassendes System der Verkehrsformen einschränken und die Geistlichkeit ihrer traditionalen sozialen Funktion wird entheben müssen. In diesem Zusammenhang sei allein auf die im Islam festgelegte untergeordnete Rolle der Frau verwiesen. Heute jedoch, in einem Iran, der imperialistisch durchdrungen ist, nimmt der Islam eine mobilisierende Funktion wahr. Die demokratische und marxistische Opposition muß sich dieser Ambivalenz klar werden und sie politisch wenden, ohne dabei im westlichen Sinne rationalistisch "antiklerikal" zu werden oder sich opportunistisch der gegenwärtigen Rolle der islamischen Geistlichkeit unterzuordnen.

Der Iran ist vom Kapital – auch in seiner imperialistischen Form – zu sehr ergriffen, um in einen islamisch-reaktionären Gottesstaat aufgehen zu können. Andererseits hat diese besondere Form der kapitalistischen Durchdringung keine gesellschaftlichen Bedingungen für eine bürgerlich-demokratische Entwicklung erlaubt. Wenn der Vergleich gestattet ist, dann bietet der Iran ein Bild, das dem des zaristischen Rußland von 1905 ähnelt, mit dem auffälligen Unterschied, daß weit und breit kein 1917 und ein plombierter Güterwaggon in Sicht ist – oder im Klartext: keine äußere Unterstützung seitens einer an einem inneren Wandel zwecks äußerer Auswirkung interessierten Macht erwartet werden kann. Die iranische Armee ist – um im Bild zu bleiben – im Unterschied zum im ersten Weltkrieg schwer angeschlagenen zaristischen Heer militärisch intakt, um als Polizei des despotisch-terroristischen Schah-Regimes nach innen wie nach außen zu wirken. Das internationale Szenario, in das der Iran seines Rohstoffreichtums und seiner strategischen Lage wegen eingebettet liegt, hat insofern auch die Funktion eines Korkens für die weitere innere politische Entwicklung, als der Sturz des Schah nicht nur beträchtliche Bewegung in die Ölpreise brächte, sondern aus imperialistischer Sicht eine solche Entwicklung auch den größten Ölförderer im Weltmaßstab, Saudi-Arabien, bedrohen würde; eine Entwicklung, die den schwächlichen Dollar und damit auch die kapitalistisch-imperialistische Hegemonialmacht USA schwer anschlagen würde, bzw. ihrerseits militärisches Handeln herausfordern würde, das vermutlich nicht unbeantwortet bliebe. Steht soviel auf dem Spiel, dann kann auch der Menschenrechtsdemagoge Carter dem beunruhigten Schah telefonisch seine besten Wünsche zum weiteren Morden übermitteln. Carter weiß weshalb: ein Sturz des Schah und die Errichtung eines progressiven Regimes im Iran würde den internationalen status quo ökonomisch und geopolitisch entscheidend treffen. In diesem Sinne hat die imperialistische Vergesellschaftung den sozialen Massenkämpfen im Iran im Weltmaßstab eine zentrale Rolle zugeordnet. **DANY DINER**

dpa

Nicaragua und wir

Zunächst war es spontane Hoffnung, die unter uns vorherrschte, als der Jahrzehnte alte Widerstand gegen die Diktatoren-Dynastie der Somozas, die Nicaragua seit 1937 wie ihren Privatbesitz regiert, im Verlauf dieses Jahres immer größere Ausmaße annahm. Nach der Ermordung des Herausgebers der einzigen liberalen Tageszeitung "La Prensa", Chamorri, Ende Januar 1978, kam es in der Hauptstadt Managua zu schweren Straßenkämpfen. Immer breiter und offener entfaltete sich in den darauffolgenden Monaten der Widerstand gegen Somoza. Er erfaßte nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch das Kleinbürgertum und große Teile der Bourgeoisie, denen die Somozas mit der Ausdehnung ihres Privatbesitzes auf immer größere Teile des Landes zunehmend eigene Entfaltungsmöglichkeiten abschnitten. Im August 1978 stürmten dann Guerilleros der Sandinistischen Befreiungsfront den Nationalpalast und nahmen die Senatoren, darunter Angehörige der Familie Somoza und mehrere Minister als Geiseln und tauschten sie gegen politische Gefangene aus. Auf dem Weg vom Präsidentenpalast zum Flughafen wurden sie von der Bevölkerung, die den Sturz Somozas forderte, gefeiert. Der anschließend von der Opposition ausgerufene Generalstreik, der bis zum Sturz des Diktators fortgesetzt werden sollte, breitete sich über das ganze Land aus, wurde zum Aufstand gegen das verhaßte Regime. In zahlreichen Städten und in ländlichen Gegenden übernahm die Bevölkerung, unterstützt von der Sandinistischen Befreiungsfront – die Kontrolle. Der Rücktritt des Diktators schien nur noch eine Frage von Tagen.

Doch Somoza trat nicht zurück, sondern eröffnete mit Hilfe seiner weitgehend von ausländischen Anti-Guerilla-Spezialisten geführten 8.000 Mann starken Nationalgarde, unterstützt von Söldnern aus den Diktaturen in Guatemala und Honduras und mit – wenn auch versteckter – Hilfe aus den USA, den Krieg gegen die Bevölkerung von Nicaragua. Mit Entsetzen entnahmen wir den spärlichen Informationen, die zu uns kamen, mit welcher Brutalität die Nationalgarde die von der Bevölkerung übernommenen Städte zurückeroberte, ganze Stadtviertel mit Panzern dem Erdboden gleichwalzte und die Menschen mit Maschinengewehren und mit Bordkanonen von Hubschraubern aus in den Straßen niederschoß. Tausende von Toten haben die Massaker der Nationalgarde bereits gekostet, und ein Ende ist bis heute nicht abzusehen. Wir können vielleicht analysieren und kommentieren, doch wirklich erfassen können wir nicht, was in diesen Tagen in Nicaragua geschieht. Es ist – wie 1973 anläßlich des Militärputsches in Chile oder gegenwärtig angesichts der Massaker des Schahs an der iranischen Bevölkerung – einer jener Augenblicke, in denen uns nichts als ohnmächtige Wut bleibt. Es ist aber auch einer jener Augenblicke, in denen uns Angst ergreift: Angst vor den unfaßbaren Grausamkeiten, mit denen die Herrschenden – stehen sie mit dem Rücken zur Wand – um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu kämpfen entschlossen sind.

Es ist schwer, aus der Ferne einzuschätzen, wie die Auseinandersetzungen in Nicaragua weitergehen werden. Die Städte wurden von der Nationalgarde zurückerobert. Gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung sind einer unbarmherzigen Unterdrückung ausgesetzt, kämpfen um ihr Überleben – gegen das Militär, die Polizei und den Hunger. Vieles spricht gegenwärtig dafür, daß die Carter-Regierung den inzwischen auch in Washington ungeliebten Somoza zumindest noch so lange halten möchte, bis dieser die revolutionärsten Teile der Bevölkerung physisch liquidiert hat, um ihn erst dann durch weniger verhaßte konservative Politiker bei Gewährung begrenzter bürgerlicher Freiheitsrechte zu ersetzen. Damit wäre auch den Interessen des Großkapitals entsprochen, das "weder Somoza noch Sandinisten" will.

Wir können gegenwärtig wahrscheinlich – außer Aufklärungsarbeit – wenig an praktischer Unterstützung zugunsten der Opposition gegen Somoza leisten. Wir können aber z.B. dazu beitragen, zu verhindern, daß die Bundesregierung ihre Wirtschaftshilfe für das Somoza-Regime fortsetzt und – wie beabsichtigt – in nächster Zeit aus Steuergeldern 10 Mio. Dollar an den Diktator überweist. Unsere Möglichkeiten sind angesichts dessen, was heute in Nicaragua geschieht und was die Betroffenen an Unterstützung benötigen, gering. Und gerade das ist es, was in uns – wie in ähnlichen historischen Situationen zuvor – jenes Gefühl von Hilflosigkeit und Wut hervorbringt: kaum mehr als Beobachter sein zu können, während in der Ferne eine von Jahrzehnten der Unterdrückung gezeichnete Bevölkerung um ihre Befreiung kämpft.

H.E. BRAND

dpa

edition suhrkamp

Die Hexen der Neuzeit.
Studien zur Sozialgeschichte eines kulturellen Deutungsmusters. Herausgegeben von Claudia Honegger,
es 743, DM 12,–

Henri Lefebvre, Einführung in die Modernität.
es 831, DM 11,–

Ernst Kris, Die ästhetische Illusion.
Phänomene der Kunst in der Sicht der Psychoanalyse,
es 867, DM 9,–

Frances F. Piven, Richard A. Cloward, Regulierung der Armut.
Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt,
es 872, DM 12,–

Starnberger Studien 1.
Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts,
es 877, DM 14,–

Franz L. Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie.
Aufsätze 1930-1954. Herausgegeben von Alfons Söllner,
es 892, DM 14,–

Perry Anderson, Von der Antike zum Feudalismus
Spuren der Übergangsgesellschaften,
es 922, DM 10,–

Ute Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen.
Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Mit Dokumenten,
es 933, DM 14,–

Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik 1 und 2.
Mit Dokumenten. Herausgegeben von Wolfgang Luthardt,
es 923/es 934,
je Band ca. DM 14,–

In allen Buchhandlungen. Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6000 Frankfurt 1

Volksabstimmung über AKWs in Österreich am 5.11.1978

U. Lantzke, der Exekutivdirektor der internationalen Energieagentur, stellte in einem Referat für die Spitzen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft klar, welchen Sinn die Atomlobby einem AKW in Österreich beimißt: "Wenn ein Land wie Österreich, vielleicht nicht einmal zu Unrecht, zu dem Schluß kommt, auf Kernenergie gegenwärtig verzichten zu können, so müßte sich das außerordentlich nachteilig auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Kernenergie auch in den anderen Ländern auswirken, die keine solche Alternative besitzen. Welche Bevölkerung akzeptiert schon Kernenergie, wenn jenseits der Grenzen der Nachweis erbracht zu werden scheint, daß es sehr wohl auch ohne geht?" Bei der Volksabstimmung geht es unmittelbar nur um ein Ja oder Nein zum Atomkraftwerk Zwentendorf in der Nähe von Wien. Auf längere Sicht könnte ein hoher Stimmenanteil gegen den Atomstrom auch in Ländern eine Rolle spielen, in denen die Atomlobby einen entscheidenden Einfluß auf die Energie-, Rüstungs- und Forschungspolitik ausübt. Für die Gegner von AKWs auch in den Nachbarländern Österreichs ergibt sich somit die Verpflichtung, in Anlehnung an einen berühmten Menschen, der seinerzeit den Sozialismus mit Elektrifizierung und Sowjets definierte, bei einem der schwächsten Glieder einer bis jetzt noch immer recht massiven Kette anzusetzen. In diesem Sinne appellieren wir an die Solidarität der Kollegen auch jenseits Österreichs Grenzen. Angesichts enormer Propagandaetats der AKW-Befürworter sind wir vor allem auf finanzielle Unterstützungen angewiesen.

Die Anti-AKW-Bewegung stellt in Österreich einen Machtfaktor dar, der in den letzten Jahren kaum von einer anderen Basisinitiative erreicht wurde. Ein übertriebener Optimismus ist aber fehl am Platz. Losungen, wie "Das Volk will kein Atomkraftwerk – dem muß sich die Regierung beugen", entspringen falschen Einschätzungen der österreichischen Realität. Die Volksabstimmung wäre sicherlich ohne das Engagement der Anti-AKW-Aktivisten und ein Unbehagen in Teilen der Bevölkerung nicht zustande gekommen. Der unmittelbare Anlaß zur Entscheidung der Regierung, eine Volksabstimmung anzusetzen, war aber ein ungutes Hick-Hack der beiden Großparteien. Die ÖVP (die Schwesterpartei der CDU) war zwar der eigentliche Initiator des AKWs Zwentendorf und unterstützte bis heute alle Schritte zur Fertigstellung des AKWs, in der momentanen Situation ist sie aber auf Wählerfang aus und will der SPÖ-Regierung das alleinige politische Risiko aufhalsen. Die SPÖ-Regierung hoffte lange Zeit auf ein Arrangement mit der ÖVP, um so bei den Parlamentswahlen in einem Jahr kein schwedisches Schicksal zu erleiden. Als die ÖVP aber ihre demagogische Haltung weiter vertrat, griff die SPÖ zum Plebiszit, das sie noch bis vor ganz kurzer Zeit als nicht geeignet für die Entscheidung der AKW-Frage beurteilte, weil die Bürger dabei zu unmündig und zu emotionell wären. Die Parteien drehen und winden sich, wie es sich für eine ernstzunehmende Politik gehört. Die KPÖ ist auch besonders konsequent und wartet einmal ab, wie der Hase läuft. Neben den Vertretern der Elektrizitätswirtschaft zählen die Gewerkschaftsführer zu den vehementesten Befürwortern des Atomstromes. Sie halten noch immer dem Argument die Stange, daß ein maximales quantitatives wirtschaftliches Wachstum anzustreben sei, da nur so das Problem Vollbeschäftigung gelöst werden könnte. Für ein hohes Wirtschaftswachstum sei eine ebenso hohe Steigerung des Energieangebots notwendig. Innerhalb der Gewerkschaften wurden diese Anschauungen großteils von oben dekretiert, doch ist ebenso zu bemerken, daß nur eine kleine Minderheit an der Basis eine offene Auseinandersetzung über diese Fragen aktiv anstrebt.

Wir von der "Initiative Gewerkschafter gegen AKWs" (= ähnlich dem Aktionskreis Leben in der BRD) werden es bei der Volksabstimmungskampagne besonders schwer haben. Es ist zu befürchten, daß sich eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitern und Angestellten infolge der heuchlerischen Politik der ÖVP einer offenen Auseinandersetzung über AKWs nicht aufgeschlossen zeigen und ihrem Lagerdenken den Vorzug geben wird.

In der Kampagne werden wir versuchen, daß die Angstparole von den AKW-Gegnern nicht zu sehr strapaziert wird. Wie die Geschichte zeigt, spielt eine solche Argumentation den Rechten in die Hände. Für uns scheint es nicht zuletzt wegen unseres gewerkschaftlichen Bezugsfeldes zielführend, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gesichtspunkte der AKW-Frage in den Vordergrund der Aktivitäten zu stellen. Wir werden auch sehr deutlich auf die enge Verquickung der friedlichen und kriegerischen Verwendung der Atomenergie hinweisen und die Gewerkschaften mit ihren, uns gegenüber nicht sehr ehrlich gemeinten Vorwürfen konfrontieren, daß zuwenig gegen A-Waffen protestiert wird.

Kontakte: Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke – Überfraktionelle Initiative – c/o Franz Schallmeier, A-1010 Wien, Schottenring 35/1;

H. STEINER

★

Herr Scheel – der philosophierende Locus communis

Die Väter des Grundgesetzes haben weise gehandelt, als sie von den vielfältigen Amtspflichten des Bundespräsidenten die Aufgabe ausnahmen, er müsse auch in der Lage sein, die deutsche Philosophie zu repräsentieren. Dieser Republik blieb dadurch manche Blamage erspart, denn philosophische Exerzitien des Bundespräsidenten erhalten dadurch keinen offiziellen Charakter. Auch dem jetzigen Inhaber dieses gewiß schwierigen Amtes kann es niemand verargen, daß ihn vor 1.500 aus aller Welt nach Düsseldorf geströmten Philosophen das Lampenfieber schüttelte und er "zunächst gewisse Hemmungen zu überwinden hatte", bevor er mit seinen warmen Begrüßungsworten begann.

Herr Scheel hat sich bislang eher mit seinen fröhlichen Liedern, die er vom Kutschbock in die Lande trällerte, einen Namen gemacht, als mit ernsthaften begrifflichen Anstrengungen. Tatsächlich waren seine Ausführungen zum Thema Philosophie wenig von des Gedankens Blässe angekränkelt: "Jeder Mensch", so führte er aus, "hat ja, ob er es weiß oder nicht, seine 'Philosophie', das heißt seine Meinungen zum Leben, zu Gott und Welt, Familie, Staat, Beruf und so weiter." So einfach ist das.

Aber der Bundespräsident blieb nicht nur in derlei Seichtem stekken. An einer Stelle seiner Rede überwand er alle Hemmungen und schwang sich auf zu einem wahren Lichtblick. Und eh er sich's versah, geriet ihm die ernst genommene Philosophie zur vernichtenden Kritik an den bestehenden Verhältnissen: "Was hat die in unserem Lande praktizierte Freiheit noch mit dem philosophischen Begriff zu tun, wie ihn die großen deutschen Denker dachten?" – wie wahr.

Doch lange mochte das bundesdeutsche Staatsoberhaupt nicht bei der Wahrheit bleiben. Er verließ die Philosophie und kehrte zurück zu hausbackenen Gemeinplätzen und schlechten, aber politisch verwertbaren Abstraktionen: "Der Demokrat macht über den Wahrheitsgehalt des Marxismus, wie über den jeder anderen politischen Philosophie, gar keine Aussage. Was ihn am Marxismus stört, was ihn zum Gegner des Marxismus macht, ist: daß dieser, sich im Besitze der Wahrheit wähnend, keine andere Wahrheit neben sich gelten läßt – und gelten lassen kann." Die versammelten Philosophen werden gewiß ergriffen gewesen sein von der Schlichtheit solcher Sentenzen. Vielleicht mögen einige auf weitere Bestimmungen dieser beiden Typen gewartet haben, doch blieben sie aus. Das wäre ja auch viel verlangt, der Bundespräsident hat ja noch anderes zu tun, als zu denken. Wer enttäuscht war, der wurde dadurch entschädigt, daß der Bundespräsident pikante Details aus seinem Bekanntenkreis offenbarte: "Ich spüre, daß ich mich hier auf schlüpfriges Gelände begebe. Doch ich kann Ihnen verraten, daß ich in meiner über 30-jährigen politischen Tätigkeit, nahezu täglich, auf die eine oder andere Weise mit Karl Marx zu tun hatte." – Wer hätte das gedacht?

HEINRICH GRÜN

dpa

Nachlese zu den Gipfelkonferenzen in Bremen und Bonn

Die Juli-Konferenzen des Europäischen Rates in Bremen und der Regierungschefs der sieben führenden kapitalistischen Industrienationen in Bonn befaßten sich zum einen mit neuen Plänen zur Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EG und zum anderen mit den Krisenerscheinungen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Der folgende Kommentar versucht, die Ergebnisse beider Konferenzen einzuschätzen.

Nach dem Scheitern des früheren Drei-Stufen-Plans zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EG (vgl. den EG-Artikel in "links" Nr. 93) entschloß sich der Europäische Rat auf seiner Bremer Konferenz, erneut einen großen Anlauf zur Errichtung eines Europäischen Währungssystems einzuleiten. Die Kernpunkte des neuen, noch nicht exakt spezifizierten Konzepts sind:

1. Der europäische Währungsverbund, an dem zur Zeit nur die BRD, Dänemark und die Benelux-Länder teilnehmen (sogenannte Mini-

schlange), soll erneut um Frankreich, Italien, Großbritannien und Irland erweitert werden. Die Währungen aller EG-Länder sollen also enger aneinander gekoppelt werden, wobei die Intensität der Bindungen (Schwankungsbreite zwischen den Währungen) noch nicht näher bestimmt ist.

2. Die Interventionen auf den Devisenmärkten zur Aufrechterhaltung dieses Verbundes bleiben weiterhin Sache der nationalen Zentralbanken.

3. Es wird ein Europäischer Währungsfonds errichtet, dem die Mitgliedsländer 20% der Währungsreserven übertragen. Zur Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten gewährt der Fonds den Mitgliedsländern Devisenkredite.

Überraschend ist an diesem Plan nicht die Zielsetzung (engere Verknüpfung der Währungen, Kreditlinien für währungsschwache Länder), der eigentliche Unterschied zu den früheren Anläufen zu einer Währungsunion besteht vielmehr darin, daß die BRD erstmals bereit ist, einen erheblichen Teil ihrer Währungsreserven vor einer Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik zu vergemeinschaften. Ohne eine gleichgerichtete ökonomische Entwicklung in der EG ist dieses Europäische Währungssystem in der Tat eine glatte Fehlkonstruktion: Es läuft Gefahr, Wechselkursparitäten zwischen den EG-Ländern aufrechtzuerhalten, die der realen Entwicklung der Konkurrenzposition der einzelnen Länder nicht entsprechen, und bietet über den Interventionsmechanismus die Möglichkeit zur Inflationsübertragung von währungsschwachen auf währungsstarke Länder. Daß die BRD dennoch auf dieses Konzept eingeschwenkt ist, liegt in der starken Aufwertungstendenz der DM

in jüngster Zeit begründet. Die Bundesregierung hofft, einerseits durch einen Verbund mit schwächeren Währungen die Aufwertungstendenz der DM gegenüber dem Dollar in Grenzen zu halten, andererseits durch eine Stabilisierung der Währungsbeziehungen innerhalb der EG, in die immerhin 50% der BRD-Exporte gehen, die Exportindustrie von Währungsunsicherheiten zu entlasten.

Ohne die nähere Ausgestaltung des europäischen Währungssystems abwarten zu müssen, kann bereits jetzt abgesehen werden, daß dieses Kalkül der Bundesregierung nicht aufgehen wird. Bei den derzeit vorhandenen großen außenwirtschaftlichen und inflatorischen Ungleichgewichten zwischen den 9 Mitgliedsländern ist eine engere Verkoppelung der EG-Währungen aussichtslos. Allenfalls Frankreich kann zur Zeit (!) aufgrund seiner außenwirtschaftlichen Stabilisierung erneut einen Beitritt zur europäischen Währungsschlange, in der es bereits zweimal Mitglied

dpa

war, in Angriff nehmen, Großbritannien und Italien hingegen riskieren bei diesem Schritt aufgrund ihrer immensen Inflationsraten überbewertete Wechselkurse, die ihre Exporte bedrohen und die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt verschärfen. Beide Länder werden deshalb von einer engen Verzahnung mit der EG-Währungsschlange Abstand nehmen, denn auch potentielle Kredite vom Europäischen Währungsfonds können allenfalls kurzfristig die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Länder überbrücken, nicht aber die Konkurrenzbedrohung auf Dauer beseitigen.

Die Bremer Währungspläne werden deshalb weiterhin europäischer Wunschtraum bleiben, deren Diskrepanz zur ökonomischen Realität in den nächsten Monaten durch Beschlüsse überbrückt werden wird, die mit den bewährten langen Übergangsperioden ausgeschmückt sind und nach einiger Zeit erneut ad acta gelegt werden, wie einst die großen Währungspläne der Haager Gipfelkonferenz von 1969.

Auf dem Bonner Gipfeltreffen standen als zentrale Themen der Dollarverfall, das Energieproblem, die Stagnation der kapitalistischen Weltwirtschaft und der wachsende Protektionismus im Welthandel auf der Tagesordnung. Die amerikanische Forderung nach einem Wachstumsbeitrag der währungsstarken Länder sowie die Forderung der übrigen Länder nach einem us-amerikanischen Energieprogramm zur Behebung des Dollarverfalls lagen auf dem Tisch (vgl. den Dollar-Artikel in "links", Nr. 101). Die Konferenz endete mit einem Kompromiß, der folgende Punkte beinhaltet:

1. Die US-Regierung sicherte zu, bis 1985 ihre Öl-Importe von heute täglich 12 Mio. Barrels auf 10 Mio. Barrels zu senken und bis 1980 die amerikanischen Energiepreise auf das Weltmarktniveau zu heben, um so Energieeinsparungen zu erzwingen.

2. Die BRD, Japan und Frankreich kündigten an, noch in diesem Jahr Maßnahmen zur Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums einzuleiten.

3. Die Verhandlungen im Rahmen der Tokio-Runde des GATT sollen bis Ende dieses Jahres mit einem positiven Ergebnis im Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse beendet werden.

Dokumentiert dieses Konferenzergebnis den Willen der führenden kapitalistischen Industrienationen, die durch die Weltwirtschaftskrisen vertieften ökonomischen Rivalitäten nicht in einen offenen Währungs- und Handelskrieg ausufern zu lassen, so zeigt dennoch eine nähere Betrachtung, daß die Gipfelbeschlüsse nur wenig zur Behebung der realen Krisentendenzen beitragen können.

Der Kurs des US-Dollar ist nach der Bonner Konferenz weiter gefallen: er sank von Anfang Juli 2,07 DM auf 1,92 DM Mitte August und lag Mitte September bei 1,97 DM. Die Energiegesetzentwürfe der Carter-Administration, die im wesentlichen eine Erhöhung des Erdgaspreisniveaus sowie eine höhere Besteuerung der heimischen Ölproduktion beinhalten (beides soll den Energieverbrauch drosseln und die Ölimporte vermindern), sind zur einen Hälfte, der Ölsteuer, bereits im Kongreß gescheitert und drohen zum anderen Teil, der Erhöhung der Erdgaspreise, in den kommenden Wochen zu Fall gebracht zu werden. Von der Möglichkeit aber, die Ölimporte mit höheren Zöllen zu belegen, scheint der US-Präsident angesichts der Gegenmacht des Kongresses nicht Gebrauch machen zu wollen. Ob die Carter-Regierung in dieser Lage ihre Zusicherung auf dem Bonner Gipfel einzuhalten vermag, ist äußerst zweifelhaft. Der Dollar aber bleibt weiterhin – auch nach dem Kursanstieg im September auf rund 2 DM – unterbewertet, bedroht so die Konkurrenzposition Westeuropas auf den Weltmärkten und zieht wahrscheinlich weitere Öl-Listenpreiserhöhungen der OPEC-Länder nach sich.

Der seit der Krise 1974 zehnte (!) konjunkturpolitische Anlauf der BRD in Form des jüngst verabschiedeten 13-Mrd.-Programms, der als Bonner Beitrag zum Gipfel zu betrachten ist, soll zwar für 1979 die Wachstumsrate des Sozialproduktes um 1% erhöhen, eine Überwindung der ökonomischen Stagnation ist von diesem Programm, das sich auf nur 1/3 der 1977 beschlossenen Ankurbelungssummen beläuft, nicht zu erwarten. Wegen der starken Verwertungskrise des westdeutschen Kapitals ist die Investitionstätigkeit, die allein einen sich selbst tragenden Akkumulationsprozeß auslösen kann, immer noch schwach. In dieser Situation dient dem Kapital allein eine Senkung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, sowie eine deutliche Verschiebung der Verteilungsverhältnisse zu seinen Gunsten. Die Senkung der Einkommenssteuer, die Erhöhung des Kindergeldes und der Fortfall der Lohnsummensteuer, die die wesentlichen Bestandteile des 13-Mrd.-Programms ausmachen, werden die Verwertungsbedingungen des Kapitals nur marginal verbessern und von daher keinen autonomen Akkumulationsprozeß in Gang setzen können. Der von der BRD erwartete Lokomotivbeitrag zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise wird deshalb auch 1979 ausbleiben.

Ein unterbewerteter Dollar und eine stagnative Weltwirtschaft sind darüber hinaus die denkbar ungünstigste Ausgangslage zur Überwindung des schwelenden Protektionismus im Welthandel. Konnte die Tokio-Runde des GATT deshalb bereits dem Bonner Gipfeltreffen keine Erfolgsbilanz vorlegen – wie ursprünglich beabsichtigt –, bleibt auch die Absichtserklärung der 7 Regierungschefs, die GATT-Runde möge bis Ende 1978 ihre Aufgabe erledigen, ohne große Realisierungschance.

Das Erscheinungsbild der kapitalistischen Weltwirtschaft wird folglich auch nach dem Bonner Gipfel durch Währungskrisen, ökonomische Stagnation und schleichenden Protektionismus gekennzeichnet sein. Ob das in Bonn geknüpfte dünne Kooperationsnetz unter diesen Bedingungen tatsächlich vor einem Absturz in offene Währungs- und Handelskriege schützt, bleibt zweifelhaft. KLAUS BUSCH

Arbeitszeitverkürzung ohne Arbeitskampf?

Zunehmend steht heute die Arbeitszeitverkürzung an der Spitze gewerkschaftlicher Forderungen. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll dabei nicht mehr nur – wie in den Jahren der Hochkonjunktur – der "Humanisierung" der Arbeit dienen, sondern wird immer stärker als Mittel zur Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer propagiert. Der DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 nahm die 35-Stunden-Woche in seinen Zielkatalog auf. Uneingeschränkt vertritt, um nur ein Beispiel zu nennen, der IG Metall-Vorsitzende Loderer die Auffassung: "Arbeitszeitverkürzung schafft neue Arbeitsplätze und macht vorhandene Arbeitsplätze sicherer" (Zeitung am Sonntag, 17.9.78). Inwieweit die Unternehmer bei Arbeitszeitverkürzungen tatsächlich Neueinstellungen vornehmen und die Arbeitszeitverkürzung nicht durch Steigerung der Arbeitshetze auf dem Rücken der Kollegen auszugleichen versuchen werden, wird jedoch nicht in Interviews, sondern in den Auseinandersetzungen im betrieblichen Alltag entschieden.

Praktisch ist allerdings von Gewerkschaftsseite bisher wenig zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen mit dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan worden. Einige der ersten Versuche dieser Art startete die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) seit dem Jahr 1977. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, zählt doch die NGG zu den traditionell sozialpartnerschaftlichsten Gewerkschaften. Das der Forderung zugrunde liegende Konzept war in Wirklichkeit allerdings auch kein Bruch mit der sozialpartnerschaftlichen Vergangenheit, sondern lag in dieser Tradition. Der Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen sollte aus einer von Unternehmern und Gewerkschaften gemeinsam verwalteten "Lohnausgleichskasse" gezahlt werden: Die NGG erklärte sich bereit, von den jeweils ausgehandelten Lohnerhöhungen 0,85% in diese Kasse fließen zu lassen; die Unternehmer sollten den gleichen Anteil einzahlen.

Zudem wurde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung von der NGG nicht für alle Beschäftigten des Tarifbereichs erhoben, sondern nur für jene, bei denen die Unternehmer aller Voraussicht nach eher konzessionsbereit sein würden: bei älteren Beschäftigten, die nur noch kurze Zeit in den Genuß kürzerer Arbeitszeit kommen würden und die die Unternehmer zudem oft in die Frühverrentung abzuschieben versuchen – wenn sie die Älteren nicht noch vorzeitig als "Rationalisierungsopfer" auf die Straße zu setzen versuchen. Dennoch kam es beim zweiten Versuch der NGG zur Durchsetzung derartiger Forderungen zu einem größeren Konflikt.

Zunächst schloß die NGG im Sommer 1978 für 17.000 Beschäftigte in der Zigarettenindustrie eine Sondervereinbarung ab, wonach Beschäftigte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und dem Unternehmen seit mindestens 10 Jahren angehören, im Einvernehmen mit Unternehmern und Betriebsrat bei einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Lohnausgleich beschäftigt werden, während gleichzeitig die entsprechende Zahl von Beschäftigten eingestellt werden soll.

Dann versuchte die NGG, ein ähnliches Abkommen in den Manteltarifverhandlungen für die Brauer und Mälzer in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen, deren Arbeitsplätze in den letzten Jahren um 25% verringert worden sind, während gleichzeitig die Hektoliterproduktion je Beschäftigten um 81% gesteigert worden ist. Die Chancen schienen zunächst – trotz Unternehmerwiderstandes – recht günstig. Die NGG verhandelte, gestützt durch Warnstreiks und spontane Protestaktionen, in zahlreichen Betrieben. Am 21./22. August stimmten 85% der organisierten Kollegen in einer Urabstimmung für Streik. Vor diesem Hintergrund willigte die Verhandlungsführung der Unternehmerseite am 25./26. August in den Schlichtungsspruch ein: für Beschäftigte über 60 Jahre, die mehr als 10 Jahre in der Brauindustrie beschäftigt sind, die 32-Stunden-Woche, sowie abgestufte Arbeitszeitverkürzungen von 34 bis 38 Stunden für die 56- bis 60jährigen. Allerdings: Von Kündigungsschutz war in dem Abkommen nicht die Rede, so daß Frühverrentung und Entlassungen gefördert wurden. Dennoch jubelte die NGG über den erzielten "entscheidenden Durchbruch".

Doch die Freude der Funktionäre dauerte nicht lange. Kaum war der Vertrag in der Öffentlichkeit bekannt, wurde der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Brauereien und Mälzereien auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) an die Leine genommen: kein Zugeständnis bei der Arbeitszeit, das Signalwirkung in anderen Branchen haben könnte. Der BDA war fest entschlossen, die Front der 40-Stunden-Woche zu verteiligen. So gingen die Brauereibesitzer in die Knie: der von ihren Verhandlungsführern mit den Gewerkschaften bereits unterzeichnete Vertrag wurde nicht akzeptiert.

Dem Kniefall der Brauereibesitzer

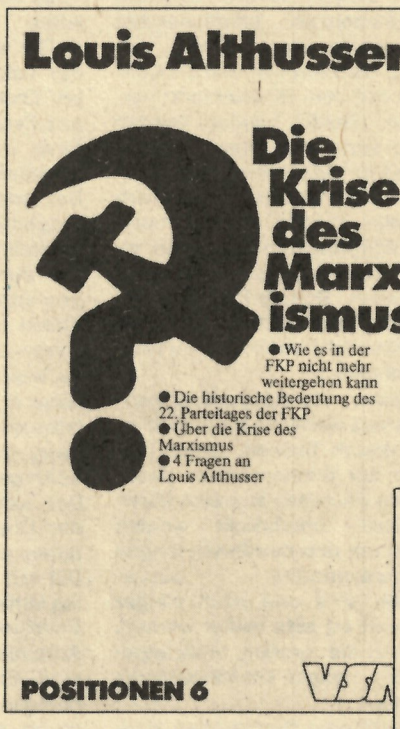
Roland Günter/W. Reinink/J. Günter
ROM – Spanische Treppe
Architektur, Erfahrungen, Lebensformen
196 Seiten (mit mehr als 100 Abbildungen und Fotos); DM 16,80

Roland Günter
Fotografie als Waffe
Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie
2. Auflage; 196 Seiten (mit zahlreichen Fotos); DM 16,80

Ramon Tamames
Demokratische Umgestaltung
Der „eurokommunistische" Weg für Spanien
200 Seiten; Paperback; DM 18,–

Agnes Heller
Philosophie des linken Radikalismus
Ein Bekenntnis zur Philosophie
196 Seiten; Paperback; DM 18,–

Heinrich Hannover
Klassenherrschaft und Politische Justiz
Plädoyers für ein demokratisches Recht
320 Seiten; Hardcover mit Schutzumschlag; DM 22,–



Louis Althusser
Die Krise des Marxismus
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
Reihe POSITIONEN 6

Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
Reihe POSITIONEN 3

Jean Elleinstein
P.C.F. (parti communiste français)
160 Seiten; Paperback; DM 14,80

Gertrud Meyer – Die Frau mit grünen Haaren
Herausgegeben von M. C. Wiessing
180 Seiten (mit zahlreichen Fotos); Format 19 x 19 cm; DM 16,80

VSA-Verlag, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

folgte der Kniefall der NGG-Funktionäre. Kampflos streckten auch sie – trotz wachsender Aktionen der Belegschaften – die Waffen vor dem BDA. Der nordrhein-westfälische Landesbezirksvorsitzende des NGG, Walter Schmidt, erklärte in diesen Tagen sogar öffentlich: "Obwohl die Gewerkschaft alles daransetze, offene Konfrontationen durch spontane kurzzeitige Arbeitsniederlegungen in den Betrieben zu bremsen, sei dies nicht immer möglich" (FR, 5.9.78). Deutlicher konnten die NGG-Funktionäre ihr Selbstverständnis als Ordnungsfaktor wohl kaum ausdrükken. Einige Verhandlungsrunden unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Farthmann als Schlichter genügten dann auch, um sie von der "zentralen gewerkschaftlichen Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit" abzubringen und sich mit einer Urlaubsverlängerung von 30 Tagen für die über 60-jährigen Kollegen zu begnügen. Kaum mehr als 300 Kollegen werden etwas von dieser Regelung haben.

Die NGG hatte sich wieder als die alte sozialpartnerschaftliche Gewerkschaft behauptet, die sie immer gewesen war. Bleibt abzuwarten, was dem heutigen 2. und designierten 1. Vorsitzenden der NGG, Günter Düding, jetzt zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen einfallen wird. Doch nicht etwa wieder das alte Lied vom Bierfilz: Bürger, trinkt mehr Bier, Eurer Gesundheit und der Sicherung der Arbeitsplätze zuliebe (vgl. "links" Nr. 97). Die Professoren, die die entsprechenden Gesundheitsgutachten liefern, stehen allerdings – wie die Zeitung der NGG "Einigkeit" im September 1978 dokumentiert – schon wieder bereit, Unternehmer und gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre in das gleiche Rettungsboot zu hieven.

Der BDA hat mit seiner – in der Geschichte der BRD wohl einmaligen – Intervention demonstriert, was geschlossenes Auftreten seitens der Unternehmer durchzusetzen vermag. Anders waren dagegen die Reaktionen auf seiten des DGB. Hier kam es zu keinem gemeinsamen Vorgehen. So ließ man zunächst die NGG versuchen, eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen und feierte dann noch die Kapitulation der NGG in der zweiten Schlichtung als Sieg und verschwieg, daß der erste – auf einen größeren Arbeitskampf zusteuernde – Versuch zur Durchlöcherung der 40-Stunden-Woche sang- und klanglos abgeblasen worden war. Zur gleichen Zeit versucht die IG Metall, die 35-Stunden-Woche in der krisengeschüttelten Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens durchzusetzen. Auf welche Weise sie dieses Ziel nach dem harten Auftreten des BDA gegenüber der NGG durchzusetzen hofft, bleibt vorläufig offen. In den Gewerkschaftsvorständen wurde jedenfalls wieder einmal so gehandelt, als ob ungleichzeitiges und unkoordiniertes vereinzeltes Vorgehen stark mache. Das dürfte kein Zufall sein, sondern vielmehr die Angst, bei einem geschlossenen Vorgehen einen größeren Konflikt mit der Unternehmerseite zu riskieren. Und davor scheuen die Gewerkschaftsspitzen, trotz aller Erfahrungen der letzten Jahre, daß die sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsspielräume enger werden, weiterhin zurück. V. BRANDES

Günter Döding (NGG) informiert Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg aus: Einigkeit

Klage gegen Schnüffelaktion

Als erste der fast 300 Publikationen, die durch die Schnüffelaktion von Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz betroffen sind, hat "was tun", Organ der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), die BRD verklagt. Erhoben wird die Klage gegen die BRD und nicht einzelne Personen oder Behörden, weil sie sich gegen die Überwachungsaktionen an sich richten soll. Ziel ist zunächst, daß die Überwachung von Lektüren für rechtswidrig erklärt wird.

Da – obwohl 287 Publikationen betroffen sind – keine Sammelklage möglich ist, kommt dem Prozeß als Präzedenzfall Bedeutung zu. Die Herausgeber der "was tun" fordern in diesem Zusammenhang dazu auf, die erzwungene Vereinzelung auf juristischer Ebene auf politischer Ebene aufzuheben und eine Koordinationsstruktur anzustreben, die sich mit diesem Fall und gleichgelagerten Fällen befaßt.

Aufhebung des Einreiseverbots für E. Mandel

Im Januar 1972 erließ die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer den Radikalen-Erlaß; im Februar 1972 verhängte der damalige Bundesinnenminister Genscher das Einreiseverbot Ernest Mandels in die Bundesrepublik, gestützt auf Formulierungen, die kurz zuvor der Ablehnung Mandels als Professor an der Freien Universität Berlin vom Berliner Senat zugrundegelegt worden waren. ("... Die politischen Aktivitäten Mandels bezwecken eindeutig die revolutionäre Eliminierung ... der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugunsten eines Rätesystems ...").

Das Einreiseverbot Mandels war keine isolierte Erscheinung, sondern eine besondere Spitze der Repression gegen die Linke in der Bundesrepublik. Im Zuge des gesamtgesellschaftlichen Roll-backs nach dem Auslaufen der Studentenbewegung wurde die in den 60er Jahren verloren gegangene Berufsverbotslogik wieder aufgenommen und mit innerer Konsequenz als generelles Rede-, Versammlungs-, Anwesenheitsverbot für systemgefährlich erscheinende Kräfte fortgeführt. Dies war der Gehalt des Einreiseverbots Mandels.

Die Linke versuchte seit 1972 in immer neuen Öffentlichkeitskampagnen gegen diese besondere Spitze der Repression anzugehen – ohne nennenswerten Erfolg. Erst jetzt, nach sechs Jahren forcierten Ausbaus des Repressionsapparats, vor allem aber auch offensichtlicher Bedeutungslosigkeit der außerparlamentarischen Linken in der BRD lassen die Regierenden die Zügel etwas lockerer.

Diese Lockerung vollzieht sich im Rahmen einer allgemeineren atmosphärischen Liberalisierung, die nach dem heute schon filmisch und literarisch stilisierten Herbst 1977 harter Repression eine Art legitimatorische Aussteuerungsphase darstellt. Im Rahmen dieser atmosphärischen Liberalisierung, die unter anderem auch durch das Russell-Tribunal mit gefördert worden sein dürfte, sind unter anderem auch der Sturz Filbingers, der Rücktritt Maihofers und die Neubesetzung des Bundesinnenministeriums mit dem Linksliberalen Baum zu sehen.

Baum erklärte zunächst – unter dem Wehgeschrei der FAZ und anderer konservativer Blätter über die mangelnde Standfestigkeit des neuen Ministers – die Frage der Einreise Mandels als eine im jeweiligen Einzelfall zu klärende Angelegenheit des jeweiligen Bundeslandes. Mandel durfte danach aufgrund einer entsprechenden Entscheidung des Berliner Senats zu einer Solidaritätsveranstaltung des Berliner Bahro-Komitees im Juli 1978 für Stunden nach Berlin einreisen. Nach dieser zufriedenstellenden Generalprobe – der Senat

war inzwischen durch keine Volkserhebung gestürzt worden –, wurde der Sperrvermerk im Paß Mandels aufgehoben.

Die Entscheidung Baums steht in kaum wahrgenommenem Nachklang zu der Aufhebung des Einreiseverbots für Mandel in den USA und die Schweiz, im Frühjahr dieses Jahres. Sie dürfte schließlich auch ein wenig durch die Solidaritätsbewegung für Rudolf Bahro beeinflußt worden sein, die in zunehmendem Maße Mandels Aussperrung mit aufgriff (s. dazu u.a. die Sendung von "Kennzeichen D" im Frühjahr 1978 sowie verschiedene Solidaritätserklärungen anläßlich der Verurteilung Bahros). Zu unübersehbar, zu peinlich wurde die Parallelität staatlicher Repression in der DDR und der Bundesrepublik. Mandel will nun in einer Veranstaltungsreihe durch West-Berlin und die Bundesrepublik seine Auffassungen leibhaftig zur Diskussion stellen. VOLKER PRITTWITZ

NEU IM

Antimilitarist. Buchversand
Jügelstr.1, 6000 Frankfurt/M

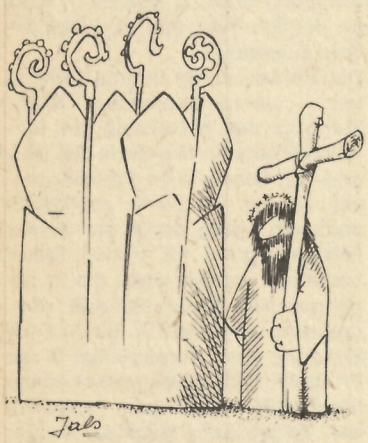
Klein/Müller/Schlaga
Politische Strömungen in der Friedensbewegung 1966-1974
(Selbstverlag)

Zur Information verschicken wir kostenlos unsere kommentierte Buchliste (163 Titel antimilitarist. Sachliteratur und Belletristik)

Für Wiederverkäufer gibts eine spezielle Preisliste! Versand ins In- u. Ausland

Zur Papstwahl

Man stelle sich einmal vor, zur Wahl eines neuen DGB-Vorsitzenden im Hamburger Kongreßzentrum werden dessen sämtliche Ein- und Ausgänge verrammelt, alle Presse- und Rundfunkvertreter werden rausgeschmissen und die stimmberechtigten Delegierten, allesamt ernannt vom vorherigen Vorsitzenden, müssen solange in dieser Festung bleiben, bis sie, ohne jede Aussprachemöglichkeit, sich auf einen Kandidaten geeinigt haben. So etwa verläuft das Ritual der Wahl eines Papstes der katholischen Kirche ab. Zwar kann grundsätzlich jeder "männliche,



keusche Katholik" zum Oberhaupt der Kirche gewählt werden, tatsächlich kommt aber immer nur ein Mitglied aus dem Kardinalskollegium dafür in Betracht. Ausschlaggebend für die Wahl eines neuen Papstes sind dann letzten Endes auch keine himmlischen Erleuchtungen, sondern ganz profane irdische Kalkulationen und Interessen. So ist die rasche Wahl des Kompromißkandidaten Luciani auch ein Ausdruck dafür, daß sich die verschiedenen erzkonservativen, konservativen und reformerischen Flügel unter den Kardinälen nur auf einen "recht wenig fortschrittlichen Papst" (Publik Forum, Nr. 18/78) einigen konnten. Mit seiner Namenswahl hat sich Luciani bewußt auf seine beiden Vorgänger Johannes und Paul berufen. Johannes XXIII. war während seiner kurzen Amtszeit ein bei den Massen in den katholischen Ländern – rein statistisch umfaßt die katholische Kirche noch ca. 710 Millionen Menschen – ungemein populärer Papst. Er symbolisierte den "Papa" schlechthin und auf ihn setzten die kirchentreuen Massen, deren Bedeutung von säkularen Sozialisten in unseren Breiten sehr häufig nicht zur Kenntnis genommen wird, große innerkirchliche und gesellschaftliche Reformhoffnungen, die z.T. dann auch in den Ergebnissen des II. Vaticanischen Konzils ihren Niederschlag fanden. Sein Nachfolger, Paul VI., wurde zwar als ein Papst des "gemäßigten Fortschritts" – Fortschritt immer gemessen an der Geschichte der katholischen Kirche – gewählt, hat aber allenfalls in seinen sozialen Verlautbarungen und in wenigen innerkirchlichen Reformen dieser Charakterisierung entsprochen. Mit seiner berüchtigten Pillenerklärung hat Paul der Sechste aber auch dafür gesorgt, daß der Vatican auf dem Gebiet der Sexualmoral selbst in breiten Kreisen des Katholizismus keine Autorität mehr besitzt. Welche Kompetenz will man den zölibatären alten Herren hier auch zumessen? Vergeblich hatte der Vatican – sein eigentliches Entscheidungszentrum ist weniger der jeweils amtierende Papst, sondern vielmehr die Kurienverwaltung – noch bei dem historischen italienischen Scheidungsreferendum und bei den Abtreibungsdebatten an seinen Anhang im Lande appelliert, dem Bösen zu widerstehen. Aber die Pforten der Kirche haben der Unterwelt dann doch nicht mehr standgehalten.

Für die südeuropäischen und lateinamerikanischen Basisgemeinden am Rande oder außerhalb der Kirche ist es belanglos, ob nun Herr Luciani, Felice oder Benelli sich Papst nennen darf. Ihre Vorstellungen von Solidarität mit den Unterdrückten, Egalität und politischer Parteinahme im Klassenkampf ist vom vaticanischen Pomp in der Regel schon Lichtjahre entfernt. Ermutigung erwarten sie von diesem Papst nicht und hätten sie auch von anderen denkbaren "progressiveren" Kandidaten nicht erfahren. Folgerichtig waren dann auch Mitglieder von römischen Basisgemeinden und der "Christen für den Sozialismus" führend bei der Demonstration am Tage der Amtseinführung vom neuen Papst gegen die Teilnahme von Videla aktiv. Auf Transparenten fragten sie den neuen Papst "Mit Videla oder gegen Videla?" Anders ist das Verhältnis zwischen der in den Basisgemeinden bzw. den "Christen für den Sozialismus" nur schwach präsenten PCI und dem Vatican. Gerade weil sie um ihre große Anhängerschaft auch unter den katholischen Massen weiß, kann es der PCI nicht gleichgültig sein, wie sich ihr gegenüber die Vatican-Spitze verhält. Ihre eigenen Beziehungen zur Kirchenhierarchie waren und sind entsprechend diplomatisch. Sie versucht sich auch hier als eine staatstragende Partei zu profilieren. Das Konkordat zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan ist von der PCI nie ernsthaft in Frage gestellt worden. So wird sie auch bei der bevorstehenden Erneuerung des Vertrages von dieser Haltung keinen Schritt abweichen.

Johannes-Paul Videla dpa

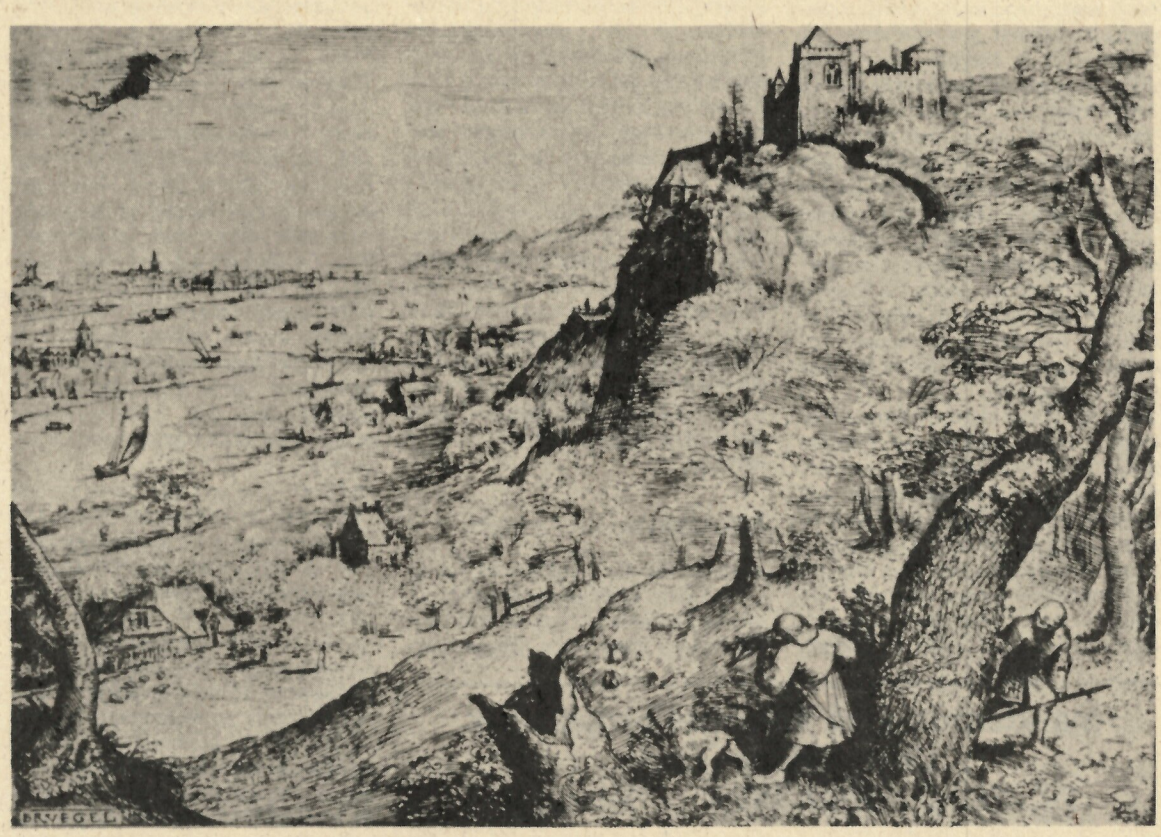
Der "historische Kompromiß" zielt ja nicht nur auf ein Bündnis mit der katholischen Partei DC, sondern versucht auch der in Italien zweifelsohne einflußreichen katholischen Kultur der Massen Rechnung zu tragen. Ob ihr dieses strategische Kalkül allerdings bei Johannes Paul I. etwas nützt, ist fraglich, da er als entschiedener Gegner ihrer Politik und der damit sympathisierenden Linkskatholiken gilt. Die PCI tröstet sich nur damit, daß Luciani seine proletarische Herkunft nicht verleugnet und sich erklärtermaßen als ein Papst der "Leidenden, Gefangenen, der im Exil Lebenden, der Verurteilten und Arbeitslosen" versteht.

Schon in seiner Haltung zu der im Oktober stattfindenden Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla (Mexiko) wird sich zeigen, ob er auch die praktischen Konsequenzen solcher Äußerungen zu tragen gewillt ist. Diese für die weitere Entwicklung auf dem 'katholischen Kontinent' nicht unbedeutende Konferenz wird nämlich auch die Frage "Mit oder gegen Videla, Pinochet, Somoza und den anderen Militärdiktaturen" beantworten müssen. Mit den Worten von Gustavo Gutièrrez, einem der zur Zeit einflußreichsten Theologen in Lateinamerika und Mitunterzeichner eines Appells an den neuen Papst, sich für die Unterdrückten und Benachteiligten in aller Welt zu engagieren: "Es kommt darauf an, lyrische Aufrufe zur gesellschaftlichen Harmonie zu unterlassen und eine sozialistische, gerechtere, freiere und menschlichere Gesellschaft zu schaffen und nicht eine beschönigende Gesellschaft, in der nur eine scheinbare und trügerische Gleichheit existiert." CARL-WILHELM MACKE

Kool Killer
Der Aufstand der Zeichen
Intensitäten
Foucault Dispositive der Macht
P. VIRILIO FAHREN, FAHREN, FAHREN...
Jervis/Rella Der Mythos der Antipsychiatrie
Leggewie/de Miller Ökologie-Wahlfisch
Undergound im Ostblock
J. Baudrillard Kool Killer
J. BAUDRILLARD SIMULAKRA
J.-F. Lyotard Intensitäten
Das Schillern der Revolte
Merve Verlag
Das Schillern der Revolte
Wahlfisch Ökologie-Bewegungen

Krise der Naturbeherrschung und Utopie

SZ Tübingen



1. Die Aktualität der Krise

Neue Begriffe decken auf und decken zugleich zu. Ökologie ist ein solcher Begriff, kaum zwei, drei Jahre alt im öffentlichen wie linken Sprachschatz. Wo er für die einen Problembewußtsein, fast sogar Katastrophenbewußtsein ausdrückt, meint er für andere Beschwichtigung: "Wir alle wissen ja um die Zusammenhänge ..." Doch Sonntagsreden wirken nicht mehr: Seit Seveso, seitdem allmonatlich irgendwelche Küsten den Öltod sterben, seitdem der GAU, die AKW-Katastrophe nur eine Frage der Zeit zu werden droht, wenn nicht Massenbewegungen planerische und wissenschaftliche "Objektivität" durcheinanderbringen, seitdem ist eines bedrohliche, offensichtliche Realität: "Unsere" Art der Naturbeherrschung hat ein solches Maß an zerstörerischem Fortschritt erreicht, daß sie selbst unsere Lebensgrundlagen zu vernichten droht. Unsere historische Alternative lautet nicht mehr: Sozialismus oder Barbarei. Selbst eine mögliche terroristische, total chilenisierte Gesellschaft ist in Frage gestellt. Unsere historische Alternative lautet: Sozialismus oder – Mond-werdung!

Aber nicht nur bezüglich der äußeren Natur deutet sich eine tiefgreifende Krise der Naturbeherrschung an. Auch im Arbeitsprozeß, der gesellschaftlichen Aneignung der Natur, ist ein Punkt erreicht, an dem die hochrationalisierte Maschinerie zunehmend eines produziert: nämlich massenhaftes psychisches Leiden, Ruinen an menschlicher Sinnlichkeit auf Seiten der "angewandten" Arbeitskraft, der zu Waren gewordenen Menschen. Und die Kehrseite: Arbeits-Losigkeit droht Sinnperspektiven einer ganzen Generation, einer ganzen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Die Krise ist also auch eine Krise der Naturbeherrschung am Menschen. Eine Linie des Fortschritts, in der wir uns von organismischer Abhängigkeit und magischer Naturverfallenheit emanzipiert haben, endet in einem zwiespältigen Resultat: Im Elend einer rationalisierten Subjektivität, in Entfremdungsgefühlen, in psychosomatischen Epidemien. Signalisiert wird dieses Elend durch Heilbewegungen aller Art: Makrobiotik, Meditation, neue Religiosität bis hin zu Versuchen von gesellschaftsbewußten Alternativen in der Frauenbewegung, in den Emanzipationsansprüchen der Neuen Linken. Klar: nicht "zurück zur Natur", sondern – irgendwie anders, mit ihr, versöhnlicher, in "Allianz"?, harmonisch?

2. Kapitalistische Gesellschaft und Naturbeherrschung

Seit dem alten Marx wissen wir, daß in der bürgerlichen Gesellschaft nicht irgendwelche Bedürfnisse, irgendwelche Normen, ob allgemein anerkannt oder manipuliert, oder Eigenheiten der Geographie das Bestimmende sind, sondern das Kapital sich als "automatisches" Subjekt der Gesellschaft etabliert hat. Das Kapital, als sachliches, Sache gewordenes soziales Herrschaftsverhältnis, dem natürliche Gegebenheiten bloße Voraussetzung sind. Wie der Gebrauchswert für den Tauschwert bloßer "Träger", also nur negativ bestimmt ist auf der Ebene der Wertform, so ist dem entfalteten Kapital die Natur – in Form von Rohstoffen wie in Form der Natürlichkeit der Arbeitskraft – bloße Ausgangsbedingung, stoffliche Basis, zugleich aber auch Schranke der Verwertung.

Konkretisieren läßt sich dieses Naturverhältnis im **Instrumentalismus der Technik**: Die gegenwärtige Form der Technik basiert auf der "reellen Subsumtion der Arbeitskraft unters Kapital", die Marx beschrieben hat als Prozeß, in dem die Arbeitskraft zum bloßen "Anhängsel der Maschinerie" wird, jede Steigerung der Produktivität aus intensivierter Arbeitsteilung, -belastung oder -geschwindigkeit herrührt. Die modernen Systeme der Arbeitsorganisation à la MTM, in denen menschliche Fähigkeiten zu Normgrößen und Faktoren geronnen sind, machen dies plastisch sichtbar. Diese Technik beinhaltet aber auch den hemmungslosen Raubbau an Rohstoffen der Erde, der Luft und des Wassers, beinhaltet den Ausstoß an Giften ohne Rücksicht auf ökologische Zusammenhänge. Und selbst die so rücksichtslose Produktion prägt noch ihren Resultaten den Stempel des bestimmenden Naturverhältnisses auf: Verschleiß ist eingeplant, der "Unfall" ist programmiert. So rasen die Produktivkräfte in grenzenloser Gier nach Mehrwert und Natur. Natur ist unerschöpflich geglaubtes Vorratslager und Abfalleimer in einem.

Diesem Naturverhältnis entspricht auch der **Instrumentalismus der Naturwissenschaft**: Analog zum industriellen Arbeitsprozeß ist hier das Experiment das Grundmuster der Erkenntnis – Erkenntnis um zu ... Zusammenhänge sind nur insofern wichtig, als sie ein beabsichtigtes Resultat betreffen. Wahr ist, was funktioniert! Instrument ist das mathematische Kalkül; Natur wird über ein Gerippe von "Gesetzen" gespannt, eine Optimierungsrationalität schließt alle Folge- und Nebenwirkungen als "Störfaktoren" aus.

Auch die innere Natur, die des Menschen, wird zum bloßen Objekt des Zugriffs, Objekt des **Instrumentalismus der Psycho- und Physiotechnik:** Einer naturwissenschaftlich orientierten Medizin, einer verhaltenstheoretischen Psychologie ist der Mensch bloßes multifunktionales organismisches System, zu stimulierendes Gebilde aus Reaktionen und Reaktionsausfällen: Homme machine.

Aber es gibt auch **Grenzen** dieses instrumentalistischen Naturverhältnisses in der kapitalistischen Gesellschaft. So gibt es in dieser Gesellschaft Bereiche des "pfleglichen" Umgangs mit der Natur, in der Landwirtschaft, im Verhältnis zur Landschaft, wo ein ungehemmter instrumenteller, technologischer Zugriff die hier gerade maßgeblichen ökologischen und biologischen Zusammenhänge direkt in Frage stellte. Doch dieses pflegliche Naturverhältnis ist erkauft mit der Mühsal vorindustrieller Arbeitsbedingungen, mit einer gesellschaftlichen Randstellung, wie sie schon der Begriff "Provinz" deutlich macht. Sicher, hier ist auch ein Ort für vorkapitalistische, weniger versachlichte soziale Beziehungen, ohne daß deren Herrschaftszusammenhang als persönlicher vermittelter außer Blick geraten sollte. Denn dem stadt-bürgerlichen Blick ist die Provinz allemal Idylle, romantisierter Fluchtpunkt.

Eine andere Grenze der instrumentalistischen Form der Naturaneignung besteht gegenüber der menschlichen, inneren Natur. Im Rahmen der Familie, genauer: in der familialen Frauenfunktion ist in die kapitalistische Gesellschaft ein nichtkapitalistischer "Produktions"-Typus "eingelagert", in dem andere Zeit- und Austauschstrukturen als in der umgebenden versachlichten Gesellschaft gelten müssen – bei Strafe der Verkümmerung und des psychischen Zerfalls. Doch die Überlagerung zweier verschiedener "Logiken" im Aneignungsprozeß der inneren Natur, der Sozialisation des kleinen Menschen und der psychischen Reproduktion der erwachsenen Arbeitskraft also, ist

nicht widerspruchsfrei: Denn die nicht-kapitalistische "Produktions"weise muß ein kapitalistisch-funktionales Resultat erbringen. Innerhalb dieser widersprüchlichen Anforderungen, isoliert von der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und der – und sei sie auch noch so verdinglicht, verkehrt – gesellschaftlichen Erfahrung ist die Familie, und auch die Existenz der Frau Randbezirk und sprachloser Unterbau: glückliche Insel und Hölle, Gummizelle zugleich.

3. Alternativen

Ernst Blochs Anstoß: Natur als utopisches Mit-Subjekt. Wie ist ein anderes, nicht-ausbeuterisches Naturverhältnis denkbar? Für die Blochsche Antwort, für seine Naturphilosophie liegt der Ansatzpunkt schon im Materie-Begriff selbst: Materie ist für sie nicht der tote Stoff, das bloße Material des mechanischen Materialismus, sondern "Materie nach vorwärts", In-Möglichkeit-Sein, wie es Bloch mit einem Begriff von Aristoteles ausdrückt. Natur enthält Latenzen, "Chiffren"; Bilder einer anderen Zukunft also, wie sie ästhetischer Erfahrung zugänglich sind. Blochs Naturbegriff gipfelt in einer "Allianz" zwischen befreiter Menschheit und "auferstandener" Natur; ähnlich wie der frühe, feuerbachische Marx ("Humanisierung der Natur, Naturalisierung des Menschen") philosophiert Bloch eine utopische Versöhnung, eine Harmonie zwischen einem noch nicht "herausgebrachten" Natursubjekt und einer zukünftigen Menschheit: vermittelt durch Arbeit, Natur-Werdung "mit dem Menschen an der Front" (Bloch).

Kritische Fragen müssen sich anschließen: Führt hier nicht eine Voraussetzung zum Ergebnis? Genauer: Blochs gesamte Philosophie, seine "Systemkonstruktion" neigt dazu, ein a priori des Noch-Nicht, des "Unabgegoltenen", Utopischen zu setzen. Weniger die genaue Analyse des Gegenstandsbereichs, seiner "Stofflichkeit", das Herausarbeiten des "inneren Bandes" (Marx) ist Blochs Methode, sondern: Bloch findet auf, negativ formuliert: projiziert (ein Noch-Nicht) hinein.

Zwar ist seine "Methode" vor allem in den Gegenstandsbereichen außerordentlich produktiv, in denen bisher marxistisch nur flach-entlarvend, "ideologiekritisch" und "materialistisch" im schlechten Sinne gedacht wurde, wie in der Ästhetik, der Religions- und Kulturkritik. Doch sie neigt als Methode zur Spekulation, ist anfällig dafür, bloße Wunschbilder, Negativbilder im Gegenstand als dessen "Tendenz" zu erahnen. So bleibt die Blochsche Harmonie-Utopie zwischen Mensch und Natur ebenso spekulativ wie die Annahme eines möglichen Subjekts der Natur. Freilich geht Natur im mathematisch-naturwissenschaftlichen Kalkül nicht auf; jedoch gibt es nicht auch eine Geschichte der bürgerlichen Projektion, die in der Naturerfahrung, in der Natur selbst das "ganz andere", im Kontrast zum gesellschaftlichen Leiden und kultureller "Dekadenz" erträumt und erahnt? Harmonie also als Sehnsucht, angesichts erfahrener gesellschaftlicher Zerrissenheit und Entfremdung?!

Alternatives Leben? Natürlicher leben?

Was sich gegenwärtig an alternativem Naturverhältnis entwickelt hat, ist von einer wie immer auch gearteten Harmonie sowieso weit entfernt. "Alternativbewegung" ist der diffuse Sammelbegriff für eine Vielzahl von Projekten, Initiativen, Genossenschaften, die sich – meist aus der isolierten, noch weitgehend intellektuellen westdeutschen Linken herkommend – am Rande und in Nischen der Gesellschaft angesiedelt haben. Oft sind es Intellektuelle, die ohne Berufsaussichten und aus Angst vor dem Verschlissenwerden in Institutionen sich eine andere Reproduktionsbasis geschaffen haben. Ohne daß es immer ausgesprochen würde, verbindet doch die Mehrzahl dieser Alternativler mit ihrer Arbeit politische Ansprüche: unentfremdeter zu arbeiten, Leben und Arbeiten zu verbinden, modellhaft anders, freundlicher mit der Natur umzugehen.

Doch die Wirklichkeit ist schwieriger: Handwerkliche, agrarische Produktionsformen sind rekonstruiert worden, in denen Folgewirkungen und Belastungen der Natur nur reduziert sind, meist aufgrund nur der geringeren Größenordnung. Und was als unentfremdete Arbeit erscheint, bedeutet Mühsal, Anstrengung, wie auch Stumpfsinn, wenn auch in anderer Form, verbunden mit Produktivitätseinbußen, die man sich nur in Marktnischen erlauben kann. Einher geht subkulturelle Isolation, ein Abgedrängt-Sein ins Exotische, Kunstgewerbliche, das Modell-Ansprüche unterläuft. Ähnlich geht es Initiativen im pädagogischen Bereich, deren Wohl und Wehe an Reformlücken und an der Laune von Bürokraten hängt. Und die persönliche Emanzipation? Der Konkurrenz- und Rentabilitätsdruck der gesellschaftlichen Umgebung läßt auch hier die sozialen Beziehungen nicht unberührt. Und, für welche Gesellschaft ist diese Form der Alternative exemplarischer Vorgriff, angesichts des Mangels (wenn auch produziert) im Weltmaßstab? Alternative muß hierauf bezogen doch auch heißen, ein Produktivitätsminimum nicht zu unterschreiten, beziehungsweise es erst herzustellen. Produktivitätserfordernis und menschlichere Arbeitsbedingungen, soziale Beziehungen wie auch ökologische Rücksicht geraten miteinander notwendig in Konflikt. Es bleibt ein "Reich der Notwendigkeit" inmitten der Alternative.

Alternativen im Kampf!

Vom Rande der Gesellschaft nun in ihr Zentrum, in die kapitalistisch-industrielle Produktion: Hier lag das Problem eines alternativen Naturverhältnisses lange Zeit unter dem Fetisch: technologischer Fortschritt verschüttet. Sicher, der Fortschrittsoptimismus der Arbeiterbewegung hatte einen materiellen Boden, nämlich die – wenn auch zyklisch unterbrochene – Verbesserung der Lebensbedingungen eines Großteils der Klasse parallel zur kapitalistischen Entwicklung, speziell unter deutschen Bedingungen. Strategisch verlängert wurde diese Klassenerfahrung in die sich durchsetzende reformistische Teilhabe-Politik, in die auch die marxistische Tradition des Produktivkraftfetischismus einmündete. Zum Problem sind diese Produktivkräfte erst geworden, seit kapitalistische Rationalisierung menschenverschleißende Arbeitsbedingungen durchsetzte, ganze Berufe zum alten Eisen warf, gesellschaftliche Arbeitskraft wie auch Natur zum Müll degradierte. Und auch angesichts dieser Erfahrung fällt der Lernprozeß schwer, wie die Spaltung in der AKW-Frage deutlich macht. "Arbeitsplätze wozu?" in der Krisensituation zu fragen, ist in der deutschen Arbeiterbewegung immer noch radikal.

Doch es gab und gibt Kämpfe: Die Absicherungsverträge der letzten Tarifrunden sind erste Defensiverfolge, und in eskalierten Klassenkämpfen (wie Anfang der 70er Jahre in Italien, Frankreich, z.T. auch hier) wurde die Allmacht der Disposition über Arbeitsbedingungen und Arbeit auf Kapitalseite massiv angekratzt. Das Arbeitstempo zu reduzieren, Pausen zu fordern, die Atomisierung der Detailarbeiten rückgängig zu machen – solche Perspektiven waren bei entsprechenden Kräfteverhältnissen unmittelbar einleuchtend und logisches Ziel. Soweit reicht auch die reformistische Gewerkschaftsstrategie: "Humanisierung der Arbeit".

Doch wo ist der Übergang zu einer Alternative, wenn, wie bei Betriebsbesetzungen, die Arbeiter eines Betriebs weiter gehen wollen und müssen? Alternative Produktion im industriellen Maßstab, alternativ in der Produktionsweise, ihren Folgewirkungen wie im Produkt selbst findet statt unter gesellschaftlich-ökonomischen Randbedingungen der Konkurrenz, also der Marktfixierung, eines bestimmten Rentabilitäts- und Produktivitätsniveaus. Marktnischen oder technologische Rückstände, die z.B. die Arbeiter der Lucas-Aerospace in England nützen wollen, indem sie elektrische "Errungenschaften" aus der Rüstungsproduktion für zivile, ferngesteuerte Unterwasserfabriken verwenden wollen, sind eine ökonomische Basis nur auf Zeit: solange, bis das Kapital in die neuen Sektoren nachzieht.

Und was fehlt, sind Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten ohne den Druck des Marktes, Möglichkeiten der rationalen Abwägung, in welchen Bereichen der Produktion eine "weichere" Technologie mit geringerer Produktivität, aber mit verminderter Arbeits- und Naturbelastung möglich ist, weil in anderen Sektoren die Produktivität gehalten oder gesteigert werden kann – indem die Auswirkungen durch verkürzte Arbeitszeit, rollierende Arbeitsverteilung u.ä. wie durch zusätzliche, naturerhaltende Investitionen abgefangen werden. Dies sind Bestandteile einer Alternati-

Marxismus und Naturbeherrschung: Ernst-Bloch-Tage 27./28. Oktober 1978 – Tübingen

Programm (Änderungen vorbehalten)

Freitag, 27. Oktober 1978 – Festsaal der Universität Tübingen, Wilhelmstraße: Eröffnungsveranstaltung, Beginn 19,30 Uhr
Es sprechen Oskar Negt und Burkhard Schmidt
Samstag, 28. Oktober 1978 – Neue Mensa der Universität Tübingen, Wilhelmstraße: 9,00 - 12,30 Uhr Arbeitsgruppen, 12,30 Uhr Mittagspause, 14,00 - 18,00 Uhr Arbeitsgruppen
(1) Arbeiterbewegung und Marxismus im Verhältnis zur bürgerlichen Naturbeherrschung
(2) Kritik der bürgerlichen Naturwissenschaften
(3) Sinnlichkeit und Abstraktion: Wider den Mythos der Frau als Naturwesen
(4) Kritik der kapitalistischen Technologie
(5) Alternative Produktionstechnologie als Strategie der Arbeiterbewegung?
(6) Organisationsformen des gesellschaftlichen Widerstands gegen Naturzerstörung
19,30 Uhr – Abschluß und Kulturveranstaltung: Text und Musik. Es spricht Willi Hoss
Zur Vorbereitung erscheint eine Broschüre (Verkaufspreis 2,-- DM) Anmeldungen erbeten bis 15. Oktober 1978 an Sozialistisches Zentrum (SZ) Tübingen, c/o A. Walther, Münzgasse 13, 74 Tübingen

Das Sozialistische Büro lädt zu den "Ernst-Bloch-Tagen" nach Tübingen ein. Für viele Sozialisten steht Ernst Bloch mit seinem Werk für eine inhaltliche, mit konkreter Utopie besetzte Hoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft. Die Ernst-Bloch-Tage werden jedes Jahr zu einem in enger Verbindung zu Blochs Theorie stehenden Thema stattfinden. Sie sollen der politischen Orientierung und der Formulierung sozialistischer Ziele dienen.

Die diesjährigen Ernst-Bloch-Tage stehen unter dem Thema "Marxismus und Naturbeherrschung". Anders als der objektivistische Marxismus, dem die Produktivkraftentwicklung, wie sie im Kapitalverhältnis vorangetrieben wird, schon immer objektive Notwendigkeit und positive Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft gewesen ist, hat Ernst Bloch besonders in seiner Naturphilosophie stets hervorgehoben, daß eine Gesellschaft, in der unsere konkreten Utopien zu realisieren sind, ihr Verhältnis zur äußeren und inneren Natur verändern muß.

Der hier abgedruckte Artikel versucht, das Problem unserer Verhältnisse zur Naturbeherrschung auszuleuchten und soll damit zugleich eine gewisse Vorbereitung auf die Ernst-Bloch-Tage ermöglichen.

ve, die Übergangsprogramm unter Bedingungen fortgeschrittener Klassenkämpfe wie Möglichkeit erst einer befreiten Gesellschaft zugleich umfaßt.
Damit ist aber auch das Problem der politischen Macht angesprochen, die mit alternativer Produktion verschränkt ist: Denn die skizzierten Perspektiven meinen eine gesamtgesellschaftliche Alternative, die sicher auch in den Institutionen, in Parlamenten die Hegemonie erringen muß. Doch isoliertes "Grün-Sein" reicht dazu nicht hin. Sind nicht Ansätze eines solchen gesamtgesellschaftlichen Übergangsprogramms in den sozialen Bewegungen selbst durchgesetzt und verankert, wird der vermeintliche Sprung aus dem Getto, der Wahl-Sprung in die vermeintliche "große Politik" zur bloßen Kraftmeierei mit Unzufriedenheitsprozenten, verkehrt sich zur gern gesehenen Integrationsstrategie antikapitalistischen Potentials.

Neue Sinnlichkeit?

Ein neues Naturverhältnis, besonders ein neues Verhältnis zur inneren Natur geriet für die westdeutsche Linke auch deshalb in den Vordergrund, da für sie der "subjektive Faktor" schon sehr früh zum politischen Problem werden mußte. Damit war etwas umschrieben, was irgendwie zentral, verantwortlich für die so folgenreichen Niederlagen der Arbeiterbewegung in Faschismus und Stalinismus sein mußte. Aber selbst noch die Redeweise vom "Faktor" ist befangen in einem traditionellen Marxismus, für den Subjektivität, psychische Mechanismen eine theoretische Leerstelle bedeuten, die politisch-praktisch lediglich durch agitatorische Anstrengung oder Parteidisziplin übersprungen zu werden pflegt.
Was so zentral für die politische, neu zu schaffende Identität der westdeutschen Linken wurde, mußte praktisch – aufgrund der sozialen Beschränktheit – im Spannungsfeld zwischen subkultureller Deformation und exemplarischem Vorpreschen sich bewegen. Neue Lebensformen, neue Verhaltensansprüche gingen oft die Irrwege des Biologismus (etwa in den Reichschen Orgonkasten) oder der Mystifikation vorkapitalistischer und nichtkapitalistischer Lebensformen. "Einheiten" – von Geist und Körper, Gefühl und Verstand, Kopf und Bauch wurden im Kontrast zur westlich-kapitalistischen Zerrissenheit romantisiert, ohne deren gesellschaftliche Bedingungen und Herrschaftsbeziehungen mitzubedenken. Zudem sind alternative Lebensformen oft zum Rückzug in isolierte Selbsterfahrung geworden: Drogen, Meditation lassen den Mikrokosmos der psychischen Innenwelt sich zur "eigentlichen" Realität aufblähen.
So hat die Emanzipationsbewegung neben ambivalentem Neuen auch viel Resignation, Sektenmystizismus, ja psychischen Zerfall hervorgebracht. Vielleicht ist die Alternative weitgehend erst bis zur "negativen" Sensibilisierung vorgedrungen, zum Sich-Abarbeiten an den so tief in Bedürfnisse, Wünsche und Körpererfahrung eingesogenen gesellschaftlichen Zwängen. Und das Neue in uns, das dauernd der fortdauernden Kälte der Gesellschaft um uns standhalten muß, hängt noch sehr an der Nabelschnur linker Gruppenwärme; auch die Breite, die die Frauenbewegung gewonnen hat, ändert daran nicht viel. Und worin besteht das Wahrheitskriterium, das Zukunftskriterium dieses Neuen? Hier sind wir zurückverwiesen auf unsere eigenen Leidens- und Glückserfahrungen, vermittelt durch die Reflexion in Gruppen, nicht "objektiv" im Sinne wissenschaftlicher Beweisbarkeit. Und die alte Gesellschaft ragt noch voll hinein in den kollektiven Versuch neuer Identitäten, wenn uns Selbstreflexion, Verhaltenskritik und emotionale Spontaneität zum Psychoterror zu geraten droht. Oft, jedenfalls noch ...

Harmonie am utopischen Ende?

Warum soll es auch ausgemacht sein, daß es so einfach ist mit einem neuen Naturverhältnis, oder wird?! Die "Logik der Natur" ist uns noch weitgehend unbekannt, denn die instrumentalistische Naturerkenntnis gibt uns nur Auskunft über die "Kreuzungspunkte" zwischen dieser Logik und den instrumentalistischen Zwekken der kapitalistischen Technologie, verlängert diese Punkte gleichsam nach hinten zu mathematisch projizierten "Naturgesetzen". Sicher wird eine befreite Gesellschaft mehr erkennen und ihre Zwecke "rücksichtsvoller" gestalten können; doch wird nicht die Aneignung in der Arbeit immer großteils "Reich der Notwendigkeit" bleiben müssen, dem Spiel, dem "interessenfreien Wohlgefallen", der Ästhetik entfernt? Und wird nicht auch die menschliche Subjektivität, emanzipiert von instinktiv-naturhaftem Eingefügtsein, uneins mit der Natur sein müssen? Dies gilt, auch wenn unsere Form der Rationalität als westlich-kapitalistische Denkform in ihrem Universalitätsanspruch kritisiert werden kann, wenn die Kehrseite: Entfremdung und Neurose deutlich zu Tage getreten ist.
Noch herrscht ein "anthropologisches Dunkel": Wir können in dieser Gesellschaft noch kaum wissen, welche innere Natur unter und in den gesellschaftlichen Formbestimmungen unserer Psyche steckt. Doch wir können uns bewußt werden darüber, wie projektiv – in einfacher Negation gesellschaftlicher Erfahrung – der Wunsch, die Hoffnung nach einer "guten" Natürlichkeit bestimmt ist. Und wird nicht auch der Aneignungsprozeß der inneren Natur, die Formung des kleinen Menschen auch in einer anderen Gesellschaft schmerzhafte, eingreifende Vermittlung sein? Schon unsere heutigen Erfahrungen, beispielsweise mit antiautoritärer Erziehung, sprechen dafür.
Möglicherweise wird unser zukünftiges Naturverhältnis von Koexistenz, von nur partieller Vermittlung bestimmt sein. Auch Bloch, dessen philosophische Utopie Bilder von Allianz und Harmonie zwischen Mensch und Natur der Zukunft zeichnet, nimmt etwas zurück, wenn er, bevor er auf gesellschaftlich-emanzipatorische Praxis zu sprechen kommt, von der Realität eines "Widersacherischen in der Welt" redet, einem quasi metaphysischen Bösen, einem säkularisierten Teufel ohne himmliches Gegenstück. Innerphilosophische Rache des Objekts, des Objekts Natur?
Doch umgekehrt: Ist nicht vielleicht gerade eine **Differenz** Gegenstand und Medium menschlicher Erfahrungsmöglichkeit: in der Erfahrung von Landschaft, Kunst, Gefühlen, Ängsten und Wahnwelten, in ästhetischer und Selbst-Erfahrung. Der zwanghafte Wunsch nach Harmonie könnte auch Einebnung bedeuten. Wenn sich die Gesellschaft vereinfacht, harmonischer werden kann, warum soll nicht die Natur ein Widerständiges sein, das unsere Neugier herausfordert.

olle und wolter

Ulf Wolter (Hrsg.)
Antworten auf Bahro

Mit Beiträgen von Lucio Lombardo Radice, Jakob Moneta, Hermann Weber, Rudi Dutschke, Joachim Bischoff, Jiri Pelikan, Lawrence Krader, Heinz Brandt, Helmut Fleischer u.v.a.
ca. 280 Seiten, ca. DM 18.–

Th. Auerbach, W. Hinkeldey, M. Kirstein, G. Lehmann, B. Markowsky, M. Sallmann
DDR – konkret
Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land
- Akkord bei Zeiss Jena
- Gespräch auf dem Bau
- Auf einer Parteiversammlung
- Der erste Tag bei der Armee
- Verhöre im Knast
- Gedichte u.v.a.

140 Seiten, DM 12.80

Jan Skala
Die CSSR
Vom Prager Frühling zur Charta 77
- Die Reformen des Jahres 1968
- Die Intervention vom 21.8.68
- Ziviler Widerstand
- Beginn der „Normalisierung"
- Husak und die Säuberungen
- Neue Opposition
- Dokumente u.v.a.

200 Seiten, DM 14.80

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung
Von der Komintern zur Kominform
Band 2 – Der Stalinismus auf dem Gipfel seiner Macht
- Kommunistische Politik 1945-48 in Frankreich, Italien, Jugoslawien und Griechenland
- Die Chinesische Revolution
- Aufteilung von Einflußsphären
- Das Kominform u.v.a.

ca. 360 Seiten, DM 29.80

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1 Berlin 30
Katalog anfordern!

Pyrrhussieg der bürokratischen Gewalt

Egbert Jahn

Was der 4. August 1914 für die Sozialdemokratie bedeutet, das ist der 21. August 1968 für den Parteikommunismus: der historisch irreversible moralische Bankrott. Der sozialdemokratische Bankrott äußerte sich in einer Kapitulation der internationalistischen Moral vor der militärischen National-Gewalt, der parteikommunistische Bankrott in einem internationalen militärischen Pyrrhussieg über die nationale Selbstbestimmung.

Was war 1968 geschehen?

Historische Umwälzungen werden nicht durch das Maß der Ströme von Blut bestimmt, die bisher noch immer beim Zusammenstoß der Klassen und Nationen vergossen wurden. Die Intervention der 500.000 Soldaten aus fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei, die etwa 150 bis 200 Menschen unmittelbar das Leben gekostet hat, unterscheidet sich nicht in erster Linie durch das Ausmaß der Gewaltausübung von der Intervention der 500.000 Soldaten aus den USA, Australien, Südkorea und einigen anderen kapitalistischen Staaten in Indochina, die nach recht unterschiedlichen Schätzungen 2,6 Millionen bis 10 Millionen Menschen (vgl. den SPIEGEL 6/1978, S. 144 f.) das Leben gekostet hat.

Seitdem im Laufe des 19. Jahrhunderts die Illusion in die Brüche ging, daß die Befreiung der Gesellschaft von den Fesseln des Ancien Régime, der Monarchie, des Feudalismus, der Ständeordnung die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung und von Krieg bedeutete, wußten viele Menschen aller Klassen, daß in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immer wieder die stumme Gewalt der ökonomischen Verhältnisse in die offene, blutige Gewalt der Unterdrückung und des Krieges umschlagen kann. Sie nahmen diese Realität entweder als unvermeidlich hin oder opponierten gegen diese Gesellschaft. Die imperialistische Barbarei in Vietnam war so im Bewußtsein vieler Menschen aller Klassen nicht völlig überraschend, bei aller ehrlich-ernsthaften Erschütterung des traditionell antiimperialistisch-antimilitaristischen Selbstbildes des liberalen amerikanischen Bürgertums durch die Greuel in Vietnam. Der Massenmörder von My Lai ist in den USA ein geehrter, freier Mann. Ökonomisches Kalkül, rationale Einschätzung der weltpolitischen Risiken durch die herrschenden Klassen, aber vor allem auch der moralisch-politische Aufstand von über 150.000 Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren haben die politisch ausschlaggebende Schlacht gegen den Übergang von der gemäßigten imperialistischen Barbarei zur totalen imperialistischen Barbarei der Ausradierung Indochinas gewonnen. Dennoch, dem Bourgeois als Typus ist die Abschlachtung von Millionen wehrloser Zivilisten im sogenannten Krieg "normal"; menschliches Entsetzen rührt sich in ihm erst, wenn ein einzelner wehrloser Bourgeois mitten im sogenannten Frieden von Putativ-Revolutionären abgeschlachtet wird.

Auch der Kommunist ist kein prinzipieller Gegner der Gewalt. Im Bürger- und Interventionskrieg von 1918-1922, im antifaschistischen Krieg 1941-1945 haben Kommunisten Millionen von Menschen getötet im Namen des Fortschritts. Aber auch sie haben mitten im sogenannten Frieden in den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg weitere Millionen Zivilisten – darunter weitaus mehr Kommunisten als Zaristen – liquidiert, ebenfalls im Glauben, dem Fortschritt zu dienen. Kommunisten haben die Aufstände von Kronstadt 1921, von Berlin 1953, von Budapest 1956 und viele andere Erhebungen blutig niedergeschlagen; Tausende und Zehntausende mußten in diesen Kämpfen ihr Leben lassen. Dennoch hat nichts die kommunistische Weltbewegung so tief erschüttert wie die fast unblutige militärische Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten, die weniger Menschenleben gefordert hat als der motorisierte Reiseverkehr der Europäer zu Ostern im selben Jahre.

Worauf beruhen die fundamentalen Unterschiede in der Bewertung der Qualitäten und Quantitäten der Gewalt? Der Bourgeois hält seine Gewalt, die stumme, ökonomische des Eigentums ebenso wie die zwingende, notfalls blutige des Staates für die einzig ordentliche, einzig rechtliche Gewalt. Er hält sie für ewig, ihre Betätigung erscheint ihm nicht wünschenswert, aber als notwendig. Die Verrechtlichung seiner Gewalt läßt ihn meist sogar vergessen, daß Rechtsausübung Gewalt ist. Nur die überschüssige, unordentliche Gewalt ist ihm verabscheuungswürdig. Herbert Kappler wurde dafür lebenslänglich bestraft, daß er sich beim Töten verzählt hat. 330 Geiseln durfte er rechtmäßig hinrichten, nur die restlichen 5 hat er nach der herrschenden Logik ermordet. Die kommunistische Gewalt unterscheidet sich von der bürgerlichen Gewalt in keiner Weise darin, daß auch sie sich nicht am Töten berauscht, sondern sie sich nur für notwendig, nach Möglichkeit vermeidbar hält. Die kommunistische Gewalt tritt jedoch gegen die bürgerliche Gewalt als die Verkörperung des historischen, revolutionären Rechts gegen das ewige, bestehende, gegen das herrschende bürgerliche Recht auf. Historisches Gesetz kämpft gegen präsentes Gesetz.

Millionen Opfer des Stalinismus haben Zigmillionen Kommunisten auf der Welt nicht am Kommunismus zweifeln lassen. Weshalb läßt dann eine Militäraktion mit 150 bis 200 Toten die kommunistische Weltbewegung in ihren Grundfesten erschüttern? Woher führt der Legitimitätsverlust kommunistischer Gewalt?

1956 gab es noch Millionen Kommunisten, die die blutige Niederschlagung des ungarischen Aufstandes zu rechtfertigen vermochten. Heute gibt es vielleicht keine 100.000 Kommunisten mehr außerhalb des "sozialistischen Lagers", außerhalb der "sozialistischen Gemeinschaft", die von der Legitimität der Intervention wirklich überzeugt sind. Und selbst in dieser Lagergemeinschaft ist die Rechtfertigung ideologisches Routinegeschäft aus Staatsräson. Was ist also 1968 geschehen?

Kommunistische Gewalt rechtfertigte sich durch Jahrzehnte im fundamentalen Unterschied zur bürgerlichen Gewalt durch ihre tatsächliche oder vermeintliche Fähigkeit, gesellschaftliche Gewaltverhältnisse in beiderlei Gestalt – in stummer, ökonomischer wie in blutiger, politischer – historisch endgültig zu überwinden. Kommunistische Gewalt war revolutionäre, emanzipatorische, von Gewalt befreiende Gewalt. Solange als Adressat der kommunistischen Gewalttätigkeit der soziale Träger der ewigen, bürgerlichen Gewalt erkennbar war, geriet kommunistische Gewalt nicht in Zweifel oder Selbstzweifel. Selbst als der Klassenfeind nicht mehr ökonomisch-politisch in Gestalt einer real existierenden Bourgeoisie vorhanden war, wurde er noch von vielen Kommunisten in der kommunistischen Partei selbst immer wieder aufs neue in Gestalt von "Verrätern" und "Spionen" entdeckt. Je länger die Gewalt gegen den ideologischen Klassenfeind in den Reihen der Kommunisten selbst andauerte, je mächtiger die bürokratisch-sozialistischen Länder wurden, je unglaubwürdiger der Nutzen der internationalen Bourgeoisie von Meinungsdifferenzen in der kommunistischen Bewegung wurde, desto grotesker und fragwürdiger wurde die Gewalt gegen "konterrevolutionäre", "trotzkistische", "kleinbürgerliche", "nationalistische" "Elemente" in der kommunistischen Bewegung. Desto mehr ging der emanzipatorische Charakter der kommunistischen Gewalt in die Brüche. Aus der kommunistischen Gewalt wurde schrittweise, bruchstückweise bürokratische Herrschaftsgewalt.

500.000 sowjetische und verbündetangebundene Soldaten, die in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 klammheimlich sich in die CSSR einschlichen, um ein Volk und ein Land von der Konterrevolution zu befreien, mußten am kommenden Morgen erleben, wie ihr Glaube zusammenbrach. Sie kamen teils im guten Glauben, die Tschechoslowakei ein zweites Mal vom bürgerlichen Imperialismus und Faschismus zu befreien und mußten erleben, daß das Volk sie als Faschisten begrüßte. Mancher Rotarmist (man hatte den Soldaten gesagt, sie seien der Bundeswehr um drei Stunden zuvorgekommen) hielt diesen Schock nicht aus und erschoß sich. 500.000 Soldaten und KGB-Beamte kamen, um ein paar tausend Konterrevolutionäre zu suchen und sie fanden keine. Sie fanden nicht einmal – und das trieb die Groteske auf den Gipfel – diejenigen, die sie um Hilfe gerufen hatten. Nicht einmal unter dem sicheren Schutz der 500.000 Bajonette wagten es die Quislinge, sich zu erkennen zu geben. Hungernde und durstende Besatzer wurden von mitleidigen Besetzten mit Brot und Wasser versorgt, wo sie nicht auf ablehnende Verachtung stießen, die ihnen z.B. in Wegweisern mit der Km-Zahl nach Moskau vor Augen trat. Noch nie wurde eine Armee so gedemütigt wie die 500.000 "Befreier" in den Augusttagen 1968, ohne daß auch nur ein einziger Schuß auf sie abgegeben wurde. Nach drei Tagen waren die Soldaten so zermürbt, daß sie gegen frische Truppen ausgewechselt werden mußten. Nicht unter dem schrecklichsten Trommelfeuer des 2. Weltkrieges wurde eine Armee so demoralisiert wie durch das Bombardement der Parolen und Karikaturen an den Häuserwänden, der Vorwürfe und Fragen der Tschechen und Slowaken, die mit ihrem zivilen Widerstand – besser und effektiver als durch sämtliche in der Geschichte geworfenen Molotow-Cocktails – die Panzer sprengten, zum Halten, zum ratlosen Kreisen um sich selbst zwangen. Noch nie wurde außerhalb Rußlands soviel russisch gesprochen wie in diesen Tagen. Noch nie haben Russen so viel Neues über Rußland in russischer Sprache gelernt. Keine Neutronenwaffe hätte wirksamer eine Panzerarmee zum Stehen bringen können. Dennoch brach der Widerstand nach wenigen Tagen zusammen, breitete sich der erstickende, seit nun zehn Jahren niederdrückende Mantel der "Normalisierung" über das Land.

Wer hat da gegen wen gekämpft?

In der Linken setzte sogleich der Streit ein, wer hier wohl Revolutionär und wer Konterrevolutionär sei. Welche Partei hier wohl die Partie der Bourgeoisie, die Rolle des Proletariats spiele. Eine Komödie mit permanent getauschten Rollen. Ein Theaterstück, in dem sich die Schauspieler um die Gewänder des historischen Helden und Schurken stritten, ohne zu er-

kennen, daß nicht das klassische Stück von Bourgeoisie und Prolet gespielt wurde. Weder die Pariser Kommune feierte heroische Wiederauferstehung, noch konnte der CIA sein bisher erfolgreichstes Schurkenstück der Subversion verbuchen, der Manipulation des Bewußtseins von mindestens 12,5 Millionen Tschechen und Slowaken trotz des zwanzigjährigen totalen Monopols sozialistischer Erziehung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Abendschulen und Parteischulen, Schulen der Kaserne und Schulen der Fabrik – von der Schule des praktischen Lebens einmal ganz abgesehen. Nach der Intervention begrüßten 10 Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung einer Meinungsumfrage zufolge den Einmarsch der Bruderarmeen, die restlichen 90 Prozent hätten die Brüder aus den Nachbarländern lieber nach Hause geschickt. 5 Prozent der Befragten sprachen sich für die Wiedereinführung der "freien Marktwirtschaft" aus. Für 95 Prozent ging es gar nicht um die Frage Sozialismus oder Kapitalismus, sondern um diesen oder um jenen Sozialismus. Könnte es eine schlagendere Widerlegung der antikommunistischen Legenden von der Sehnsucht der Osteuropäer nach einer kapitalistischen Befreiung vom Sozialismus geben? Wenn nicht Bourgeois gegen Prolet kämpfte und auch nicht der Neoprolet gegen den Neobourgeois, wie allerlei Übergangstheorien in der Neuen Linken behaupteten, wer stand da gegen wen auf? Um was wurde da gefochten? Um "Liberalisierung", also etwas Bürgerliches, wie Hans-Jürgen Krahl noch vor zehn Jahren glaubte? (vgl. "links" Nr. 102/1978).

Der Reformprozeß

Ratlos waren nicht nur die linken Kommentatoren in den kapitalistischen Ländern, wenn sie nicht dem alten zuverlässigen Schema folgten, daß das, was dem Kreml nicht gefällt, antikommunistisch ist, und daß das, was von der BILD-Zeitung getadelt wird, kommunistisch ist. Ratlos waren vor allem die Akteure in den turbulenten Wochen und Monaten, die nicht genau wußten, was sie wollten und was sie taten. Am Anfang des sogenannten Reformkommunismus gab es weder ein Reformprogramm, noch einen sozialen und politischen Träger des Reformkommunismus, noch eine reformistische Ideologie; es gab nicht einmal Gegner von Reformen. 1967 war nur allen klar, daß es so nicht weitergehen könne wie bisher, auch Novotny und seinen Anhängern, auch den später sogenannten Konservativen in der KPC. Aber alle waren gleichzeitig davon überzeugt, daß es auf unabsehbare Zeit so weitergehen würde wie bislang mit endlosen Reformen und Re-Reformen. Da gab es keine revolutionäre oder reformerische Klasse und keine Partei, die auf die günstige Gelegenheit zur Erhebung wartete, da gab es auch keine herrschende Klasse oder Parteigruppe, die sich konkret bedroht fühlte. Es gab weder Vorbereitungen zur Rebellion, noch Vorbereitungen zur Niederschlagung einer Rebellion. Hätte jemand Mitte 1967 jenen, die sich später als Todfeinde auf der politischen Bühne gegenüberstanden, vorausgesagt, sie seien keine Freunde (wie man sich so Freund und Genosse in einer klassen- und fraktionslosen Bürokratie nennt), er wäre ausgelacht worden. Resignation, Niedergeschlagenheit, Ausweglosigkeit war 1967 die vorherrschende Stimmung – etwa so wie heute in der Linken in unserem Lande. Man erwartete allenfalls, daß es noch schlimmer werden würde als bisher.

Keine Hoffnung, keine Utopie beseelte die Massen, die Partei. Die Novotnys gaben den Wissenschaftlern zum x-ten Male den Auftrag, Reformkonzepte zur Behebung der wirtschaftlichen und politischen Misere auszuarbeiten und schickten gleich den Befehl hinterher, alles beim alten zu belassen. Die späteren Reformkommunisten waren keine subversiven Unterwanderer, sondern die Novotnys gaben den ausdrücklichen Auftrag zur Reform. Alle wollten alles reformieren, niemand wollte etwas gründlich in der Weise ändern, wie es dann 1968 gemacht bzw. begonnen wurde. Jeder war jedermanns Freund im Politbüro, im Zentralkomitee, in der Partei und in der Gesellschaft, alle waren Feinde der bestehenden ökonomischen Rückständigkeit, Schlamperei, Verschwendung, Arbeitslustlosigkeit, Privatheit.

Umso überraschter waren alle, wer in den kommenden Wochen gegen wen opponierte, wer wem das revolutionäre Gewand streitig machte, wer wem den Schwarzen Peter der Konterrevolution zuschieben wollte. So verteidigten dann 1968 wiederum alle den wahren, den echten, den wirklichen, den eigentlichen Sozialismus. Der Unterschied war jetzt nur, daß sich nun offen Parteiungen, Parteien in der Partei gegenüberstanden. (Alle Versuche, alte noch dahinvegetierende oder 1948 ermordete Parteien wiederzubeleben, gewannen keine politische Bedeutung.). Keine festen Parteiungen, keine festen Fraktionen mit eingeschriebenen Mitgliedschaften, Beiträgen, Führern, Partei- und Fraktionslokalen. Die Historiker streiten sich bei manchen führenden Figuren noch immer, zu welcher Richtung dieser und jener im entscheidenden Moment nun eigentlich gehöre. Da gab es keine Jakobiner und keine Girondisten, keine Bolschewiki und keine Menschewiki, die Fronten waren verschwommen, unklar, schwankend. Den einen fand man heute hier und morgen überraschend dort. Und übermorgen bei der "Normalisierung" tat so mancher, als sei nie etwas gewesen, als hätte der CIA nur kurz mal Guten Tag in einem schläfrigen Moment der "revolutionären" Wachsamkeit gesagt. Nur wieder einmal die berühmte "Handvoll" von hinterhältigen, konterrevolutionären Einschleichlingen hatte einen vernichtenden Schlag aufs immer raffiniertere, immer mehr mit verführerisch-friedlichen statt mit den alten plumpen, gewaltsamen Mitteln kämpfende Drachenhaupt erhalten.

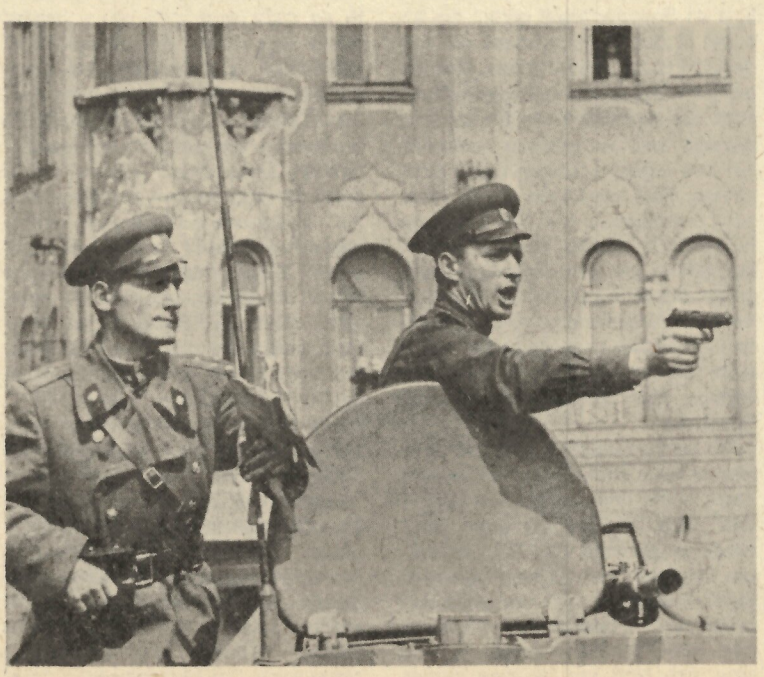
Der Widerstand gegen die Invasoren

Nachts kamen die angeblich revolutionären Panzer aus der heilen sozialistischen Realität nach Prag. Die angeblichen imperialistischen Agenten in und außerhalb der KPC waren zutiefst überrascht, konnten nicht glauben, was das geschah, glaubten die wichtigsten Kontroversen in den Verhandlungen ausgeräumt. Die angeblichen Konterrevolutionäre gaben der Armee, der Polizei den Befehl, nicht auf die Invasion zu schießen, riefen die Bevölkerung zur Widerstandslosigkeit auf. Doch das Volk gehorchte nicht, sondern leistete zähen zivilen Widerstand in einer nationalen Geschlossenheit, wie sie kein militärischer Widerstand je zu organisieren versteht. Die Disziplin war ungeheuerlich. Offenbar hat nicht ein einziger Verrückter auch nur einen Schuß auf die Invasoren abgegeben. Jene, die Widerstand mit bewaffnetem, blutigem Widerstand identifizieren, hängen entweder einem romantischen Blut- und Eisen-Heroismus an oder haben die politische Situation völlig falsch eingeschätzt. Militärischer Widerstand hätte vorausgesetzt, daß sich Reformkommunisten à la Dubcek und Ein-bißchen-Reformkommunisten à la Novotny oder Indra oder Breschnjew als Feinde, als Gegner von vornherein empfinden und entgegentreten müssen. Die Vorbereitung des bewaffneten Widerstandes durch die Armee oder durch die Arbeiter zur tatsächlichen Verteidigung oder zunächst nur zur Abschreckung hätte vorausgesetzt, daß die Reformkommunisten etwas grundsätzlich anderes wollten als die Interventen und ihre Kollaborateure im eigenen Land. Abgesehen davon, daß jede konkrete Vorbereitung des militärischen Widerstandes den permanenten nationalen wie internationalen Diskussionszusammenhang des Prager Frühlings zerrissen und kaum sozialen und politischen Rückhalt gefunden hätte, so hätte nichts den noch früheren nationalen oder internationalen Gegenschlag besser provozieren können als die Vorbereitung einer militärischen Verteidigung durch irgendeine relevante Gruppe innerhalb und außerhalb der Partei und des Staatsapparates. Spontane bewaffnete Verteidigung hätte aber keinen Abschreckungswert und noch weniger einen militärisch-politischen Sinn gehabt. Die zivile Disziplin der Tschechoslowaken bewahrte sie nicht nur physisch vor einem Blutbad, sondern politisch vor der Lieferung eines Vorwandes zur Berechtigung der Intervention. Nichts hat den Pyrrhus-Sieg der Interventionspolitik, der die Emanzipation der kommunistischen Bewegung und der Neuen Linken vom historischen Alpdruck des mit dem Renommée der Oktoberrevolution hausieren gehenden Stalinismus beschleunigte, so vertieft wie die Bürgerkriegsdienstverweigerung der Tschechoslowaken.

Bürgerliche oder sozialistische Reformpolitik?

Die Neue Linke hat, wie übrigens auch die Eurokommunisten, die historisch neue Qualität des zivilen Widerstandes in der CSSR, der die Identifikation der Massen mit kommunistischer Reformpolitik voraussetzte, weitgehend bis heute ignoriert, allenfalls als unentfaltete Vorform des bewaffneten Aufstandes honoriert. (Übrigens hat sie den eigenen praktischen Gewaltverzicht in der Studentenbewegung und im Pariser Mai, in dem niemand zur Waffe griff, kaum theoretisch reflektiert, meist nur als Vorstufe des bewaffneten Aufstandes akzeptiert.). Gefangen durch die historischen Themen um die Frage von "bürgerlichen" und "liberalen" Menschenrechten und von "Markt" und "Plan" vermochte sie sich bestenfalls nur wohlwollend, meist jedoch verlegen formale Qualitäten wie Mut und Widerstandskraft lobend, mit der sozialistischen Opposition in der CSSR und in Osteuropa zu identifizieren. Welcher Revolutionär identifiziert sich schon gern mit Panzern gegen das Volk? Aber politisch wußte der größte Teil der Neuen Linken bis heute nichts rechtes mit den Reformkommunisten anzufangen. Sie klingen zu moralisch und sprechen zu wenig politökonomisch. Sie reden von menschlichen wahren Werten und zu wenig von sachlichen Waren-Werten. Dies macht die pathosempfindliche westliche Linke so verlegen im Um-

FORTSETZUNG SEITE 14



Panzerbürokratie dpa

Charta '77

Pavel Lipka

Zur Opposition in der CSSR

Der Nährboden, dem die heutige oppositionelle Gestalt der Charta "77 entwuchs, ist mit dem vielbedeutenden, aber nichtssagenden Begriff "Normalisierung" zu charakterisieren. Die Realität und die aktuelle Bedeutung der tschechoslowakischen Normalisierung heute, zehn Jahre nach der Okkupation, ist keine andere als die der neostalinistischen Restauration. Diese Restauration, d.h. eine Wiederinstandsetzung der Mechanismen des alten Regimes, bezieht sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und zeichnet sich mit all dem Unsinn und der Repression aus, die allgemein bekannt sind. Daß die heutige Repression andere Formen angenommen hat – daß man z.B. statt zum Tode "nur" zur inneren oder tatsächlichen Emigration verurteilen wird –, darf darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese subtilere und weniger sichtbare Repression jeden tschechoslowakischen Bürger Tag und Nacht verfolgt. Das Charakteristische für dieses "normalisierte" System ist geblieben: statt Widersprüche zu benennen und zu lösen, werden sie systematisch verdeckt und repressiv zurückgedrängt. Die Repression erfährt jedermann, sei es derart, daß man zu Opportunismus, Charakterlosigkeit und Karrierismus in und um den normalisierten Apparat "gezwungen" wird, sei es dadurch, daß man mit Berufsverboten, Gefängnisstrafen oder Emigration belegt wird, sei es schließlich dadurch, daß man sich ins Private zurückziehen muß, um überhaupt existieren zu können. Das dadurch erzeugte Gefühl der totalen Ohnmacht, der eigenen Unmündigkeit und Rechtlosigkeit bildet die Basis für eine latente Oppositionsbereitschaft fast bei allen Bevölkerungsgruppen. Es ist ausdrücklich zu betonen, daß es weniger die Tatsache ist, daß man jeden Tag Schlange stehen muß auf Fleisch, Obst oder Gemüse oder nicht dorthin reisen darf, wo man gerne hinreisen möchte, die diese Unzufriedenheit hervorruft, als vielmehr die tagtägliche – auch in der Form des Schlangestehens erfahrbare – Ohnmacht jedes Individuums der "höheren Gewalt" des Partei- und Staatsapparats gegenüber. Diese Situation reproduziert ständig die Massenbasis für eine "oppositionelle" Aktivität, wie sie die Charta "77 realisiert.

Den äußeren Rahmen und den konkreten Anlaß für das Entstehen der Charta '77 lieferte die Festlegung der Bedingungen, die für die Entspannung in Europa von Ost und West anerkannt und in der Erklärung der Menschenrechte der UNO und in der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975 auch schriftlich festgehalten wurden. In ihrem Gründungsdokument vom 1.1.1977 schreiben die Signatare der Charta '77 u.a.: "Das Gefühl dieser Verantwortlichkeit, der Glaube an den Sinn bürgerlichen Engagements und der Wille dazu, sowie das gemeinsame Bedürfnis, dafür einen neuen, wirksameren Ausdruck zu finden, hat uns auf den Gedanken gebracht, Charta '77 zu bilden, deren Entstehung wir heute öffentlich anzeigen. Charta '77 ist eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen ... Charta '77 fußt auf dem Boden der Solidarität und Freundschaft von Menschen, die von der gemeinsamen Sorge um das Geschick der Ideale bewegt werden, mit denen sie ihr Leben und ihre Arbeit verbunden haben und verbinden. Charta '77 ist keine Organisation, hat keine Statuten, kei-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 13

gang mit der leidensempfindlichen östlichen Opposition.

Ich kann mich noch gut an meine Reaktion auf die maschinenschriftlich kursierende Rede des Schriftstellers L. Vaculik im Sommer 1967 in der CSSR erinnern: Ich empfand sie als eine Aneinanderreihung von moralischen Platitüden, von selbstverständlichen Normen, über die man kein Wort verlieren muß. Diese Rede hat unwillentlich den ganzen Prozeß des Prager Frühlings in Gang gesetzt. Der Schriftsteller sprach damals nur einmal halböffentlich aus, was er dachte. Er mußte mit scharfen Sanktionen rechnen. Sie kamen auch. Aber hinter ihnen stand keine starke Überzeugung der Herrschenden mehr. Wenige Monate später trat Novotny sang- und klanglos ab, scheinbar nur die Wachablösung eines von Politbürokraten nunmehr für überdurchschnittlich unfähig gehaltenen obersten Politbürokraten. Weder das Politbüro der KPC wußte, was es im Dezember tat, noch Breschnjew, was er bei seinem Besuch in Prag billigte. Und die Bevölkerung hatte überhaupt noch keine Ahnung. Der Reformprozeß wurde von oben in Gang gesetzt. Die Bevölkerung war so apathisch, daß kaum jemand Hoffnung in die Reformansätze des Januar setzte.

Doch als einmal das Reformieren und das laute Nachdenken über die jüngste Vergangenheit begann, von einem Haufen Intellektueller angezettelt (später bereuten die Stalinisten, daß das ganze Unglück mit der Zulassung der Kafka-Konferenz 1963 in Liblice begann), ging der Ruf nach Rehabilitation immer weiter zurück, fürchteten KP-Bürokraten, die Kontrolle über den Reformprozeß zu verlieren. Unorganisierte Einzelgänger taten im Moment der allgemeinen Resignation zunächst nichts anderes als öffentlich moralische Platitüden über Wahrheit, Anstand, Lüge, Feigheit, Freiheit des Wortes, der Versammlung, der Vereinigung auszusprechen, von Leuten, die begannen, einen Baum einen Baum und eine Fessel eine Fessel, einen scheinlegal Ermordeten einen widerrechtlich Ermordeten und einen nicht existierenden Sozialismus keinen real existierenden Sozialismus zu nennen. Da gab es keine vor Hunger und Arbeitslosigkeit revoltierenden Fabrikarbeiter. Ja, die Proleten standen zunächst, bis April-Mai, skeptisch abseits, mißtrauten den Intellektuellen, fürchteten um die Existenz des Erreichten, Erarbeiteten, Erkämpften. Erst im Sommer 1968 griffen die Arbeiter in den Reformprozeß ein, entdeckten zum wiederholten Mal die politisch-ökonomische Organisationsform der sozialistischen Demokratie, bildeten also Arbeiterräte, artikulierten ihre eigenen Klagen und Forderungen. Nun begannen die Arbeiter, sich entschieden auf die Seite der Reformer zu stellen. Und mit Sicherheit hätten sie den Reformern noch große Schwierigkeiten mit weitergehenden Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus gemacht, hätten nicht die Interventions-Truppen den Mythos des Dubcek-Kommunismus geschaffen.

1968 schrien keine hungernden Proletarier nach Brot, keine Bauern nach Land, keine unter dem Krieg Leidenden nach Frieden wie anno 1917. Ging es deshalb um "bürgerliche", um "liberale", also letztlich "rückständige" Freiheiten und um solch unpolitische Philanthropen-Forderungen wie "Menschenrechte"? Stritt man sich bloß um "Narben bürgerlichen Ursprungs" ("links" Nr. 102, S. 11)? Kämpfte man bloß liberal um Freiheitsrechte, statt sozialistisch um Freiheiten?

Mir scheint, daß nicht die schulterklopfende, wohlmeinende schulmeisterliche Solidarität großer Teile des SDS, wie sie von Hans-Jürgen Krahl artikuliert wurde, der die revolutionären Qualitäten in der rückständigen bürgerlichen Form des Reformprozesses hervorhob, die auch heute noch immer richtige Beurteilung der Reformbewegungen in Osteuropa ermöglicht. (Das ändert nichts an dem Verdienst Krahls, politisch die Solidarität mit den Unterdrückten durch seine Analyse zu ermöglichen und das alte Schema der Solidarität mit den sozialistischen "Ländern", sprich Bürokratien zu durchbrechen.). Könnte es nicht sein, daß wir – belehrt durch den Kampf der mutigen Bürgerrechtler in Osteuropa und durch die zunehmende Repression im eigenen Lande – die gesellschaftliche Bedeutung von politischen Freiheitsrechten unterschätzt haben? Vielleicht deshalb, weil wir sie weitgehend als Selbstverständlichkeiten wahrnehmen konnten? In der "sozialistischen" CSSR mußte der Studentenführer Jiri Müller, verurteilt zu mehreren Jahren Gefängnis für ein Flugblatt, selbst um das Recht kämpfen, Marx im Knast lesen zu dürfen, in einem "sozialistischen" Gefängnis!

Wenn wir als Sozialisten davon ausgehen, daß es auch im Sozialismus noch staatliche Gewalt, wenn auch "absterbende", geben wird, dann wird es auch im Sozialismus noch ein Recht geben, also auch Menschenrechte des einzelnen gegen Willkürakte von Seiten der Mehrheit in den sozialistischen Räten, die die öffentliche Gewalt verwalten. Was ist also so schrecklich "Rückständiges", "Bürgerliches" an der Berufung auf Menschenrechte? Und schon gar unter den Bedingungen des "real existierenden Sozialismus". Selbst im zukünftigen Sozialismus wird der einzelne noch auf sein Menschenrecht pochen müssen, es wird ihm nicht als ewig reibungslose Freiheit in den Schoß fallen.

Wenn Sozialismus die Verfügung der real existierenden Gesellschaft mit ihren je verschiedenen einzelnen real existierenden Bedürfnissen über die Produktions- und Gewaltmittel ist und nicht die Herrschaft des illusorischen Gemeininteresses, verkörpert durch eine staatliche proletarische Bürokratie, dann werden die gesellschaftlichen Beziehungen wahrscheinlich noch lange Zeit Rechtsform annehmen müssen. Wenn der Sozialismus die Naturwüchsigkeit der kapitalistischen Produktion durch bewußte gesellschaftliche Regulierung der Aneignung der Natur (einschließlich der Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Natur selbst) ersetzt, dann ist diese gesellschaftliche Aneignung immer noch im gewissen Sinne "politisch" (wenn auch schon nicht mehr klassenherrschaftlich). Die sogenannten "bürgerlichen", "liberalen" Rechte sind demzufolge nicht nur eine unabdingbare Voraussetzung, sondern auch eine unabdingbare Verkehrsform der Verwaltung im Sozialismus selbst.

In der CSSR 1968 ging es nicht um Revolution und Konterrevolution, nicht um die Interessen der einen Klasse gegen die Interessen einer anderen Klasse, sondern um die primitivsten Voraussetzungen einer sozialistischen Bewegung in einem "sozialistischen Staat", deren Entstehung durch die Aktion der Panzerbürokratie unterbunden wurde.

★

ne ständigen Organe und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Ihr gehört jeder an, der ihrer Idee zustimmt, an ihrer Arbeit teilnimmt und sie unterstützt ..." (vgl. den ganzen Text in Listy-Blätter, Febr. 1977). Es waren 241 tschechoslowakische Bürger, ehemalige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeiter, Intellektuelle und Studenten, die das Gründungsdokument unterschrieben haben; bis heute sind es über 900 Signatare geworden. Genau 17 Dokumente hat Charta '77 bis heute herausgebracht, mit der Absicht, die wohl schlecht und falsch informierten Staatsorgane und "Volksvertreter" auf Mißstände hinzuweisen, die überall im Lande festzustellen sind. Die meisten der Dokumente zählen "Übergriffe" des Polizeiapparats dem Staatbürger gegenüber auf, weisen auf eklatante Verletzungen tschechoslowakischer Gesetze und der offiziell verbrieften Menschenrechte durch die Machtorgane hin und machen auf das Fehlen von Gesetzen aufmerksam, die eine tatsächliche Einhaltung der Menschenrechte jedem Bürger garantieren könnten. Dabei stehen zwei Grundprinzipien der Charta-Aktivität im Vordergrund: auf der einen Seite die Regel, daß ihre Tätigkeit auf dem Boden der tschechoslowakischen Verfassung erfolgt; auf der anderen Seite übernimmt die Charta '77 als eine echte Bürgerinitiative auch die Verantwortung für die Mißstände in der Gesellschaft, was sie gleichzeitig verpflichtet, gegen diese Mißstände zu kämpfen. Es handelt sich bei der Charta '77 also keineswegs um eine destruktive, bloß gegen den totalitären Staat opponierende Initiative, sondern das Ziel dieser staatsbürgerlichen Aktivität ist es, "parallele Formen des gesellschaftlichen Lebens" (Petr Uhl) zu schaffen, die nicht von der destruktiv-repressiven zentral-bürokratischen Macht kontrolliert werden können. Das heißt in der derzeitigen tschechoslowakischen Wirklichkeit:

– freie Räume außerhalb der und gegen die staatliche Macht zu schaffen und abzusichern;

– die Entwicklung einer jedem interessierten Bürger zugänglichen Kommunikationsstruktur zu initiieren;

– dadurch eine Renaissance einer allgemeinen Politisierung in Gang zu setzen.

Aus diesen Zielen und den gegebenen Bedingungen ergeben sich die Formen der "oppositionellen" Aktivität der Charta, sowie die Offenheit für jede Meinung und jede Aktivität, die nicht von der Macht ausgehen und der Offenheit nicht zuwiderlaufen. Daher stammt auch die einhellige Ablehnung jeglicher konspirativ-elitärer Aktionsformen, die, wie Petr Uhl schreibt, "dem 19. Jahrhundert angehören". Diese totale Offenheit der Charta-Konzeption ist also kein Ausdruck der Schwäche, oder – wie man oft im Westen zu wissen glaubt – eines liberalistischen Opportunismus, sondern im Gegenteil, dieses Prinzip ist als ein weitsichtiges gesellschaftsveränderndes Programm anzusehen.

Diese Feststellung ist um so wichtiger, als es offensichtlich ist, daß dieser Aktionsrahmen den – wie auch immer unausgesprochenen – Interessen der überwiegenden Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung Rechnung trägt. Behält man gleichzeitig den ausgesprochen antirepräsentativen Charakter der Charta '77 im Auge (die Charta '77 ist keine Vertretungsinstitution der Bevölkerung, sondern sie ist ein Teil von ihr), der zur Zeit imstande ist – aus welchen Gründen auch immer –, das eigene Verantwortungsbewußtsein, d.h. das politische Engagement, öffentlich zu verkünden, so wird sichtbar, welche alternativen Gesellschaftsstrukturen sich hier in einer harmlos aussehenden Keimform ankündigen. Die mehr als einjährige Existenz der Charta '77 und ihrer Arbeit beweist, daß es keine Illusion ist, solche Ziele zu verfolgen, daß es sogar in der extrem ungünstigen Situation der tschechoslowakischen normalisierten Wirklichkeit möglich ist, den Aufbau alternativer Kommunikations- und Handlungsstrukturen in Angriff zu nehmen, Strukturen, die es jedermann und jederfrau erlauben, sich direkt an der Gestaltung der alternativen Gesellschaftsformen zu beteiligen.

Es zeichnen sich im Entstehen Strukturen ab, die – in die Zukunft verlängert – eine Selbstverwaltung aller Gesellschaftsmitglieder zum Inhalt haben. Es tut dieser Einschätzung keinen Abbruch, wenn man feststellt, daß heute in der Charta '77 auch politische Positionen einen Platz finden, die mit einer solchen Perspektive kaum etwas anzufangen wissen. Interessanterweise werden derartige Perspektiven jedoch nicht von denjenigen Positionen vertreten, die man hierzulande als "nur humanistisch-liberal" abzuqualifizieren pflegt (1), sondern die größte Skepsis gegen Selbstverwaltungsformen kommt vor allem von einem Teil der sogenannten Exkommunisten, also von einigen ehemaligen Apparatschiks, die, geprägt von den Führungsvorstellungen des Stalinismus, die einzig mögliche Lösung der heutigen tschechoslowakischen Misere in einer schrittweisen Verbesserung und Effektivierung des Staats- und Parteiapparats suchen. Es ist daraus ersichtlich, daß die fast peinliche Achtung auf die Legalität der chartistischen Aktivität keine unpolitische Haltung ist. Sie garantiert vielmehr jedem Bürger die Möglichkeit mitzumachen und sie zeigt darüber hinaus, daß nicht alles sinnlos ist und man sich als politischer Mensch betätigen kann, allerdings weitgehend außerhalb des Machtapparats, ja notgedrungen gegen diesen Apparat, der seine eigenen Gesetze nicht zu respektieren bereit ist (2).

Um die sozialistische Pluralität der Meinungen, die in der Charta '77 zum Ausdruck kommen, mindestens ansatzweise vermitteln zu können, will ich im folgenden einige der – mehr oder weniger ausgeprägt politischen – Positionen aufzählen, wobei sie der Einfachheit halber mit Schlagworten belegt werden. Es muß ausdrücklich betont werden, daß es sich hier nicht um politische Gruppierungen handelt, sondern um Meinungen und Ansichten, die die einzelnen Charta-Signatare vertreten. Das Meinungsspektrum, das hier auftritt, entspricht, wenn auch nicht in ihrer Anteilrelation, weitgehend der sozialen und kulturellen Schichtenstruktur der tschechoslowakischen Bevölkerung. Dabei sind die Faktoren, die diese Gesellschaftsstrukturen prägen, weniger – im klassisch-marxistischen Sinne – als Ausdruck der unterschiedlichen Verhältnisse zu den Produktionsmitteln zu verstehen; vielmehr handelt es sich hier um eine Vielzahl von objektiven Auswirkungen und subjektiven Erfahrungen, die solche Faktoren entstehen lassen, wie z.B. das Verhältnis einiger Familien zum Machtapparat, die Generationsangehörigkeit (d.h. z.B. die erlebte oder nicht erlebte Erfahrung mit dem Stalinismus der 50er Jahre oder mit der Massenbewegung 1968-69); Einflüsse von Freizeitkreisen (es ist in der CSSR üblich, daß fast jeder Mensch in einem Sport- oder Kulturverein viel seiner freien Zeit verbringt); Kontakte zu verfolgten Personen u.ä.m.

Diese gesellschaftlich wirksamen Faktoren entstehen – wie es auch Bahro theoretisch erfaßt – nicht aus einer "klassischen" horizontalen, sondern aus einer, der realsozialistischen Wirklichkeit eigenen vertikalen Trennung der Gesellschaft, die quer durch alle klassischen Schichten und Berufe verläuft. Vor diesem Hintergrund ist auch die folgende Aufzählung und kurze Charakterisierung der Strömungen in der Charta '77 zu sehen.

Als "reformistisch" bzw. "exkommunistisch" (eine innerhalb der Charta '77 übliche Bezeichnung) wären Positionen zu bezeichnen, deren Träger trotz ihrer "Exkommunikation" aus der Partei noch mehr oder weniger gute Verbindungen zum Machtapparat haben und darüber hinaus auch Kontakte zu gemäßigten Teilen der Sowjetbürokratie pflegen. Ihre politische Konzeption heißt: Status quo, Verhandlung mit dem Apparat, um eine Partizipation an der Macht zu erreichen und dadurch eine "Verbesserung", d.h. Reformierung des Machtapparats einzuleiten.

Eine breitere und aktuellere Position ist die des "Eurokommunismus"; sie unterscheidet sich von der "exkommunistischen" insofern, als die erwünschten Gesprächspartner nicht der tschechoslowakische bzw. sowjetische Machtapparat, sondern die Apparate der eurokommunistischen Parteien im Westen sind. Diese Position lehnt die führende Rolle der KPdSU ab.

Eine andere Strömung kann man als "technokratisch" bezeichnen. Sie orientiert sich stark an der Problematik der Wirtschaftsreformen und verlangt eine "fachlich" qualifizierte Gesellschaftsleitung. Eine weitere Meinungsposition vertreten "kompromißlose Kommunisten", meist alte kommunistische Kämpfer, die sich noch den alten vorstalinistischen Idealen der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlen und die über eine enorme moralische Kraft verfügen.

Die letzte Strömung schließlich, die aus dem Personenkreis der früheren mehr oder weniger angepaßten und integrierten KPC-Mitglieder stammt, ist als "sozialdemokratisch" zu benennen. Sie greift einerseits auf die alte sozialdemokratische Tradition der Ersten Republik (1918-1939) zurück, andererseits orientiert sie sich an der politischen Aktivität einiger sozialdemokratischen Parteien in der Sozialistischen Internationalen. Last but not least ist die "radikale Linke" zu beachten, die als einzige kein "schlechtes Gewissen" wegen der Vergangenheit zu haben braucht, da sie außerhalb der stalinistischen Strukturen entstand. Diese Strömung bekennt sich zum "revolutionären Marxismus"; mit dem Ziel einer sich selbstverwaltenden Rätedemokratie.

Einen anderen Bereich im Spektrum der Meinungen der Charta-Signatare nehmen idealistisch-humanistische und religiöse Positionen ein, die jedoch keine annähernd so starke Basis haben, wie z.B. in Polen.

Einen nicht unbeträchtlichen Teil (mehr als 10%) der Charta-Signatare stellen "normale Bürger" dar, die aufgrund ihrer tagtäglichen Erfahrung einfach "nur" empört sind über das Ausmaß der Rechtlosigkeit. Schließlich wären "einzelne Spezialisten" zu nennen wie Künstler, Schriftsteller, Forscher u.a., die es in ihren jeweiligen Gebieten abgelehnt hatten, unqualifiziert zu agieren, und dadurch in die Opposition gezwungen wurden.

Wie man sehen kann, bildet sich in und um die Charta '77 eine "normale" Gesellschaftsstruktur heraus, die – mit Ausnahme von Karrieristen und Parteiopportunisten – als eine getreue Widerspiegelung der tatsächlichen Interessenverteilung in der "übrigen" Gesellschaft zu charakterisieren ist.

Zum Schluß ist es notwendig, noch einmal auf die Notwendigkeit der kritischen Solidarität mit diesen Keimzellen einer neuen, alternativen Gesellschaftsstruktur, die auch in Polen und in Ungarn zu finden sind, hinzuweisen. Eine konkrete und bedingungslose Solidarität ist aber im Kampf der Charta '77 gegen die Persekution durch den Staatsapparat zu erwarten, denn im Kampf gegen Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten dürfen Meinungsunterschiede keine Rolle spielen!

Anmerkungen:

1) Vgl. Vaclav Havel, Interview in "Kurier", Wien, 31.3.78, in dem Havel, der wohl zu den "Humanisten" zu zählen ist, die Basis – "die da unten", wie er sagt – als diejenigen bezeichnet, die immer die Quelle jeder Veränderung sind.

2) Diese Skizze der langfristigen politischen Perspektive der Aktivität der Charta '77 widerspricht übrigens weitgehend der Einschätzung der oppositionellen Tätigkeit von Zdanek Hejzlar, vgl. seinen Redebeitrag zur Bahro-Veranstaltung am 12.1. 1978 in Berlin, abgedruckt in: "Langer Marsch", Januar 1978.

Literatur zur CSSR

Crusius, R. – Kuehl, H. – Skála, J. – Wilke, M. (Hg.), CSSR Fünf Jahre "Normalisierung", Hamburg: Verlag Association GmbH 1973 (zahlreiche Dokumente und Kommentare).

Hájek, Jiri, Demokratisierung oder Demontage?, München: Damnitz Verlag (kürbiskern reihe) 1969 (die argumentreichste Apologie der Intervention).

Hejzlar, Zdenek, Reformkommunismus, Köln-Frankfurt: EVA 1976 (vielleicht die beste Gesamtdarstellung).

Horský, Vladimir, Prag 1968 – Systemveränderung oder Systemverteidigung, Stuttgart-München: Ernst Klett Verlag, Kösel-Verlag 1975, (vor allem über Formen und Chancen des zivilen Widerstandes).

Pelikán, Jiri, Sozialistische Opposition in der CSSR, Köln-Frankfurt: EVA 1973 (über den Widerstand in der Phase der Normalisierung).

Weißenborn, N. (Hg.), Prag und die Linke, Hamburg: Konkret Verlag 1968 (unmittelbare Reaktionen auf die Intervention).

Kursbuch 13, 1968 (zur Studentenbewegung in Prag).

Kursbuch 30, (Analysen der Sozialstruktur der CSSR).

Die Bertrand Russell Peace Foundation startete im Sommer dieses Jahres einen Appell an die gesamte sozialistische und kommunistische Bewegung mit dem Ziel, eine gründliche Überprüfung des Bucharin-Prozesses zu initiieren, die möglicherweise zur Rehabilitierung der Opfer der stalinistischen Schauprozesse von 1936-1938 führen kann. Anlaß zu dieser Kampagne gab der Brief von Bucharins Sohn Juri Larin, der in der Sowjetunion lebt, an Enrico Berlinguer, den wir nachstehend dokumentieren.

Wenn wir Larins Brief hier abdrukken, so geht es nicht nur darum, die Kampagne der Russell Peace Foundation auch in diesem Land bekanntzumachen, noch allein um unser Interesse an der historischen Gerechtigkeit und Wahrheit. Maurice Merleau-Ponty hat in seiner bedeutenden Schrift "Humanismus und Terror" die Aktualität des "Falles Bucharin" gezeigt und an ihm die Widersprüche und politischen Identitätsprobleme nicht nur jedes revolutionären Handelns, sondern auch des Umgangs der siegreichen Oktoberrevolution mit der bolschewistischen Opposition thematisiert.

W. Jiranek

Um den Übergang unserer Gesellschaft auf ein höheres Niveau zu gewährleisten, müssen die folgenden Genossen ausgeschlossen werden . . .

Außerdem scheint es, als erlebten die politischen Vorstellungen Bucharins vom Aufbau des Sozialismus, die seinerzeit nicht als politische Meinungsverschiedenheiten, sondern als "Verrat" und "objektiv konterrevolutionär" bestraft wurden, im Rahmen der sogenannten eurokommunistischen Versuche, das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus neu zu bestimmen, eine gewisse Renaissance. Von hier aus erklärt sich auch das Interesse, auf das der Appell der Russell Foundation in der KPI gestoßen ist, die sich bekanntlich von allen sogenannten eurokommunistischen Parteien am intensivsten und kritischsten mit ihrer eigenen Geschichte und derjenigen der kommunistischen Bewegung auseinandersetzt.
Schließlich nehmen wir den "Fall Bucharin" auch im Zusammenhang der aktuellen Auseinandersetzung über die in Osteuropa herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf. Wir meinen, daß dies auch ein Bestandteil der historischen Verarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sein könnte, wie sie Rudolf Bahro in seinem Werk "Die Alternative" exemplarisch versucht.

Redaktion "links"

BUCHARINS SOHN AN BERLINGUER

"Werter Genosse Berlinguer,
ich schreibe Ihnen diesen Brief am Vorabend des Tages, an dem sich der tragische Tod meines Vaters Nikolaj Iwanowitsch Bucharin zum vierzigstenmal jährt. Damals war ich erst zwei Jahre alt und naturgemäß nicht in der Lage, mich an meinen Vater zu erinnern. Doch meine Mutter, die viele Jahre in Stalins Gefängnissen und Lagern zugebracht hatte, blieb wunderbarerweise am Leben und erzählte mir die Wahrheit über meinen Vater. Später wurde mir über ihn von G.M. Krschischanowsky, einer der engsten Freunde W.I. Lenins, und von Alt-Bolschewiki berichtet, die den Terror überlebt und Nikolaj Iwanowitsch bei der einen oder anderen Gelegenheit kennengelernt hatten. Außerdem las ich viele bolschewistische Bücher (die in unserem Land noch heute verboten sind und nur durch Zufall von einigen Alt-Bolschewiki aufbewahrt worden waren), darunter auch Bücher von Nikolai Iwanowitsch selber, sowie die Werke ausländischer Forscher. Die Informationen, die ich auf diese Weise erhielt, halfen mir, den Charakter sowie die gesellschaftliche und politische Tätigkeit meines Vaters richtig einzuschätzen. Ich begriff das Ungeheuerliche der Stalinschen Verbrechen, das Ausmaß, in dem er die Geschichte der Partei verfälscht hatte, die Unsinnigkeit und Dummheit der Anschuldigungen, die auf dem Plenum des Zentralkomitees im Februar/März 1937 gegen meinen Vater erhoben worden waren, und den Prozeß gegen den sogenannten "Rechtstrotzkistischen Block". Auf Grund dieser unsinnigen Anklagepunkte (Spionage, Hochverrat, Sabotage und Mord) wurde mein Vater jedoch aus dem Zentralkomitee und aus der Partei ausgeschlossen und zum Tode verurteilt.
Seit 1961 erörterten meine Mutter A.M. Larina und später auch ich selber mit den höchsten Partei- und Staatsorganen des Landes die Frage einer Zurücknahme der gegen N.I. Bucharin seinerzeit vorgebrachten ungeheuerlichen Anschuldigungen sowie die Wiederherstellung seiner Mitgliedschaft in der Partei. Diese Frage wurde bei der Parteiführung auch durch den Senior der Alt-Bolschewiki (unter Führung des früheren ZK-Sekretärs) der Partei, E.D. Stasewa, angeschnitten. Sie verstarben vor einiger Zeit, ohne eine Antwort erhalten zu haben. Erst im letzten Sommer (1977) erhielten wir endlich eine Antwort in Form eines Telefonanrufs. Ein Funktionär der Parteikontrollkommission des Zentralkomitees der KPdSU informierte uns telefonisch, daß die beim Prozeß gegen Bucharin erhobenen Anschuldigungen nicht zurückgezogen worden seien, da man die Überprüfung der Prozeßakten noch nicht abgeschlossen habe; das Problem der Wiederherstellung seiner Mitgliedschaft in der Partei könne daher noch nicht gelöst werden. Dies bedeutet, daß wir vierzig Jahre nach der Hinrichtung meines Vaters eine Antwort erhielten, durch die die monströsen Anschuldigungen Stalins im Grunde nur bekräftigt werden. Meine Eingaben an die Gerichte (den Obersten Gerichtshof der UdSSR) hatten keinen Erfolg; die schlichte Wahrheit ist, daß man mir einfach nicht antwortet.
In einem Land, wo der größere Teil der Bevölkerung nach dem verlogenen "Kurzgefaßten Lehrgang" erzogen wurde, gibt es viele, die meinen Vater noch immer als Verräter und Hitler-Söldling betrachten, obwohl er in Wahrheit ein hervorragender Kämpfer gegen den Faschismus war und in seinen letzten Lebensjahren all seine Kraft darauf verwandte, den Faschismus zu entlarven und vor der wachsenden faschistischen Bedrohung zu warnen.
Als mein Vater die Wohnung zum letztenmal verließ, um am ZK-Plenum vom Februar/März 1937 teilzunehmen (von dem er nie zurückkehren sollte), sagte er zu meiner Mutter: "Sei nicht verbittert; es gibt verhängnisvolle Irrtümer in der Geschichte. Ich möchte, daß mein Sohn als Bolschewik aufwächst." Er betrachtete die Vorfälle, die sich ereignet hatten, als tragisch, aber vorübergehend; er glaubte an den Endsieg der Kräfte des Sozialismus.
Ich bin kein Mitglied der Partei, doch für meinen Vater bedeutete das Wort "Bolschewik" zweifellos einen Kämpfer für soziale Gerechtigkeit. Und dabei sind wir nicht in der Lage, in unserem Lande solche Gerechtigkeit für einen Mann zu erlangen, den Lenin vor seinem Tode "einen Favoriten der ganzen Partei" nannte. Für meine Mutter, die die Schrecken der Stalinschen Lager überlebte und die viele von Lenins Waffengefährten kannte, Vertreter der alten Partei der Bolschewiki – Menschen, an die sie die glücklichsten Erinnerungen bewahrt und von denen sie stets mit Zärtlichkeit und Liebe spricht –, wird das Leben in einer solchen Situation immer unerträglicher. Es ist unvorstellbar, daß Menschen, die auf ihren Schultern noch immer die Last der Stalinschen Verbrechen tragen und sie nicht auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen haben, für hohe Ideale kämpfen können.

Ich wende mich an Sie, Genosse Berlinguer, nicht nur, weil Sie der Vorsitzende der größten kommunistischen Partei Westeuropas sind und die Bürde der Vergangenheit bereits abgeschüttelt haben, sondern auch, weil N.I. Bucharin ein internationalistischer Kommunist war, ein aktives Mitglied der Internationalen Arbeiterbewegung. Er war Kommunisten in vielen Ländern der Welt bekannt, die sich an ihn stets herzliche Erinnerungen bewahrten. Einige dieser Männer weilen noch unter uns und arbeiten in den Reihen der KPI. Ich denke besonders an den Genossen Umberto Terracini.
Ich wende mich an Sie mit der Bitte, sich an der Kampagne zur Rehabilitierung meines Vaters in jeder Ihnen zweckmäßig erscheinenden Form zu beteiligen. Nicht lange vor seinem Tode schrieb Nikolaj Iwanowitsch einen Brief "an die künftige Generation von Parteiführern", in dem er sie beschwor, "das riesige Geflecht von Verbrechen zu entwirren". Meine Mutter lernte den Wortlaut dieses Briefes in den düsteren Tagen ihres Lebens auswendig und übermittelte ihn nach ihrer Rehabilitierung dem Zentralkomitee der Partei. Dieser Brief endete mit den Worten:
Wisset, Genossen, daß an dem Banner, das Ihr auf Eurem siegreichen Weg zum Kommunismus tragt, ein Tropfen meines Blutes klebt.
Hochachtungsvoll

JURI LARIN (BUCHARIN)"

Bolivien — Ende einer Diktatur?

Claudia König/Wolfgang Kaiser

Der folgende Beitrag wurde bereits vor den Wahlen abgefaßt, konnte jedoch aus Platzgründen erst in dieser Nummer erscheinen. Den Ereignissen nach den Wahlen tragen die Verfasser in einem Nachtrag Rechnung. Redaktion "links"

"Amnistia total e irristricta!" (Allgemeine und unbegrenzte Amnestie!) "Que salga el ejercito de las Minas!" (Raus mit den Militärs aus den Minen!), "Que vuelvan los exilados politicos al pais!" (Rückkehr der aus politischen Gründen Exilierten!), "Plena vigencia de los sindicatos!" (Völlige Gewerkschaftsfreiheit!).

Mit diesen Forderungen begannen kurz nach Weihnachten 1977 vier Bergarbeiterfrauen und ihre 14 Kinder einen unbefristeten Hungerstreik im unterentwickeltsten Land Südamerikas: Bolivien. Diese Frauen hatten erfahren, was die Verwandlung ihrer Heimatorte Siglo XX, Catavi und Llallagua in wahre KZs bedeutete; damals hatten ihre Männer für höhere Löhne gestreikt. Die Antwort der Militärs war brutal: Verhaftungen, Ausweisungen und die Zerstörung des Radiosenders der Mineros, der zum Streik aufgerufen hatte. Seitdem besetzen Banzers Truppen die Minenregion und unterdrücken permanent jede Selbstorganisierung der Zinnminenarbeiter.

Was zunächst nur wie die verzweifelte Initiative einiger Familien aussah, weitete sich in der Folge zur größten politischen Kraftprobe zwischen dem Militärregime Banzers und der bolivianischen Arbeiterbewegung aus. Eine gewaltige Solidarisierungswelle erfaßte das Land bis weit in die Mittelschicht hinein. Die drei größten Universitäten des Landes traten in einen unbefristeten Streik. In den Kirchen legten sich Hunderte von Studenten auf Matratzen und hungerten fast drei Wochen lang. Linke Priester und Hausfrauen quartierten sich in die Redaktionsräume der PRESENCIA, der zweitgrößten Tageszeitung des Landes, die sich mit den Streikenden solidarisiert hatte, ein und nahmen keine Nahrung mehr zu sich. Die Krankenhäuser füllten sich mit erschöpften Hungerstreikenden. Neue Streikende rückten nach. Mitte Januar waren es bereits fast 1.500. Die endgültige Wende brachte aber der 48stündige Streik aller Minen und Betriebe und die Ankündigung der Gewerkschafter aus der Clandestinadad, ihn in einen unbefristeten Streik umzuwandeln. Diese entschlossene Drohung bedeutete die unverhohlene Kampfansage der Arbeiterbewegung an General Banzer. Am 18.1.1978 ging dieser in die Knie und gab der Forderung der Arbeiter nach Amnestie, Gewerkschaftsfreiheit und Wiederzulassung aller politischen Parteien nach.

Diese Wiedergeburt der bolivianischen Opposition kommt nicht ganz unerwartet. Im November hatten die Militärs selbst die "democraticazion" proklamiert. Über die Gründe dieses Gesinnungswandels kursieren widersprüchliche Thesen. Allgemeinhin nimmt man an, daß er auf direkten oder indirekten Druck der Carter-Administration zurückgeht, die die Menschenrechte als ideologische Gegenwaffe gegen den universalen "proletarischen" Anspruch der sowjetischen Bürokratie entdeckte und daher bemüht ist, in ihrem Einflußbereich zumindest die krassesten Verletzungen der Menschenrechte abzumildern. Damit wurde aber nicht nur eine dünne Schicht liberaler Kleinunternehmer und Beamter ermuntert, sondern auch die traditionell sehr kämpferische, um die Zinnminen zentrierte Arbeiterbewegung Boliviens.

Banzer selbst zog sich aus der politischen Schußlinie zurück, indem er den ehemaligen Innenminster Juan Pereda Asbún als Strohmann für die Präsidentschaftswahl am 9. Juli vorschob. In aller Eile wurde auch eine Partei geschaffen: die UNP (Unión nacionalista del pueblo), ein Sammelbecken der äußersten Rechten. Über das monopolisierte Staatsfernsehen hat eine massive Bearbeitung der Wähler zugunsten des Kandidaten Pereda eingesetzt. Wo Propaganda nicht hilft, wird geschossen. Als sich am 21. Mai 1978 in Achcachi (Altiplano) 5.000 Campesinos weigerten, an einer Feier zu Ehren Peredas teilzunehmen, schoß das Militär willkürlich in die Menge.

Trotzdem ist ein Wahlsieg Peredas keineswegs sicher. Der triumphale Ausgang des Hungerstreiks rief 19.000 politische Emigranten zurück in die Anden: Angesichts des wirtschaftlichen Desasters, das die Militärs hinterlassen, ist es sogar möglich, daß die Repression, die Versuche des Totschweigens der Gegner, die offenkundige Benachteiligung beim Gebrauch der Massenmedien, die eigene Beweihräucherung von der Bevölkerung als ebensoviele Offenbarungseide des wirtschaftlichen Bankrotts verstanden werden:

1. Die fast ausschließliche Orientierung der bolivianischen Wirtschaft auf den Bergbausektor hat sich kaum geändert. 1976 beispielsweise exportierte Bolivien Waren im Werte von 624 Mio. US-Dollar, davon in erster Linie Bergbauprodukte: Mineralien (vornehmlich Zinn) für 378,5 Mio. Dollar, Öl für 112 Mio. Dollar und Gas für 54,9 Mio. Dollar. Diese Zahlen verdeutlichen, daß der Anteil der Bergbauprodukte am Export von 1972 bis 1976 gerade von 90% auf 87% gesunken ist. Mit anderen Worten: die Ökonomie des Landes ist weiterhin fast ausschließlich auf die Bedürfnisse der Industrieländer zugeschnitten, denn im eigenen Land fehlen wie zuvor die Anlagen, um Zinn, Zink, Wolfram und andere Mineralien auf- und weiterzuverarbeiten.

2. Das, was Bolivien mit seinen Exporten einnimmt, steht in keinem Verhältnis zu dem, was die kleine, sehr wohlhabende Bourgeoisie für ihren Konsum ausgibt und zu dem, was der Staat benötigt, um seine Verwaltungsaufgaben zumindest in Ansätzen zu verwirklichen und einige neue Investitionen vorzunehmen. Banzers Regierung entwickelte daher hohe Könnerschaft im Aufnehmen ausländischer Kredite, die selbst das "brasilianische Modell" relativ in den Schatten gestellt hat. So beläuft sich die Steigerung der Auslandsverschuldung von 391 Mio. US-Dollar im Jahre 1971 auf 2,6 Milliarden im vergangenen Jahr.

Diese Dollarschwemmen haben zu dreierlei gedient:

- Zur Investition in den agrarkapitalistischen Betrieben des tropischen Tieflandes um Santa Cruz, die vor allem Zucker und Baumwolle produzieren. Das Tiefland des Oriente befindet sich bis heute in den Händen weniger Großgrundbesitzer, weil es wegen der dünnen Besiedlung nicht in die Agrarreform 1952 einbezogen worden ist.
- Zur direkten Bereicherung einer dünnen Schicht von Technokraten, die sich für die Erstellung von Projektstudien und technischen Untersuchungen in Sachen Straßenbau, Flughafenbau oder Bewässerungsanlagen gut bezahlen ließen. In einer großen Zahl der Fälle flossen die Kredite auch direkt (wieder) in die USA, weil diese Forschungsaufträge vom bolivianischen Staat an amerikanische Gesellschaften vergeben wurden.
- Zur Verbesserung des bolivianischen Straßennetzes. Die Unsummen, die der Straßenbau verschlungen hat, erklären sich zum einen aus der Unwegsamkeit der (dicht besiedelten) Anden, zum anderen aus den "herzlichen" Beziehungen der beauftragten Baufirmen mit dem Regime. Dennoch sind die meisten Hauptverbindungswege zwischen den großen Städten sowie sämtliche Landstraßen bis heute unasphaltierte Staubstraßen. Weite Teile des Landes sind deshalb während der Regenzeit (November-März) gänzlich von den Andengebieten abgeschnitten und müssen durch Luftbrücken versorgt werden.

Diese Angaben vernachlässigen den allgemein erhobenen Verdacht, daß der überwiegende Teil der Kredite (die vor allem über die Banco Interamericano de Desarrolle, BID, ins Land fließen) in Form politischer Bestechungsgelder direkt zur Bereicherung der mit dem Regime verfilzten Sektoren der Bourgeoisie gedient haben. In jedem Fall nicht gedient haben die Kredite zur Hebung des Lebensstandards der Kleinbauern, die bei einem Bevölkerungsanteil von mehr als 55% nicht 5% dieser Mittel erhalten haben.

3. Zum gleichen Ergebnis hat auch die Preispolitik Banzers geführt, die bei einer Preissteigerung von etwa 500% während seiner Regierungszeit nur die Verdreifachung der Preise für landwirtschaftliche Produkte zuließ. Dadurch war es den Kleinbauern (minifundistas) unmöglich, ihren Lebensstandard auch nur annähernd zu halten. Die Produzenten des Hinterlandes müssen weiterhin die Funktion des Zulieferers billiger Lebensmittel für die Städte erfüllen sowie als Reservearmee zur Drükkung der Löhne beitragen. Dementsprechend haben sich die Löhne der städtischen Arbeiter relativ vermindert: So steht der Erhöhung der Löhne der Minenarbeiter um nominal 101% (von 1971-1976) ein Kaufkraftverlust von 380% gegenüber.

4. Diversifizieren konnte sich in den letzten sieben Jahren lediglich die Bourgeoisie. Neben der Entstehung der Agrarindustrie auf privatkapitalistischer Basis und der oben beschriebenen Schicht technokratischer Parasiten beobachten wir die Aufblähung einer "burguesia importadora", die zum Teil legal, zum Teil durch Schmuggel und mittels Beamtenbestechung industrielle Erzeugnisse, vor allem Konsumartikel aus den stärker industrialisierten Nachbarländern Brasilien und Argentinien sowie aus den USA und Europa einführt, die Preise nach Gutdünken diktiert und damit jede Entfaltung des nationalen Handwerks und der bolivianischen Kleinindustrie erstickt.

5. Die Bilanz der letzten sieben Jahren kann sodann nicht die totale Vernachlässigung öffentlicher Investitionen in den medizinischen und pädagogischen Sektoren der Infrastruktur vertuschen. Nach wie vor sterben fast alle bolivianischen Mineros an Silikose (Staublunge), bevor sie die 40 erreicht haben (mittlere Lebenserwartung: 38 Jahre!). Weiterhin erreicht die Säuglingssterblichkeit in Bolivien die horrende Ziffer von 15,9%. Völlig kompromittiert hat sich darüber hinaus das Regime Banzer mit den beiden widersprüchlichen Aspekten seiner Bevölkerungspolitik: mit der Zulassung der Zwangssterilisation indianischer Frauen auf der einen Seite und mit der Inaussichtstellung dünn besiedelter Ländereien im Oriente als Zufluchtsort für 150.000 weiße Rassisten aus Südafrika. Weiterhin zeichnet sich Bolivien durch die höchste Analphabetenrate Südamerikas aus, nämlich 17% in den Städten und 85% (!) auf dem Lande.

- Weil es kaum Lehrer gibt, die in

dpa

Quechua und Aymara unterrichten können und wollen, den beiden Sprachen der Indios Boliviens, die die absolute Mehrheit der 5,6 Mio. Einwohner darstellen.

- Weil sich die kleinbürgerliche Mittelschicht, d.h. auch die Lehrer (und die Ärzte) nur in den Metropolen und Departementshauptstädten La Paz, Santa Cruz, Cochabamba, Potosi, Oruro, Sucre, Tarija und Trinidad aufhält, wo sich das nach westlichem Muster verzerrte Leben genießen läßt.
- Weil die Kinder auf dem Land bei einem relativen Schulbesuch vor etwa einem Drittel zu über 90% aus den Schulen desertieren, denn sie werden als Arbeitskräfte auf den Minifundien ihrer Familien gebraucht und erleben den spanisch geführten, auf für sie nicht unmittelbar verwertbare Techniken des Rechnens und Schreibens orientierten Unterricht nur als Kette von Mißerfolgserlebnissen.

Die Gründe sind wiederum in der engen Verflechtung des Regimes Banzer mit den USA zu suchen, weil allen theoretischen Konzepten der concientización und der Vermittlung angepaßter Technologie zum Trotz bürgerliche Schulkonzepte von den amerikanischen Beratern des Erziehungsministeriums durchgesetzt werden.

- Weil die gänzlich mangelhafte Ausstattung der ländlichen Schulen nur einen Unterricht auf niedrigstem Niveau zuläßt. So sind wir durch Zufall auf Dörfer gestoßen, in denen die Kinder auf kalten, gestampften Lehmböden in lichtlosen Adobenhütten sitzen müssen und den Lehrern weder Landkarten noch Schaubilder, weder Elektrizität noch fließendes Wasser den Unterricht erleichtern.

Angesichts dieser Widersprüche, deren chronischer Verschärfung die siebenjährige Militärdiktatur Vorschub geleistet hat, muß sie jede organisierte Politisierung und Aktivierung der bolivianischen Mineros, Arbeiter und Campesinos fürchten und unterdrücken, will sie aus den "Wahlen" als Goldmarie hervorgehen.

Der logischen Konsequenz aus Manipulation und Repression des Demokratisierungsprozesses ein inhaltliches Konzept entgegenzusetzen, sieht sich die bolivianische Linke jedoch kaum in der Lage. Sieben Jahre Maulkorb haben einen enormen Nachholbedarf an Information hinterlassen. Die Entpolitisierung der Bevölkerung ist zwar nicht gelungen, aber die unlängst heimgekehrten exilierten politischen "Cuadros" (Kader) müssen sich zum Teil selbst erst wieder mit der konkreten politischen Realität auseinandersetzen, die linken und linksdemokratischen Parteien ihre lichten Reihen in aller Hast aufforsten, Programme und Zeitungen schreiben und elementare Schulungen durchführen, in Gewerkschaften und Universitäten kandidieren und dabei immerzu die Ängste vor der nächsten Welle selektiver Repression bekämpfen, die noch immer die politische Aktivierung lähmt und hemmt.

Für die einzelnen Parteien reichte die kurze Frist von Januar bis Juli kaum aus, sich selbst zu reorganisieren und auf demokratische Weise Standorte zu suchen. Dennoch haben sich nicht weniger als 52 (!) Parteien zu den Wahlen aufstellen lassen.

Nur ein Teil der linken und sozialdemokratischen Opposition hat sich davon in zwei "frentes" (Wahlfronten) zusammengefunden: In der FUDP (Frente de Unidad Democratica y Popular) und der FRI (Frente Revolucionario de Izquierda). Die FUDP vereinigt 6 Parteien, nämlich den MNRI (Movimiento Nacionalista Revolucionario de Izquierda), den MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionária), die PCB (Partido Comunista de Bolivia, Linie Moskau), die PS-A. Burela (Partido Socialista), den MRTK (Movimiento Revolucionário Tupac Katari – bolivianische Bauernbewegung mit z.T. indigenistischen Ideen) und den MIN (Movimiento Revolucionário de Izquierda Nacional). Die FUDP hat einen bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, den ehemaligen bolivianischen Präsidenten Hernán Siles Zuazo (1956-1960) und vertritt ein sozialrevolutionäres Modell der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus, d.h. entwickelt sich zur Vertreterin der Sozialdemokratie in Bolivien. Aus entsprechenden Quellen dürften denn auch die Gelder stammen, mit denen die FUDP ihren ziemlich aufwendigen Wahlkampf finanziert. Die große Mehrheit ihrer Basis sind Angehörige der Mittelschicht und Intellektuelle, die denn auch hervorragende Analysen der ökonomischen Situation Boliviens veröffentlichen und dabei umfangreiche Sammlungen von Einzeldaten aufarbeiten. Führende Genossen des MIR verhehlen jedoch nicht, daß in den beteiligten Parteien die Entscheidungen ohne Rückgriff auf eine politische Strategie erfolgt sind und sich vielmehr an dem orientieren, was tagespolitisch opportun erscheint.

Die Kandidaten der FRI für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft demgegenüber sind zwei Symbolfiguren der bolivianischen Arbeiterbewegung: Casiano Amurrio als Vertreter der Confederación independiente des Campesinos und die Arbeiterin Domitila de Chungara aus der Minensiedlung Siglo XX. Insbesondere letztere – als erste Frau Boliviens, die ins politische Rampenlicht rückt – zeichnet sich durch eine ungeheure Popularität aus. Sie hat an den Streiks und Arbeiterkämpfen der Mineros aktiv teilgenommen, die Frauen politisch organisiert und lange Zeit in Gefängnissen Banzers dafür bezahlt. Ihr kürzlich erschienenes autobiographisches Buch "Wenn Sie mir zu sprechen erlauben" schildert eindrucksvoll die Lebensbedingungen der Mineros und die Klassenauseinandersetzungen der letzten 20 Jahre.

Die FRI vertritt fünf Parteien, die ihre Basis in der Arbeiterklasse und unter den Studenten haben: die PRIN (Partido Revolucionário de Izquierda nacional de Juan Lechín O.), PCML (Partido Comunista Marxista Leninista – Linie Peking), VC-POR (Vanguardia Comunista del Partido Obrero Revolucionario), die PRO-Combate (Partido Obrero Revolucionario) und den PRTB (Partido Revolucionário de los Trabajadoras de Bolivia).

Die FRI betont, die Wahlen nur als "politische Tribüne" nutzen zu wollen und lehnt eine Vereinigung mit der FUDP ab. Sie sieht die FUDP als kleinbürgerliche Bewegung, die der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe schädlich sei. Im Gegensatz zur FUDP hat die FRI nicht die Illusion, der Parlamentarismus in Bolivien könne eine erste Etappe auf dem Weg zum Sozialismus darstellen. Ihr unmittelbares Ziel ist die Mobilisierung und Selbstorganisation der Arbeiterklasse und der Bauern an der Basis, um eine Kontrolle und Lenkung der (sozialistischen) Einheitsgewerkschaft COB (Central obrera Boliviana) zu ermöglichen. Die bisherige Schwäche der FRI liegt in der Abstraktheit ihrer politischen Lösungen: in ihren Reihen befinden sich nicht so viele Analytiker und ebensowenig viele Angehörige der Mittelschicht, die Zeit und Geld in die politische Arbeit investieren können.

Ohne Zweifel hat der Hungerstreik erst die Voraussetzungen für die beginnende Reorganisation der bolivianischen Linken geschaffen. Aber nach dem gültigen Wahlgesetz aus der Zeit der populistischen Regierung des MNR (Movimiento National Revolucionário), werden nur die Vertreter der beiden stärksten Wahllisten ins Parlament einziehen, und zwar unabhängig von der Zahl der bekommenen Stimmen erhält die stärkere der beiden siegreichen Listen vier Fünftel und die schwächere ein Fünftel der Sitze. Die restlichen Parteien und Wahllisten sind selbst von den Bänken der Opposition ausgeschlossen. Vor diesem Panorama ist die Prognose ungünstig. Die bolivianische Linke erwartet, daß nach den Wahlen die selektive Repression weitergeht, wenn nicht unter Pereda, so doch in seinem Sinne. Dennoch haben die Auseinandersetzungen der letzten Monate und nicht zuletzt der Hungerstreik der sozialistischen Arbeiterbewegung Boliviens wieder Mut gemacht: El pueblo unido jamás sera vencido.

Zur Lage nach den Wahlen in Bolivien

Die kurze Bilanz zweieinhalb Monate nach den Wahlen in Bolivien steht unter negativem Vorzeichen:

Der Versuch einer scheinbar demokratischen Wachablösung Banzers durch Pereda wurde durch die Veröffentlichung zahlloser Fälle von Wahlbetrug, Urnendiebstahl, Fälschung der Wahllisten, Bestechungen und Erpressungen zunichte gemacht. Vor allem die Tatsache, daß in vielen Wahllokalen nur die grünen Wahlzettel der Pereda-Wahlliste UNP zur Verfügung standen, brachte die Bevölkerung zum Kochen. Unter dem Druck der Presse und drohender Proteststreiks annullierte daher die "corte electoral" (das zentrale Wahlgericht) die Wahlen nach 10 Tagen und ordnete Neuwahlen binnen 6 Monaten an. Pereda und die äußerste Rechte des Militärs beugten sich zunächst; als jedoch die corte electoral strengere Kontrollmechanismen ankündigte, die den Boden für einen nochmaligen Scheinsieg Peredas ausgetrocknet hätten, ließ er in Santa Cruz und Cochabamba mobilisieren. Dort riefen die Militärs sofort den regionalen Ausnahmezustand aus, besetzten die Radiosender und begannen mit Verhaftungen unter der politischen Führung der Linken.

Banzer war offensichtlich nicht damit einverstanden, konnte es jedoch keinesfalls auf eine militärische Kraftprobe mit den Anhängern Peredas ankommen lassen. Er mußte zurücktreten und übergab weise die Macht an ein Militärtribunal, welches 3 Stunden später, am selben 21. Juli, Pereda zum Präsidenten ernannte. (Daß die Sowjetunion noch vor den USA postwendend die neue Regierung Boliviens bedingungslos anerkannte, sei hier nur am Rande bemerkt. Die dadurch bewirkte Demoralisierung wäre fast ein Thema für sich.)

Seither gilt Peredas Parole "Orden, paz y trabajo" (Ordnung, Ruhe, Arbeit). Die Arbeiterbewegung Boliviens hat einmal mehr erleben müssen, daß mit bürgerlichen Wahlen kein – sozialistischer – Staat zu machen ist. Aber sie steht gegenwärtig geknebelt unter der tödlichen Drohung Peredas, allen "Kommunisten und Unruhestiftern" ein für allemal den Garaus zu machen. Und daß eine Steigerung der politischen Repression möglich ist, zeigen die Beispiele Argentiniens, Chiles, Nicaraguas. In Bolivien befürchtet man, daß es in den kommenden Monaten alle diejenigen treffen wird, die während des Wahlkampfes "aufgefallen" sind und daß sich damit die damalige Angst bewahrheitet, daß das ganze Wahlspiel schließlich nur einem Zweck gedient hat: die verborgenen Arbeiterführer und linken Intellektuellen ans Tageslicht und in die Falle zu locken.

Die Eroberung der politischen Landschaft

Norbert Kostede

Gut dreißig Jahre alt, betritt die westdeutsche Gesellschaft vor unseren Augen einen neuen Zeitraum. Nach früheren Restaurationsjahren einer für oppositionelle Kräfte eng gezogenen parlamentarisch-demokratischen Verfassung, nach ungeahnter wirtschaftlicher Blütezeit, nach jener durch Studentenrevolte und konjunkturelle Warnzeichen eingeläuteten Reformära beginnt diese Gesellschaft heute ein neues Stück Geschichte, an dessen Ende wir sie nur mit Mühe wiedererkennen werden. Ein ganzes Jahrzehnt ökonomischer Krisen, bislang ungewohntes materielles Elend, radikale gewerkschaftliche Kämpfe warten auf sie; erste Signale, daß der parlamentarische Mechanismus politischer Herrschaft außer Kontrolle gerät, sind nicht zu übersehen; das lange eingeübte Volksvertrauen in die Kompetenz und Allmacht der etablierten Eliten von Wirtschaft und Politik schwindet; diejenigen Möglichkeiten der Arbeit, der Bildung, der Freizeit, diejenigen kulturellen Lebensformen, die diese Gesellschaft ihrer Jugend, ihrer mittleren Generation zur Befriedung und Ruhe anbieten kann, werden geringer; die zuverlässige, vom alten deutschen Faschismus eingefärbte Generation stirbt aus oder bekommt die industrielle Bedeutungslosigkeit des Alters zu spüren; die Ost-West-Klischees des Antikommunismus verlieren in dem Maße an Überzeugungskraft, wie die sozialistische Kritik des 'realen Sozialismus' sich Gehör verschafft ... Staat, Wirtschaft, Kultur und Ideologie, wohin wir auch schauen, alle Fundamente der westdeutschen Gesellschaft sind in Bewegung geraten.

Wie einschneidend aber auch immer der Wandel und die Änderungen in ihrem neuen Zeitraum ausfallen werden, die Alternative dieser Gesellschaft heißt ganz und gar nicht "Sozialismus oder Barbarei": Zum einen lösen sich die Widersprüche ihrer Gegenwart und Zukunft weder automatisch noch unter Einsatz aller bestehenden oder verdoppelten und verdreifachten Interventionskraft der westdeutschen Linken als revolutionärer Umschwung auf. Eine Charakteristik der neuen Entwicklungsstufe, die dies möglich nennt, ist irreal; ein Blick in andere Länder Westeuropas, die Analyse der weltpolitischen Konstellationen muß dies bestätigen.

Zum anderen: Faschismus wird die Lösung auch nicht heißen. Es ist ein schlechter Witz, aber daß dieses Krisenjahrzehnt nicht in Richtung eines traditionellen oder neuen – also in etablierten konservativen Parteien und staatlichen Institutionen sich entwickelnden – Faschismus aufgelöst werden kann, verdanken wir nicht zuletzt der unauslöschlichen Brutalität des Hitlerfaschismus. Zu welcher weiteren autoritären Strukturierung der Berufsverbots- und Notstandsstaat in den nächsten Jahren auch immer fähig und gezwungen ist, die offen-diktatorische Perspektive ist in unserem 'Volk von Demokraten' diskreditiert, und mißtrauisch wacht Europa.

Wenn aber der beschrittene Zeitraum der westdeutschen Gesellschaft weder sozialistisch noch faschistisch enden kann, wie endet er dann? Wenn das Primat sozialistischer Politik weder ein antifaschistischer Verteidigungskampf noch eine die soziale Umwälzung der Fabrikgesellschaft in Gang setzende sozialistische Offensive ist, wie heißt ihr Primat dann?

Der mögliche Werdegang der westdeutschen Gesellschaft ist keine Sache der Spekulation, seine Andeutungen und Zubringer durchstreifen die Nachkriegsgeschichte, nennen wir ihn "Amerikanisierung".

Was ist gemeint? Gemeint ist zunächst ganz allgemein eine krisenbedingte, durch demokratische Massenloyalität abgesicherte, naturwüchsige bis politisch gesteuerte Erneuerung eines Gesellschaftskörpers, der sich vom Faktor der politisch-organisierten Arbeiterbewegung unabhängig und gegen den Virus gesellschaftlicher Alternativen immun macht. Im inneren Kreis eine nach Rasse, Alter und Geschlecht, vor allem aber und auf Dauer in beschäftigte und arbeitslose Fraktionen gespaltene Arbeiterklasse. Eine politisch von den Gefällen des Arbeitsmarktes und von ökonomischer Krisenlast relativ abgeschirmte, auf Sicherung von Status und kleinbürgerlichem Wohlstand bedachte, ausreichende Wählermajorität von industriellen, kommerziellen und staatlichen Lohnarbeitern und Mittelschichten, die als passive Massenbasis dieser Politik der Amerikanisierung dient, nimmt unter Existenzdruck und Existenzangst den verwalteten Pauperismus, die Verelendung großer Arbeitermassen und Bevölkerungsschichten in Kauf. Die Auflösung der Gewerkschaftseinheit in radikal-syndikalistische Bewegungen, Korporativismus und Gewerkschaftsmafiosi verfestigt und beschleunigt diesen Prozeß der Klassenauflösung.

Diese Gesellschaftskreise werden von einem hochgradig ritualisierten parlamentarischen System, von einem durch und durch klassenspezifischen Wechselspiel von regierenden und opponierenden 'Volksparteien' überwölbt. Seit langem wissen wir, in welch ungeheuerlichem Ausmaß die institutionellen Filter des politischen Systems die Interessen und sich widersprechende Forderungen der großen Gesellschaftsklassen von Sprengkraft und Unvereinbarkeiten reinigen und in eine Politik des Allgemeinwohls übersetzen können. Sozialwissenschaftlich modernsten Public Relations-Agenturen verbleibt es, mit immer neuen Versionen dieser Allgemeinwohlsprache noch die spontansten Artikulationen von Klasseninteressen zu übertönen und die Entpolitisierung der Arbeiterschaft zuzuspitzen.

Neben der 'offiziellen Gesellschaft', in ihren Nischen, reproduzieren sich subkulturelle Gettos oder gesellschaftliche Widerstandsnester, Ströme von Jugendlichen und Arbeitslosen, die nicht "zurück" können oder wollen, durchwandern einen verbliebenen Freiraum nach dem anderen. Eine systemstabile, friedliche Koexistenz von offizieller und "zweiter Gesellschaft" spielt sich ein, die alternativen Bilder und Impulse dieser "zweiten Gesellschaft" gebären vielleicht noch offizielle Moden, Explosionen zünden sie nicht.

Ich muß mich kurz fassen. Über Gestalt, Lebensmöglichkeiten und Widersprüche eines solchen erneuerten Gesellschaftskörpers gäbe es sicherlich mehr zu sagen, aber bereits in diesen hier modellhaft verzerrten Zügen der nordamerikanischen spiegelt sich die mögliche Zukunft der westdeutschen Gesellschaft. In diesen Zügen kann man zugleich die geschichtliche Tragweite einer Niederlage erahnen, welche die deutsche und europäische Linke erleiden würde, wenn diese Entwicklungspotenzen unwiderrufliche Wirklichkeit werden. Wo sonst in der kapitalistischen Welt ist die utopische Dimension des Bewußtseins derart ausgelöscht, bleibt noch die radikalste Kritik derart wirkungslos, ist jegliche Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung derart verschüttet, wie im amerikanischen Volk.

Welche Alternative hat aber nun die westdeutsche Linke zur Amerikanisierung dieser Gesellschaft anzubieten? Keine noch so mächtige mediterrane Linke, kein noch so großer sozialistischer Bruder irgendwo vor unseren Grenzen kann sich ja statt unser einer solchen Zukunft in den Weg stellen. Zentren der Macht, ihre ökonomischen, politischen und ideologischen Bastionen werden wir im neuen Jahrzehnt noch nicht stürzen können, aber wir können und müssen Terrain gewinnen, wir wollen die politische Landschaft erobern. –

Wie ist das Kernstück einer solchen Politik gebaut? Was sind ihre wesentlichen Voraussetzungen, ihre Ziele, ihre Risiken, wie muß sie organisiert sein?

Der demokratische Block

Erste Bedingung des Erfolgs dieser Politik, ihr unverzichtbares Element, ist die Verteidigung und der Ausbau der politischen Demokratie.

Wenngleich die demokratische Staatsform dem Funktionieren der kapitalistischen, warentauschenden Ökonomie in 'ruhigen Phasen' ihrer Entwicklung angemessen und stabilisierend dient, so war sie doch nie gratis zu bekommen, die allgemeine politische Freiheit und Gleichheit war in einhundertjährigen Auseinandersetzungen der bürgerlichen Klasse abzuringen. Und mit jeder faschistischen und diktatorischen Episode haben wir besser gelernt; die politische Demokratie ist alles andere als eine bloße 'Fassade des Klassenstaates', sie mußte den Angriffen der Reaktion zum Opfer fallen, weil sie in Zeiten sozialer Eruptionen immer zu einem Bestandsrisiko bürgerlicher Herrschaft wird. Diesen Sachverhalt hat – was man von marxistischen Theoretikern nicht immer behaupten kann – die akademische Staatsrechts- und Verfassungslehre präzise erfaßt: permanente Formalisierungen, schleichende und offene Restriktionen (also: Wahlrechtsklauseln, "Entmachtung des Parlaments" usw.) hatten die parlamentarischen Demokratien auch in den letzten Jahrzehnten zu durchlaufen, sie waren zu "entschärfen".

Wie fortgeschritten aber auch immer der Verfall des parlamentarischen Systems und der demokratischen Freiheiten sein mag, gerade der westdeutschen Linken stellt sich die Aufgabe, diesem Verfall entgegenzutreten.

Verteidigung und Ausbau der politischen Demokratie heißt auf absehbare Zeit dreierlei, heißt zunächst, sich der unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus vorangetriebenen Perfektionierung der polizeilich-bürokratischen Kontroll- und Lenkungssysteme, dem weiteren Ausbau der Justiz-, Polizei- und Militärorgane zu widersetzen. Heißt sich dem antikommunistisch motivierten, gleichwohl die gesamte Linke treffenden Abbau demokratischer Rechte zu widersetzen. Alle politischen Gruppen und sozialen Kreise, die – aus welchen Motiven auch immer – sich in der notwendigen Erhaltung der demokratischen Verfas-

sungssubstanz einig wissen, die von der Entwicklung zum autoritären Polizeistaat bedroht oder ihr schon jetzt zum Opfer fallen, müssen – und dies wird immer mehr zur Tagesfrage – als demokratischer Block zusammengezogen werden.
Wie vermessen es auch heute – trotz "grüner Wahlerfolge" – noch klingen mag, die Gewinnung parlamentarischer Positionen in Kommunen, Ländern und im Bund ist ein zweiter Teil der Aufgabe, die politische Demokratie zu verteidigen und hat zugleich den Aktionsraum sozialistischer und reformistischer Bewegungen zu erweitern; zu letzterem später. Über welche unterschiedlichen, von Zeit und Ort des Geschehens abhängigen Zwischenstufen diese Positionsgewinne möglich sind, ist heute nur schwer abzusehen, sei es in kurzen oder längerfristigen Bündnissen mit ökologischen oder radikaldemokratischen Bewegungen, sei es im Bündnis mit Gruppierungen der linken Sozialdemokratie, mit abbrechenden Teilen der DKP, mit undogmatischen Gruppen der Neuen Linken.
In der Perspektive aber, abhängig vom Niveau ihrer Praxis und gebunden an ihre Verwurzelung in der gesellschaftlichen Landschaft, muß die westdeutsche Linke ihrer gesamten Politik einen derartige Bündnisse übersteigenden, höheren Grad an autonomer Organisierung geben, wenn sie parlamentarische Positionsgewinne auf Dauer stellen und von den Wechselfällen der politischen Konjunktur unabhängig machen will.
Wenn es um eine Erschwernis der Amerikanisierung des politischen Systems geht, so geht es keineswegs um die Wiedererweckung des "klassischen Parlamentarismus", Friede seiner Asche. Nicht noch einmal soll sozialistische Politik auf die "Bühne des Klassenkampfes" reduziert und in die Fußangeln des Repräsentativsystems tapsen. Und ein erstes Mittel, das Risiko einer Stellvertreterpolitik zu vermindern, wäre der substantielle Ausbau demokratischer Institutionen und das progressive Durchstoßen ihrer Beschränkung auf das Feld der Politik: Demokratisierung von Militär, Polizei, Justiz und Verwaltung; Dezentralisierung und plebiszitäre Gestaltung der demokratischen Entscheidungsprozesse; Demokratisierung der Medien, des Bildungssystems, paritätische Mitbestimmung in Industrie und Handel ... angesichts des heutigen roll back in der Bundesrepublik noch ätherische Melodien, immer jedoch notwendige dritte Stoßrichtung zukünftiger Politik.
Wenn demokratische Verhältnisse in diesem Land gesellschaftlichen Bewegungen und sozialistischen Initiativen den erforderlichen Spielraum geben sollen, so heißt dies nie und nimmer, daß sie, die politische Demokratie, für uns nur der Gegenstand eines taktischen Kalküls ist. Sie ist – in welchen parlamentarischen oder räteartigen Formen auch immer – ein Lebensnerv von zukünftigen sozialen und ökonomischen Revolutionen. Die stalinistischen Sackgassen der Arbeiterbewegung haben uns für immer die unauflösbaren Verknüpfungen von Sozialismus und Demokratie vor Augen geführt.

SOEBEN ERSCHIENEN:

DIE KULTUR

ERSTER TEIL: DER ENTSTEHUNGS- UND ENTWICKLUNGSPROZESS DER PRIVATPERSON ODER DAS SELBST DM 7.50

HERAUSGEGEBEN VON DER ARBEITSGRUPPE PSYCHOLOGIE
8000 MÜNCHEN 60, PLÄNTSCHWEG 22

Grundzüge und Bildungsmomente der bürgerlichen Kultur mit einer Gliederung des ganzen Kulturverhältnisses. Mit einer ausführlichen Einleitung zur Notwendigkeit der Kulturrevolution; Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft im Imperialismus.

Die alternative Gesellschaftsreform

Wir sehen heute im Apparat und an der betrieblichen Basis der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, Dreh- und Angelpunkt sozialistischer Politik in unserem Lande, wie angesichts der wirtschaftlichen Krise, der arbeitslosen Massen, der kapitalistischen Rationalisierung, angesichts von Arbeitshetze und Arbeitsqual in den Fabriken und Büros der gewerkschaftliche Tätigkeitsdrang, die betrieblichen, regionalen und nationalen Widerstandsaktionen und Streiks anschwellen. Und immer häufiger wandelt sich betrieblicher Widerstand in einen schöpferischen Vorschlag, verwandelt sich die bloße gewerkschaftliche Reaktion auf Unternehmerinitiativen in durchdachte Reformalternativen, an immer zahlreicheren Punkten springt ohnmächtige Empörung in konkrete Positionen zum industriellen Wandel über: Überlegungen zu allen möglichen Varianten einer Verkürzung der Arbeitszeit, Ideen zur menschlicheren Gestaltung des Arbeitsplatzes, zum Schutz der psychischen und physischen Gesundheit, Gedanken über eine veränderte Gestaltung der geschaffenen Produkte und geleisteten Dienste; Pläne über berufliche Ausbildung, über Alternativen zur staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
Auf den anderen Feldern der politischen Landschaft hören wir Gleiches. Bürgerinitiativen wehren sich zunehmend gegen städtische Sanierungsmaßnahmen oder Verkehrsplanung, indem sie der Öffentlichkeit eigene Ideen zur Sanierung und Verkehrslenkung, eigene Vorschläge zur Nutzung von kommunalen Parks und Gebäuden vorstellen. Die ökologische Bewegung geht zur Entwicklung brauchbarer Vorschläge zur Energiesicherung und Gestaltung des Energieverbrauchs über, Errichtung und uferloser Ausbau der Kernkraftindustrie wird nicht allein mit Massendemonstrationen, sondern zugleich mit dem Veröffentlichen von Wissen über andere naturwissenschaftliche und technologische Wege beantwortet. Seit langem kratzt die autonome Frauenbewegung ihre Vorstellungen über Abort, Schwangerschaftsverhütung, über Errichtung und Förderung von Frauenhäusern in die saubere Herrenmoral. Aus unterschiedlichsten Gegenden kommen Vorschläge zur Verbesserung von Justiz- und Gesundheitswesen, zur Milderung des Knastunwesens.
Mit einem Wort: ein "neuer Reformismus" hat die Szenerie betreten, aber einer – und hier liegt der entscheidende Unterschied zur Reformära vergangener Jahre –, von dem noch keineswegs ausgemacht ist, ob er sich in offizielle Politik transformieren läßt, ob er zu entschärften staatlichen Reformprogrammen gefiltert, ob er sich als sozialdemokratischer Reformismus gegenüber den Massenbewegungen verselbständigen kann. Die finanziellen Engpässe und politischen Hemmnisse, die den Aktionsradiums jeder Kommunalverwaltung, jeder Regierung in Bund und Land einengen, sind bekannt, und ob der sozialliberale Reformsingsang nach seinem vergangenen Desaster nochmals die Hitparaden erobern wird, ist zu bezweifeln. Die staatliche Konterstrategie, die dem neuen Reformismus entgegentritt, zeichnet sich ab, sie setzt zugleich Marksteine, an denen sich die Politik der westdeutschen Linken zu behaupten hat.
Der Neoreformismus ist – so lautet das Kalkül der offiziellen Politik – nur dann von seinen explosiven Elementen zu filtern und in systemvereinbare Reformpartikel umzusetzen, wenn es gelingt, Alternativvorschläge wo immer möglich gegeneinander auszuspielen, die gesellschaftlichen Reformbewegungen in der politischen Landschaft zu isolieren, KKW-Gegner gegen Gewerkschaften, Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit gegen Interessen der Beschäftigten, Bürgerinitiativen gegen 'schweigende Mehrheiten' in Stadt und Land. Unsere schwierige Aufgabe besteht also darin, das innere Band der zahlreichen alternativen Reformvorschläge aufzufinden, die Verwebungen der unterschiedlichen Ideen und Forderungen, Interessen und Bedürfnissen aufzudecken. Nur dann, wenn es der westdeutschen Linken im nächsten Jahrzehnt gelingt, die Grundlinie einer zur Amerikanisierung alternativen Gesellschaftsreform zu zeichnen und bewußt zu machen, kann sie die politische Einheit der sozialen Bewegungen fördern und auf Dauer stellen. Und zuallererst bleibt hier das drohende Auseinanderbrechen der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose nach amerikanischem Muster zu bekämpfen. Bei dem Versuch, "Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit" in unterschiedlichen politischen Gruppen, in gewerkschaftlichen oder kirchlichen Institutionen, an der betrieblichen oder städtischen Basis zusammenzuführen, haben wir Entscheidendes zu gewinnen oder zu verlieren.
Zum anderen droht sicher auch alternativen Reformbewegungen die institutionelle Verselbständigung. Wo die Aktivität des gesellschaftlichen Bodens durch die Aktivität von Organisationsspitzen ersetzt und zum Geschäft der Reformparteien wird, ist es um die Gefährlichkeit des Neoreformismus geschehen. Hauptverantwortlich dafür wären aber letztlich nicht die parlamentarisch-repräsentativen und bürokratischen Windungen des politischen Systems, hauptverantwortlich dafür wäre vielmehr die sektiererische Abwendung der westdeutschen Linken von jeglicher Reformpolitik. Das heute schon vernehmbare Gejammere über "Reformillusionen' deutet an, daß man erneut und ohne Not dieses Feld der Politik den 'zuständigen' Reformparteien überläßt, daß man sich in den Status quo der politischen Bewegungslosigkeit fügt.
Sicherlich, eine Reform ist und bleibt eine Reform, ist keine radikale Umwälzung ökonomischer und politischer Strukturen. Dies steht im neuen Jahrzehnt nicht an, leider. Auch die alternative Gesellschaftsreform kann weder den kapitalistisch krisenhaften Naturwuchs dieses Gesellschaftskörpers eindämmen, noch kann sie den je nach Kräfteverhältnis notwendigen Klassenkompromissen ausweichen. Sie ist ein Kampf um die politischen Spielräume der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie muß auf die herrschende Logik von Ökonomie und Politik Rücksicht nehmen, ohne sich auf deren Weg zwingen zu lassen. Sie bewegt sich vielmehr fortwährend in einer brisanten Zone des Klassenkampfes, zwischen dem Pol einer Vereinbarkeit mit und dem Pol einer Sprengung dieser Systemlogik. Sie wirft beständig Sand in das Getriebe bürgerlicher Herrschaft, ohne es deshalb vollends zerstören zu können. Gegenwärtige Alternativvorschläge, etwa solche zur staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn sie die Durchführung einschneidender gewerkschaftlicher Reformvorschläge sowie die Steigerung des Lebensniveaus der Lohnarbeiter für vereinbar mit kapitalistischer Krisenlösung halten, setzen auf die Dummheit der Klassenkontrahenten. Diese werden mit den Jahren merken, daß der Kampf um die politischen Spielräume der gesellschaftlichen Entwicklung sich letztlich nach nichts anderem entscheidet, als nach dem Verhältnis ihrer politischen Kräfte – und damit auch nach der Stärke und nach dem Grad ihrer politischen Organisierung!
Eine zur Amerikanisierung dieser Gesellschaft und in unserem Sinne alternative Entwicklung ist realisierbar. Nur Revolutionsasketen ginge es darum, in zynischer Attitude die zu Recht erstaunte Menge über ein "notwendiges Scheitern von Reformen im Kapitalismus" aufzuklären. Wir wollen und können schon heute besser wohnen, wir wollen unsere Gesundheit behalten, Glück in unserer freien Zeit, wir wollen leben *jetzt*. Kein nahendes Paradies, nur dieses Jetzt kann den Kampf für die alternative gesellschaftliche Existenz tragen und beleben, ein Kampf allerdings, der immer eine sozialistische Qualität und Aussicht in sich birgt.
Denn das ist ja die insgeheime Botschaft aller, aber auch aller alternativer Ideen, Reformvorschläge und Bestrebungen: daß wir es satt haben,

unseren sozialen Zusammenhang, den Inhalt unserer Arbeit und unseres Lebens durch die Mechanismen des Marktes, des großen Geldes und der großen Politik vorgeschrieben und serviert zu bekommen, daß wir unsere Gesellschaft autonom und vernünftig gestalten, nach unseren Bedürfnissen ändern und nach unseren Leistungen nutzen wollen. Wenn wir dieses Geheimnis der alternativen Reformen ausplaudern und in Umlauf bringen, ist ein gut Teil der Gefahr gebannt, daß der 'neue Reformismus' zu einer Quelle von Resignation und Illusionen wird. Wenn die alternative Gesellschaftsreform die soziale Existenz sicherer macht und verbessert und zugleich die Sehnsucht nach einer radikal anderen Zukunft entzündet und verstärkt, nur dann ist sie verwirklicht worden.

Die sozialistische Autonomie

Werfen wir einen Blick auf uns selbst, die gegenwärtige westdeutsche Linke. Selbst wenn wir wollten, wäre es uns überhaupt noch möglich, ausschließlich in der tagtäglichen Welt bürgerlicher Zwänge und Normen zu leben? Gerade seit den Jahren der Revolte haben sich die Formen und Inhalte unseres Lebens, unsere Ansprüche und Wünsche geändert: die Wohnkultur, die linke Kneipe, die linke Zeitung, eine weniger verbogene Sprache, ein Stückchen freierer Umgang zwischen Mann und Frau, eine weniger angstvolle Umgebung für die Kinder. Sicherlich, die erhabene Kritik linker Lebensverhältnisse ist beliebt und verbreitet, wer aber von uns in Erinnerung behalten hat, wie miefig bis steril es war, hat den koketten Kleinbürger durchschaut. Wie bescheiden jedoch auch immer der Fortschritt unserer eigenen sozialen Zusammenhänge sein mag, niemand kann ausscheren und nichts als "Fisch im Wasser" spielen. Und wenn, dann nur um den Preis eines späteren existentiellen Bruchs oder um den Preis der Verrohung gegen uns selbst.
Die wenige Zeit, die wenigen leeren Räume, die uns die offizielle bürgerliche Gesellschaft für ein selbständigeres Leben läßt, sind ja alles andere als von uns gepachtet. In unserem städtischen und ländlichen Umfeld sind wir von einem täglich größeren Heer "Ausgestiegener" umgeben, Landkommunen, von freaks und punks und weniger skurrilen Kreisen, die zwischen "zweiter" und offizieller Gesellschaft schwanken, von bunten Subkulturen.
Doch nicht allein in ihren inneren sozialen Banden, in ihrem Ethos, auch in ihrer politischen Praxis besitzen sozialistische Bewegungen eine relative Autonomie, entwickeln ureigene Ideen und Experimente. Die politische Landschaft gerade Westdeutschlands ist auf zu vielen Flächen unberührt und ungerodet, als daß wir blind auf eine Automatik der spontanen gesellschaftlichen Bewegung setzen können. Jeder in der nüchternen Kleinarbeit erfährt zuweilen, "nichts würde laufen", wenn wir nicht selbst den Anfang machen, und unser Anfang ist immer rot, der "Revolutionär im Bürgerpelz" war zu allen Zeiten eine unglaubwürdige Figur.
In dieser Autonomie unserer Existenz und politischen Praxis liegt aber die beständige Gefahr, das amerikanische Angebot einer von der offiziellen isolierten "zweiten Gesellschaft" anzunehmen, und unsere Aufgabe heißt, diese Isolation und ein harmonisches Zusammenleben beider Gesellschaften zu verhindern. Entscheiden werden hier nicht die schönen Attacken der roten Pest gegen Kultur, Moral und Heiligtümer der offiziellen Gesellschaft; die eigentliche Entscheidung, ob es zu dieser Isolierung kommt oder nicht, hängt davon ab, ob wir die Hauptbedingung sozialistischer Politik erfüllen werden, jenes leicht gesagte und doch so schwere "Anknüpfen an der wirklichen Bewegung". Das beständige Ansetzen an den betrieblichen, städtischen oder regionalen Grundströmungen der westdeutschen Gesellschaft, das beständige Einlassen auf ihre sozialen und politischen Organisationen und Institutionen wird den Ausschlag geben, ob sich das Getto der "zweiten Gesellschaft" öffnet oder schließt.

Die neue Partei

Nichts ist umstrittener. Dem Genossen Bürokraten Notwendigkeit sondersgleichen, dem Bruder Sponti Übel schlechthin, dem spätkapitalistischen Politikwissenschaftler Relikt vergangener Zeiten, so manchem studentischen Jungrevolutionär aktueller denn je: die Partei. Wo der Kritiker in ihr den im vergangenen und gegenwärtigen Stalinismus sichtbaren absoluten Verfall revolutionärer Politik und Moral angelegt oder begründet sieht, wo der Kritiker im demokratischen Zentralismus die Ursprünge neuer Formen bürokratischer Herrschaft erblickt, hinter dem "Du" und "Wir" der Partei-"Genossen" Unterwürfigkeit und Kotau erkennt, dort weist sein Gegenüber auf historische Leistungen revolutionärer Parteien: den Erniedrigten und Ausgebeuteten Sprache und Würde verschafft zu haben, sie aus der engen Welt von Fabrik und Familie auf das entscheidende Feld der Politik geführt zu haben, siegreiche Revolutionen mitgetragen, historische Niederlagen erträglicher gemacht, das Wissen von einer möglichen anderen Gesellschaft gestützt, die Erinnerung an vergangene Fehler und richtiges Handeln geschärft zu haben.
Der eine Griff in den Geschichtstopf ist so richtig und so falsch wie der andere, blind geworden für den immanenten Widerspruch revolutionärer Organisationen, bequemt man sich auf eine seiner Seiten. Jede sozialistische Organisation wird geprägt von den vorgefundenen Strukturen bürgerlicher Herrschaft, innerhalb derer sie handeln muß, zugleich aber muß sie in sich den Keim einer neuen, von Herrschaft freien Gesellschaft ausbilden – sie ist von bürgerlicher und kommunistischer Gestalt in einem und zugleich. Jede sozialistische Organisation verbindet in ihrer Praxis das vorgefundene Bewußtsein sozialer Bewegungen ihrer Zeit mit dem Ziel einer neuen Gesellschaft – sie ist die Partei der Reform und Revolution in einem und zugleich. Und die Auflösung dieses Widerspruchs in einem konkreten Stück Zeitgeschichte heißt sozialistische Politik. Der schwierige Weg der westdeutschen Linken hin zu einer neuen Partei kann weder in voluntaristischen Akten verkürzt werden, noch folgt er den Terminen und der Logik einer bloßen Wahlpartei, erst recht ist die konkrete Gestalt dieser Partei kein Problem des Zeichenbretts. Sie entsteht in den politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen ihrer Zeit, und sie entsteht nur als ein praktisches Erfordernis der westdeutschen Arbeiterbewegung. Sie hätte die Aufgabe, die einzelnen Felder sozialistischer Politik, die hier in wenigen Thesen zu zeichnen waren, zusammenzubinden und über ihre jeweils beschränkten Horizonte hinauszuführen. Wenn es der westdeutschen Linken im nächsten Jahrzehnt gelingt, den kleinen und bescheidenen, aber immens wichtigen 'Schritt *vor* die wirkliche Bewegung' zu tun und zu halten, kann sie die Amerikanisierung dieser Gesellschaft abwehren.

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(10/1) **Der Rote Elefant** – Kinder- und Jugendbücher zum Thema soziales Lernen, jetzt 176 Seiten dick, kann entweder direkt im Buchhandel oder vom Prolit Buchvertrieb, Postfach 2969, 63 Gießen-Lahn bezogen werden; Vorauszahlung von DM 10,-- + 1,80 Porto auf PSCHKto 316000-603 Frankfurt
(10/2) Die HEZ – **Berliner Zeitung für Erzieher und Sozialarbeiter** erscheint wieder. Juli-Thema: Frauen und Sozialarbeit; Sept.-Thema: Jugendhilfe. Bestellungen an: HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61
(10/3) **SPAK-Forum** – Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft – Nr. 2 zum Thema "Wider die Resignation". Gegen Voreinsendung von DM 2,-- (Briefmarken) bei SPAK-Regionalbüro, Obere Neckarstr. 10, 69 Heidelberg zu beziehen
(10/4) **Thema Bildungsurlaub** – Informationen, Termine, Veranstalter, Tips etc. Eine informative Broschüre, nicht nur für Jugendliche. Gegen Voreinsendung von DM 1,-- zu beziehen bei: Arbeitskreis der Jugendzentren, Postfach 110128, 63 Lahn-Gießen
(10/5) Kralle – **Kinder und Jugendzeitschrift** (10-14) jetzt überregional. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 (Briefmarken) zu beziehen bei: Kralle-Redaktion, Schulstr. 4, 3501 Niedenstein
(10/6) **Unterrichtsmaterial Druckindustrie** – Neue Technik, Rationalisierung und Arbeitskampf 1977/78 – für alle Schulformen der Klassen 8-13 (Arbeitslehre, Gesellschaftslehre, Politik, Deutsch). Gegen Voreinsendung von DM 11,50 auf PSCHKto 173241-465 Dortmund, Konrad Klesse, Idastr. 22, 5 Köln 80 oder als Scheck/Briefmarken
(10/7) Mono Nr. 37/38 – **Zeitung für Wohngemeinschaften und andere Alternativen**. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- (Briefmarken) zu beziehen bei: Mono-Redaktion, Bundesstr. 9, 2 Hamburg 13
(10/8) **Frankfurter Frauenblatt**, im Juli erschien eine Nullnummer und im Oktober folgt Nr. 2, mit dem Schwerpunktthema: Berufstätigkeit – oder nicht – warum? und Frauenarbeitslosigkeit, sowie Tips, Informationen, Film- und Buchbesprechungen. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- bei Frankfurter Frauenblatt, Germaniastr. 42, 6 Frankfurt zu beziehen
(10/9) Die Liberale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten hat ein **Schülerzeitungshandbuch** herausgebracht. Auf 50 DIN A 5-Seiten erfahren Schüler alles, was sie zum Zeitungsmachen wissen müssen. Gegen Voreinsendung von DM 2,30 bei DJD, Worringer Str. 82, 4 Düsseldorf zu beziehen
(10/10) Die Jungdemokraten haben eine Broschüre über die Problematik von **Staatsstreichen** herausgebracht. Untersucht wird Interesse, Zielgruppe, Vorbereitung und Ablauf eines Staatsstreichs und Widerstandsmöglichkeiten. Bezug: DJD, Worringer Str. 82, 4 Düsseldorf
(10/11) **Grüne/Bunte Listen: Höhenflug mit Bauchlandung?** – Materialien zur Diskussion; Autoren: u.a. Heinz Brandt, Jakob Moneta, Heide Bernstorf, SB, KB, versch. Grüne und Bunte Listen-Gruppen; Bezug: AZ-Redaktion, Alexanderstr. 49, 6 Frankfurt 90
(10/12) **Zur Situation der technischen Intelligenz** – Arbeitsbeurteilungs- und Entlohnungssysteme. Arbeitsprozeß/Arbeitsbedingungen von techn. Angestellten, Krise und Rationalisierung u.a. Themen werden in der 130seitigen Broschüre des Arbeitskreis Berufsperspektiven behandelt. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- + -,60 Porto (Briefmarken) über Sprecherrat der TUM, Arcisstr. 21, 8 München 2 zu beziehen
(10/13) **Dritte Welt/Entwicklungsländer**
• Neuer Globus, Heft 3: **Schwerpunkt Südliches Afrika**; Aufsätze: Kontraktarbeitersystem und "Homeland" – Politik/Unterrichtseinheit für Sek. I/II etc. Gegen Voreinsendung von DM 6,-- bei W. Borowczak, Niedermühlenkamp 60, 48 Bielefeld 1
• Ca. **5.000 Zeitungsausschnitte** (Politik/Wirtschaft) über das **Südliche Afrika** aus den Jahren 1965-1978 zu verkaufen. Angebote bitte an: Udo Reinhardt, Postfach 4924, 3 Hannover 1
• **Iran auf dem Weg zur Republik** – zur demokratischen Volksbewegung in Iran und die Hintergründe der letzten politischen Ereignisse von Prof. Ravasani. Gegen Voreinsendung von DM 4,-- zu beziehen bei: Periferia Verlag, Postfach 6547, 44 Münster
• Sonderdruck Publik Forum 17/78 **"Kirche in Lateinamerika"** zu beziehen über Klaus Möller, Rheinweg 34, 53 Bonn
• Lateinamerika-Komitee München bietet an: **Kontakt Nr. 3 – Nicaragua** Poster A 2 und auf der Rückseite aktuelle Informationen; **Kontakt Nr. 4 – Peru** Poster und auf der Rückseite Geschichte, Deutsche "Hilfe", aktuelle Lage; Gegen Voreinsendung von DM -,80 je Poster plus Porto zu beziehen bei: H. Cano, Orleansstr. 14, 8000 München 80
• **Vietnam-Kurier** Nr. 4 enthält Beiträge zu: Christen in Vietnam, Gewerkschaftskongreß, Nachrichten, Gedichte etc. Bezug: Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD SRV, Bismarckstr. 33, 4 Düsseldorf 1
(10/14) **Verkaufe zu reduzierten Preisen**: Ernst Bloch "Das Prinzip Hoffnung", 3 Bände (DM 10,--); "Geist der Utopie" (DM 6,--); "Atheismus im Christentum" (DM 3,--); Klaus Holzkamp "Kritische Psychologie" (DM 2,--); Andre Glücksmann "Köchin und Menschenfresser" (DM 5,--); S. Stojanovic "Kritik und Zukunft des Sozialismus" (DM 2,--). Carl-Wilhelm Macke, Küchengartenstr. 4, 3 Hannover, Tel. 0511/4582738
(10/15) **ÖKOjournal** – Forum für Ökologie, Selbsthilfe und Selbstverwaltung, sanfte Technik, aktive Gewaltlosigkeit, biologischer Land- und Gartenbau, ganzheitliche Erziehung und lebensfreundliche Utopie. Bestellungen (Abonnementspreis ist frei) an: Ökojournal, Sprendlinger Landstr. 74, 605 Offenbach
(10/16) **Freies Franken** – Zeitung vom "Fränkischen Dunschuh" (Motto: Franken muß wieder fränkisch werden). Bezug: Th. Reiß, Neumarkterstr. 65, 85 Nürnberg, für DM -,60 und Porto in Briefmarken
(10/17) **Katalog "Französische Revolution 1789"**, Bücher und Zeitungen der Zeit, Sekundär-Literatur (meist französisch). Piermont, Trierer-weg 12, 5047 Wesseling

MATERIALIEN GESUCHT

• Zur außerschulischen Situation von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Conny Schmich, Magnitorwall 8, 33 Braunschweig
• Helmut Salzinger: Rockpower; Fischer TB 1280; Das kleine Rotbuch Nr. 1/1973; Wolfgang Radtke, Schefflerstr. 23, 33 Braunschweig
• Gesellschaftliche Auseinandersetzungen/Kämpfe im Wohnbereich (Bürgerinitiativen, Mietstreiks etc.), Tel. 0251/272989

FILM/THEATER/KULTUR

(10/18) **Sympathisanten-Plakat**; es entstand im Oktober/November 1977, nach einem Artikel der Quick, in dem einige kritische Persönlichkeiten der Sympathie mit dem Terrorismus bezichtigt wurden. Gegen Voreinsendung von DM 3,-- zu beziehen bei: Künstlergemeinschaft Mühsam, Dachauerstr. 258, 8 München 50
(10/19) **Medienarbeit** Heft 16 berichtet über Film-Tourismus "Frauen reisen nach China", "Streik im Hamburger Hafen", "Radio Libre in Frankreich" und "Medienarbeit in einem Obdachlosengebiet", sowie Tips und Informationen. Bezug: MPZ, Thadenstr. 130a, 2 Hamburg 50, Tel. 040/4397259 (18-19 Uhr)
(10/20) **Handbuch der alternativen deutschsprachigen Literatur** – Nachschlagwerk der "Szene" mit Autoren-Statements, Verlagsteil und Zeitschriften-Bibliographie, Tips etc. Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 9,80 bei editions treves, Box 1401, 55 Trier
(10/21) **Diatonbildschauen** zu den Themen Kriegsdienstverweigerung und Abrüstung, zum Verleih und Verkauf bei DFG-VK Baden-Württemberg, E. Eisenhardt, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel. 07159/8127
(10/22) **Network** – Medien Produktion und Verlag, wer Näheres über das Studio für strategische Kommunikation erfahren will, kann gegen DM -,40 (Rückporto) den Katalog für Seminare, Bücher etc. anfordern bei: M./A. Bubenik, Erdingerstr. 7, 8011 Reithofen, Post Pastetten, Tel. 08124/1481
(10/23) **Freiheit auch für Sackgassen** – Gedichte und Grafiken, herausgegeben von Joachim Astemer. 160 S./DM 11,--. Bezug: AZ-Verlag (oder Buchhandel), Alexander-Str. 49, 6 Frankfurt 90
(10/24) Textheft zum Theaterstück **"Viva Argentina"**, erarbeitet von der Laienspielgruppe "Klassenspiel" des Reutlinger Theaters "Theater in der Tonne". Gegen Voreinsendung von DM 3,-- zu beziehen bei Theaterverein, Seelhausgasse 3, 74 Tübingen 1
(10/25) **WM '78 – Argentina – das andere WM-Buch**, Kommentare, Gedichte, Lieder, Karikaturen von über 40 Autoren, herausgegeben von Norbert Ney im Doku-Verlag, Postfach, 75 Karlsruhe 41
(10/26) Video-Film **"Erinnerungen an einen deutschen Betrieb"**, Hanomag 1933-1945. Dokumentation von Barbara Kasper/Lothar Schuster, 40 Min-halbzoll. Auszuleihen sind Spule und Kassette über Barbara Kasper, Schustehrusstr. 47, 1 Berlin 10

Das SB und die Wahlbeteiligung grüner und bunter Listen

Hansgeorg Conert

Das zur Farce verkommene Bündnis-, Konkurrenz-, Kandidaten- und Abgrenzungsgerangel zwischen GLU, GLW und GAZ in Hessen scheint die Warnung der Mehrheit des Arbeitsausschusses des SB vor einer parlamentarischen Orientierung der ökologischen und basisdemokratischen Bürgerinitiativbewegung zu bestätigen. Werden doch hier grundlegende politische Differenzen, programmatische und strategische Unklarheiten, politische Unerfahrenheit und Naivität, persönliche Ambitioniertheit und Publizitätssucht und weitere bedenkliche Tendenzen demonstriert, die im Umkreis des SB Skepsis gegenüber den Entwicklungen im Bereich der "Grünen" und "Bunten" auslösten. In der Stellungnahme des SB-Arbeitsausschusses und in anderen Äußerungen aus dem SB (z.B. Roth-Artikel in "links") werden jedoch auch Argumente angeführt, die grundsätzlicher Art sind und sich nicht nur auf den aktuellen organisatorischen, politischen und personellen Stand der wahlorientierten "grünen" Bündnisgruppen beziehen. Ich halte einige dieser Begründungen für fragwürdig und meine, daß sich in ihnen seit längerer Zeit bestehende Defizite in der gesellschaftlichen und politischen Analyse und in der Strategiebestimmung des SB ausdrücken.

I.

In der ökologischen und basisdemokratischen Bürgerinitiativbewegung gelangen Interessen zum Ausdruck, die objektiv gegen die technologische und ökonomische Entwicklungsrichtung und die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise sowie gegen die Formen ihrer staatlich-politischen Durchsetzung und Absicherung gerichtet sind. Der Protest gegen Kernkraftwerke zielt doch vermutlich bei der Mehrzahl derer, die ihn artikulieren, nicht allein auf die möglichen unmittelbaren Gefährdungen für das Leben im biologischen Sinne. Sehr wahrscheinlich bagatellisieren die Kernkraftbetreiber diese Gefahren in sträflicher Weise, indem sie Bau und Inbetriebnahme der Erzeugungsanlagen forcieren, ohne daß die Probleme der Wiederaufbereitung und Lagerung wirklich risikolos gelöst sind. Aber mit Sicherheit vermag ich als naturwissenschaftlich-technischer Laie das nicht zu beurteilen, und meines Erachtens könnte die Anti-Atomkraft-Bewegung durchaus konzedieren, daß dieses Eingeständnis natürlich für die große Mehrzahl ihrer Anhänger gilt.

Was sich in der Ablehnung der Kernenergie über deren eigentliche Risiken hinaus – für manche sicher noch eher verschwommen als bewußt – ausdrückt, ist ein sich zum Abscheu steigerndes Unbehagen gegenüber Industrialisierungshypertrophie und Wachstumsfetischismus.

Mir scheint, daß dabei zwei Personengruppen von Bedeutung sind: Bei der einen treten auf der Basis gehobener und gesicherter Einkommenssituation und häufig Bildungsprivilegierung erweiterte materielle Interessen zurück hinter solchen Bedürfnissen wie z.B. das nach intensiverer und unmittelbarerer zwischenmenschlicher Kommunikation, nach Erhaltung der Natur in ihrer Eigenart als Raum der Rekreation der körperlichen und geistigen Kräfte; umgekehrt: nach Abkehr von der Einförmigkeit der alle Lebensbereiche erfassenden Markt- und Profitgesetze. Diese Gruppe bilden vor allem – häufig akademisch ausgebildete – Angestellte und Beamte verschiedener Berufssparten, bei denen, wie z.B. bei Architekten, Ingenieuren und Ärzten, zu den angedeuteten Motiven auch die berufliche Erfahrung hinzutritt, sich nicht entsprechend der Qualifikation und quasi gebrauchswertgerichtet betätigen zu können.

Die zweite Gruppe setzt sich demgegenüber aus – ganz überwiegend jungen – Menschen zusammen, die infolge der wachsenden Ausbildungs- und Berufsmisere für sich keine gesellschaftskonformen "Karriere"-chancen sehen und die sich, ohne in der Weise der erstgenannten Gruppe materiell und statusmäßig gesichert zu sein, auf ähnliche, die kapitalistische "Vernunft" negierende Werte, Ziele und Lebensformen hin orientieren. Natürlich setzen sich die Anhänger der "Grünen" und "Bunten" nicht aus Bürgern zusammen, die diesen beiden Gruppierungen zugerechnet werden können. Abgesehen von den unterschiedlichsten hier individuell wirksamen Motiven und Zielvorstellungen sind sicher zwei weitere Gruppen von zahlenmäßiger Bedeutung: einmal bewußte Sozialisten verschiedener, überwiegend aber 'undogmatischer' Richtung und zum anderen bürgerliche Nur-Ökologen, häufig mit konservativer, rückwärts gerichteter Wertorientierung.

Neben anderen Differenzen scheint mir im Hinblick auf zu erwartende Entwicklungstendenzen ein Unterschied zwischen den angedeuteten Gruppierungen wichtig: während der gesellschaftlich-ideologische Entstehungszusammenhang der beiden letztgenannten weiter zurückreicht, ist die Herausbildung und Ausdehnung der Motive und Zielorientierungen der beiden ersteren eng mit den erwähnten neueren objektiven, sozioökonomischen und technologischen Tendenzen der Kapitalakkumulation und ihren Auswirkungen verbunden. Das heißt aber: wie immer in mittelfristiger Perspektive der kapitalistische Akkumulations- und Reproduktionsprozeß verlaufen wird: er wird in verstärktem Maße Motive, Bedürfnisse und Interessen erzeugen, wie sie für die beiden erstgenannten Gruppen als kennzeichnend angedeutet wurden. Stark verkürzt formuliert und ohne daß sich beide Tendenzen real ausschließen müssen: schreitet der kapitalistische Reproduktionsprozeß mit allen Konsequenzen, z.B. industrieller Expansion, Marktausdehnung, Einkommensvermehrung bei sozialstruktureller Differenzierung etc. in zwar vermindertem Tempo, aber in der notwendigen Richtung ohne bestandsgefährdende Funktionsblockierungen fort, werden jene oben für die erstgenannte Gruppe kennzeichnenden Motive und Interessenorientierungen anwachsen. Verstärken sich aber die ökonomischen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren sozialen Folgewirkungen für die auf fremdbestimmte Ausbildung und Verkaufschancen ihrer Arbeitskraft Angewiesenen, wächst die zweite der oben genannten Gruppen.

II.

Für die Begründung der strategischen Orientierung des SB ist die Frage wichtig, wie sich die in den ökologischen und basisdemokratischen Ansätzen manifestierenden gesellschaftlich-politischen Interessen zu den traditionellen Lohnarbeitsinteressen im allgemeinen und zu deren bewußtseinsmäßigen und organisierten Ausdrucksformen in der BRD heute im besonderen verhalten. Hier muß zunächst konstatiert werden, daß die Gewerkschaften den Forderungen der "Grünen" und "Bunten" mit Unverständnis, zumeist mit Ablehnung begegnen. Es wäre falsch, dabei einen deutlichen Gegensatz zwischen Gewerkschaftsführungen und der breiten Mitgliedschaft zu unterstellen. Nach meiner Erfahrung fällt es schwer, selbst bei vielen Kollegen, die im Bereich der betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretung von Lohnarbeitsinteressen eine bewußte, offensive Haltung einnehmen, Verständnis für solche Interessen und Forderungen zu finden, wie sie von progressiven Bürgerinitiativen vertreten werden. Das hat ohne Zweifel vielfältige Ursachen. Allgemein scheint mir, daß sich in der Arbeiterschaft – auf durchaus realer Grundlage – die Furcht vor materieller Not von Generation zu Generation traumatisch verfestigt hat, so daß – auch noch gemäß ihren heutigen Existenzbedingungen – für die Arbeiter die Verkaufschancen ihrer Arbeitskraft absoluten Vorrang vor allen übrigen Interessen haben. Von dieser begreiflichen Grundhaltung aus aber ist die Berechtigung der Kritik an der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung schwer zu verstehen. Vermöchten die Arbeiter in der BRD die Mystifikationen der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen bewußtseinsmäßig zu durchbrechen und damit z.B. gesellschaftliche Produktivkräfte in ihrer kapitalistischen Form und Anwendung zu unterscheiden von ihrer gebrauchswert- und bedürfnisgerichteten Bestimmung, dann bedürfte es wohl kaum noch einer ökologischen Bewegung.

Das SB hat in seiner strategischen Orientierung dem Arbeitsfeld "Betrieb und Gewerkschaft" stets ausdrücklich Priorität zugesprochen. Die soziale und berufliche Stellung der Mehrheit der SB-Mitglieder wirkte aber seit je blockierend gegen die Realisierung dieses Postulats. Der Anspruch bezieht sich auch nicht nur auf jene gewerkschaftlichen Organisationsbereiche (wie GEW/ÖTV), in denen SB-Mitglieder noch am ehesten aufgrund ihrer Berufstätigkeit "von innen her" einen – wie immer beschränkten – Einfluß ausüben können. Es sind durchaus auch, wenn nicht sogar vorrangig, die traditionellen Arbeitergewerkschaften gemeint, auf die sich, auch im betrieblichen und lokalen Bereich, SB-Mitglieder jedoch überwiegend nur von außen "beziehen" können. Die zahlenmäßige Dominanz von Genossen aus dem Ausbildungs- und akademischen Bereich auf zentralen Tagungen des Arbeitsfelds "Betrieb und Gewerkschaft" ist nur eine (und nicht die wichtigste) Erscheinungsform des genannten Mißverhältnisses zwischen programmatischem Anspruch des SB und einer hier notwendigen höchst begrenzten Praxis.

Der deklarierte Primat von "Betrieb und Gewerkschaft" ist auch Ausdruck einer gewissen orthodoxen Fixierung des SB. Stellung und Funktion der Arbeiterschaft in der Marxschen Revolutionstheorie sind durch die objektive Klassenlage der Arbeiter und durch ihre Funktion als die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums bestimmt. Das gilt im Prinzip heute noch. Aber mit dem Prozeß der allgemeinen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise wurde – bei stärkerer innerer Differenzierung – die Lohnarbeiterklasse enorm erweitert, diese Klassenlage also (bei ökonomischer und außerökonomischer Statusdifferenzierung) verallgemeinert. Mit der gleichzeitigen Entwicklung kapitalistischer Arbeitsteilung dehnte sich der Umfang des "produktiven Gesamtarbeiters", sowohl auf die Einzelkapitale wie auf ein nationales bzw. internationales Gesamtkapital bezogen absolut und relativ aus. Damit werden z.B. Arbeitsfunktionen zu gesellschaftlich produktiven, die gar nicht in Betrieben im herkömmlichen Sinne ausgeübt werden. Von ihrer gesellschaftlichen Position und Funktion her ge-

hören mithin nicht nur die in Betrieb und Gewerkschaft Engagierten, sondern auch viele der in den Bürgerinitiativen Aktiven und Militanten objektiv zum "sozialen Subjekt gesellschaftlicher Transformationsprozesse".

Nun sind Bürgerinitiativen natürlich keine Klassenorganisationen und deshalb in ihren gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten im umfassenden und historischen Sinne tatsächlich beschränkt. Aber die Widersprüche kapitalistischer Produktionsweise und Gesellschaft manifestieren sich heute nicht nur in den unmittelbaren Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die sich eher auf Formen und Inhalte der staatlich-politisch vermittelten Steuerung und Regulierung gesellschaftlicher Prozesse beziehende "Legitimationsproblematik" spätkapitalistischer Gesellschaften ist durchaus von realer Bedeutung. Hiermit ist jedoch eine gesellschaftlich-politische Widerspruchsebene angedeutet, die das Aktionsfeld der Bürgerinitiativbewegung bildet.

Daneben wirken die traditionellen Lohnarbeitskonflikte nicht nur fort, sondern haben mit der krisenhaften Entwicklung seit 1974 sogar an Schärfe gewonnen. Sie bewegen sich jedoch in einer organisatorisch tradierten und institutionell gefestigten, von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder akzeptierten Austragungsform, die auf dynamische Kompromißfindung mit dem Kapital ausgerichtet ist und sich darüber hinaus den staatlichen Ausgleichs- und Regulierungsinitiativen fügt. Daß die sozialen Konsequenzen strukturell und weltmarktbedingt erschwerter Kapitalverwertung diesen in der BRD eingeschliffenen Konfliktregulierungsmechanismus zwischen Lohnarbeit und Kapital aufbrechen werden, ist weder ökonomisch, noch konflikttheoretisch und bewußtseinsanalytisch zu belegen. Die für die gegenwärtige Entwicklungsphase des westdeutschen Kapitalismus kennzeichnenden, sich in gewissem Maße tendenziell durchaus verschärfenden Formen von Lohnarbeitskonflikten finden vielmehr in einem Austragungsrahmen statt, der noch systemkonformen Bewegungsspielraum hat.

Die den subjektiven und objektiven gesellschaftlich-politischen Möglichkeiten des SB widersprechende Deklaration von Betrieb und Gewerkschaft zum vorrangigen "Arbeitsfeld" schließt dagegen die Erwartung ein, daß in nicht allzu weiter Perspektive die Lohnarbeitskämpfe in der BRD den Rahmen systemfunktionaler Regulierung und Kompromißfindung sprengen werden und daß das SB zu dieser Entwicklung beitragen könne. Es ist jedoch vielmehr zu erwarten, daß beide objektiv antikapitalistischen Konfliktbereiche, die Lohnarbeitskämpfe einerseits und die Protestbewegungen gegen besondere, äußere und abgeleitete Konsequenzen des kapitalistischen Akkumulations- und Reproduktionsprozesses andererseits, sich auf absehbare Zeit noch nebeneinander her entwickeln werden. Dabei gelangt hinsichtlich der Forderungen und Ziele, auch im Bewußtsein vieler der Protagonisten, der systemüberschreitende Charakter der Bürgerinitiativbewegung offener zum Ausdruck als in den Lohnarbeitskämpfen. Und doch entscheidet deren Entwicklung letztlich über die Durchsetzungschancen der Ziele der Protestinitiativen im umfassenden Sinne (was Einzelerfolge ohne diese Voraussetzung keineswegs ausschließt!). Kommt somit allgemein und in historischer Perspektive der Entwicklung der Klassenkämpfe in ihrem Kernbereich tatsächlich der Vorrang zu, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß in der historisch besonderen Situation der BRD eine sozialistische Gruppe wie das SB entgegen ihren spezifischen Möglichkeiten ihre Hauptaufgabe in der Förderung der Klassenauseinandersetzungen im Produktionsbereich zu bestimmen hat.

III.

Führen die vorstehenden Überlegungen zu der Konsequenz, das SB solle seinen objektiven und subjektiven Möglichkeiten entsprechend zwar keineswegs ausschließlich, aber mit einem gewissen Vorrang die ökologischen und anderen progressiven Bürger- und Basisinitiativen unterstützen, so muß das natürlich noch nicht heißen, daß das auch für deren Wahlbeteiligungen gelten soll. Die folgenden Argumente dürfen nicht als ein Plädoyer für eine vorrangige oder gar ausschließliche parlamentarische Orientierung der fortschrittlichen Bürgerinitiativen mißverstanden werden. Deren vor- und außerparlamentarische Aktionsformen bedürfen hier aber weder einer Begründung, noch einer Rechtfertigung.

Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen, interessenstrukturellen und politischen Konstellationen vermag die Wahlbeteiligung von Gruppierungen wie denen der grünen und bunten Listen m.E. einen gewissen Einfluß auf Entscheidungen der SPD bei den von diesen Listen in besonderem Maße thematisierten Problemen auszuüben. Dieser These mag nun sogleich der Verweis auf die Ungewißheit, Geringfügigkeit und Rücknehmbarkeit solcher Konzessionen entgegengesetzt werden, was von mir partiell konzediert wird. Aber was ist die Alternative? Ich setze, das sei kurz wiederholt, voraus:

1. eine grundlegende gesellschaftliche und politische Umwälzung steht in der BRD nicht auf der Tagesordnung;
2. die Lohnarbeitskämpfe werden sich trotz tendenzieller Verschärfung auf absehbare Zeit noch im Rahmen der eingespielten Konfliktregulierungs- und Kompromißfindungsmechamismen bewegen. Zugleich werden sich die Gewerkschaften der von den ökologischen und fundamentaldemokratischen Bürgerinitiativen artikulierten Interessen und Forderungen nicht annehmen;
3. der Prozeß der Kapitalakkumulation und der sozioökonomischen Reproduktion erzeugt die objektiven, und seine gesellschaftlichen und politischen Folgen tragen bei zur Herausbildung der subjektiven Bedingungen für die Bewußtwerdung von Bedürfnissen, Interessen und Forderungen, wie sie von der progressiven Bürgerinitiativbewegung artikuliert und verfochten werden.

Diese drei Annahmen werden vermutlich im SB mehrheitlich geteilt, nicht jedoch die Konsequenz der Befürwortung der Beteiligung der Bürger- und Basisinitiativen an Wahlen und der Unterstützung dieser Beteiligung durch das SB. Ich meine dagegen, daß diese Schlußfolgerung generell gezogen werden kann (was nicht besagt, daß sie unter allen denkbaren und real konkreten Bedingungen gezogen werden sollte). Dafür und dagegen gibt es im einzelnen viele Argumente, die hier aus Raumgründen nicht mehr erörtert werden können. Ich deute deshalb in unsystematischer Weise und unter dem Vorbehalt von Vorläufigkeit, Verkürzung und Unvollständigkeit noch einige Gründe für meine Position an:

- Wenn man zu den von den ökologischen und basisdemokratischen Bürgerinitiativen artikulierten Interessen und Forderungen nicht (wie vermutlich die sich hier engagierenden K-Gruppen-Anhänger) ein lediglich taktisches Verhältnis hat, dann ist ihre, wie immer partielle und kompromißhaft verwässerte, Durchsetzung ein Ziel, für das alle denkbaren Chancen zu nutzen sind.
- Die von der Mehrheit des Arbeitsausschusses des SB formulierte Position verrät Züge von Attentismus als Selbstzweck sowie der Mystifizierung eines "basisorientierten Politikverständnisses" und der diesem entsprechenden politischen Aktionsformen. Diese sind nicht abzulehnen, wohl aber ihre Verabsolutierung. Sie haben sicherlich eine größere Wirkung für die Erzeugung von Ich- und Gruppenidentität als für die Durchsetzung der eigentlichen Ziele. Auf solche Aktionsmittel soll nicht verzichtet werden; die generelle Ablehnung ihrer Ergänzung durch parlamentarische Taktiken ist jedoch falsch.
- Mit der Befürwortung der Wahlbeteiligung und ihrer Unterstützung durch das SB sind keine Illusionen verbunden. Begrenzte reale Einflußmöglichkeiten sind auch weniger vom parlamentarischen Wirken präsumtiver "grüner" oder "bunter" Mandatsträger, als aus Folgen auf Entscheidungen im Bereich der SPD zu erwarten. Die Mehrheit des Arbeitsausschusses überzieht die "Gefahren" der Wahlbeteiligung. Da es nicht darum geht, die Bürgerinitiativen auf das Gleis des Nur-Parlamentarismus zu schieben, sind die Gefahren der Bürokratisierung und der Verselbständigung von Organen und Repräsentanten begrenzt. Solchen Entwicklungen kann vorgebaut werden und sie sind unter den gegebenen Bedingungen nicht irreversibel.
- Setzt man nicht voraus, daß das parlamentarische System, an seinen eigenen Ansprüchen gemessen, völlig obsolet ist und daß es nichtkonformen gesellschaftlichen Interessen und Bewegungen generell keine Artikulationschancen mehr bietet, dann sollte ein erfolgverheißender Ansatz, das seit mehr als 20 Jahren etablierte Parteienkartell aufzubrechen, genutzt werden.
- Wenn den Demoskopen zu trauen ist, dann existiert in der Wahlbürgerschaft der BRD heute über die eingangs bezeichneten Gruppen hinaus ein wesentlich breiterer Kreis potentieller Sympathisanten ökologischer und anderer bürgernaher politisch-gesellschaftlicher Alternativgruppen. Die Orientierungen und Entscheidungen dieser mit der Politik des Parteienkartells zunehmend "Unzufriedenen" dürften jedoch fixiert sein auf die gewohnten Formen bürgerlicher Öffentlichkeit und politischer Prozesse. Ein Wahlerfolg (der sich an der 5%-Sperrklausel mißt) der grünen oder bunten Listen beeindruckt diese Bürger ohne Zweifel ungleich stärker und vermag sie eher zu weiterem Nachdenken und zu einer gesellschaftlich-politischen Umorientierung zu veranlassen, als Demonstrationen, Songgruppen und Agitationsstände in der Fußgängerzone.

Die hier begründete Position in der Frage der Wahlbeteiligung fortschrittlicher Gruppierungen von Bürger- und Basisinitiativen und ihrer Unterstützung durch das SB ist als generelle zu verstehen. Sie kann und muß unter konkreten Bedingungen modifiziert werden. Die eingangs angesprochene Konfusion der verschiedenen ökologischen Listen in Hessen (die ich allerdings als allenfalls entwicklungsbedingten, nicht aber als grundsätzlich notwendigen Ausdruck ihrer sozialen Basis und ihres Politikverständnisses ansehe) scheint die Position der Mehrheit des AA post festum zu bestätigen. Sie hat eine Situation erzeugt, in der ein Nichtengagement des SB politisch richtig ist. Das gilt unter den nunmehrigen Umständen auch in bezug auf die GLH. Fast alle von mir gegen die Stellungnahme des AA ins Feld geführten Argumente setzen Erfolgschancen der Wahlbeteiligung, die infolge Zersplitterung nicht mehr bestehen, voraus. Damit dementiere ich jedoch meine allgemeine gesellschaftlich-politische Einschätzung nicht. Bedürfnisse und Interessen, wie sie von den grünen und bunten Listen aufgenommen und artikuliert werden, werden infolge der notwendigen Auswirkungen des fortschreitenden kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf Mensch und Natur anwachsen. Der Prozeß ihrer Vereinheitlichung und angemessenen gesellschaftlich-politischen Vertretung wird widersprüchlich verlaufen und Rückschläge erleiden, aber er wird voranschreiten.

Die Evangelische Gemeinde zu Düren sucht für ihr Jugendheim (OT) eine **evangelische Sozialpädagogin/-arbeiterin graduiert.** Geregelte Arbeitszeit (40-Stunden-Woche, Wochenende Schichtdienst).
Teamarbeit (3 hauptamtliche Mitarbeiter, 3 Zivildienstleistende, 1 Praktikantin). Bewerbungen richten Sie bitte bis zum 15.10.1978 an: Den Vorsitzenden des Presbyteriums, Herrn Pfarrer Klaus Kenke, Philippstraße 4, 5160 Düren.

Parlamentarisierung als Falle

Joachim Hirsch/Roland Roth

Eines der irritierendsten Momente der gegenwärtigen grün-bunten Wahlaktivitäten ist die Umstandslosigkeit, mit der viele Linke auf diesen Zug aufgesprungen sind – scheinbar ungeachtet der zu APO-Zeiten doch schon einmal gründlich geleisteten theoretisch-politischen Parlamentarismuskritik und der erreichten Verständigung über die Notwendigkeit einer alternativen, nicht an bürgerlichen Institutionen und traditionellen Partei-Organisationsformen orientierten politischen Praxis. Die Gründe dafür sind wahrscheinlich vielfältig: abgebrochene theoretische Diskussionen, Schwierigkeiten, sich die eigene politische Entwicklung bewußt zu halten und aufgearbeitete Erfahrungen in veränderter Situation produktiv anzuwenden, wahrscheinlich auch ein gutes Maß an Ungeduld, Enttäuschung und Bewußtsein politischer Isolierung, wodurch Hoffnungen schon dann entstehen, wenn sich überhaupt wieder etwas zu rühren scheint, wenn Resonanz spürbar wird – und sei es nur in den Spalten der bürgerlichen Presse. Über diese Gründe läßt sich jetzt nur spekulieren, und es wäre dringend notwendig, darüber zu reden, d.h. eine Diskussion zu beginnen um die Geschichte, die bisherige politische Praxis und den Zustand der westdeutschen Linken in einer etwas längeren historischen Perspektive.

Vom Nutzen parlamentarischer Aktivitäten

Ganz grob skizziert, sieht der derzeitige Stand der Kontroverse in der "Parlamentarismus"-Frage etwa so aus: Einigermaßen geklärt dürfte sein, daß eine sozialistische Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft mit Hilfe der bürgerlichen politischen Institutionen nicht möglich ist (auch wenn diese in einem solchen Umwälzungsprozeß eine bestimmte Bedeutung erlangen können). Kaum einer glaubt heute auch noch ernsthaft, Parlamentsmandate würden für sich genommen "Machtpositionen" bedeuten. Erheblich unterschiedlichere Einschätzungen bestehen allerdings schon bezüglich der Funktion des Parlaments als "Öffentlichkeitsforum", das zumindest publizistische Breitenwirkung verschaffen könne. Dabei wird leicht verkannt, daß das, was heute Parlamentsöffentlichkeit heißt, ein von den etablierten Fraktionsbürokratien sorgfältig inszeniertes und strikt reglementiertes Theater ist, das von einigen Außenseitern kaum wird umfunktioniert werden können. Dazu gibt es auch noch einige wichtige Mitspieler außerhalb des Parlaments wie Informationsämter, Nachrichtenagenturen, Pressemonopole, ohne die hinsichtlich "Öffentlichkeit" auf dieser Ebene nichts läuft. Man lese nur die resignierten Berichte, die "junge" Abgeordnete in schöner Regelmäßigkeit über ihre Wirkungsmöglichkeiten von sich geben.

Realistischerweise beschränkt man dann auch den Zweck parlamentarischer Aktivitäten darauf, sozusagen Störfaktoren in das etablierte Parteienkartell einzupflanzen (wie etwa Conert in seinem Beitrag in dieser Nummer andeutet). So plausibel dies auf den ersten Blick und angesichts der Entwicklung seit den Hamburg- und Niedersachsen-Wahlen erscheinen mag, so problematisch ist auch dies. Grundsätzlich müssen wir davon ausgehen, daß das ganze System der bürgerlichen politischen "Willensbildungs"- und Vertretungsorgane die zentrale Funktion hat, Massenbedürfnisse und -interessen abzufiltern und zu kanalisieren, gesellschaftliche Konflikte auf eine Ebene zu verlagern, wo sie in einer für die ökonomisch-politischen Machtverhältnisse ungefährlichen Weise behandelt und so schließlich neutralisiert werden können. Darauf ist seine ganze innere Struktur abgestellt. "Gewissensfreiheit" der Abgeordneten, Repräsentation als Interessendelegation, fixierte Wahlperioden, eine "Gewaltenteilung", die den parlamentarischen Spielraum gegenüber Verwaltungs- und Justizbürokratie grundlegend beschneidet, Bürokratisierung und Expertentum u.v.a.m. sollen dies gewährleisten und werden nicht umsonst durch Gesetze und Verfahrensregeln streng abgesichert.

Daraus folgt: je mehr man sich auf parlamentarische Aktivitäten einläßt, desto größer wird die Gefahr, sich im massenintegrativen Institutionensystem zu verfangen, d.h. sich politisch selbst zu kastrieren. Wie die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie lehren kann, ist Parlamentarisierung immer schon ein probates Mittel gewesen, soziale Bewegungen unschädlich zu machen (vgl. etwa die Auswirkungen des Sozialistengesetzes in dieser Hinsicht). Andersherum ausgedrückt: sollen die parlamentarischen Institutionen taktisch ausgenutzt werden, so muß eine Bewegung "außerparlamentarisch" so stark und in sich konsolidiert, d.h. "autonom" sein, daß sie dem vom bürgerlichen System hergestellten Integrationsmechanismus nicht zum Opfer fällt, d.h. nicht aus eigener Diffusheit und Hilflosigkeit heraus deren Organisationsformen und Verfahren übernimmt. Hier wird die Gefährlichkeit des Arguments deutlich, das das Ausweichen auf parlamentarische Aktivitäten gerade mit der (angeblichen) Schwäche und Perspektivlosigkeit der Bewegung begründet. Aus diesem Grunde ist es auch nicht sehr hilfreich, bei der Diskussion dieser Frage formal-vergleichend auf andere Länder mit ganz anderen politischen Strukturen und Kräfteverhältnissen zu verweisen. Jedenfalls: wenn unser Argument stimmt, dann können angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse in der BRD Wahl- und darauf bezogene Organisationsdiskussionen vorerst getrost ad acta gelegt werden.

Reale Kräfteverhältnisse sind entscheidend

Vernünftigerweise muß man davon ausgehen, daß, wenn im herrschenden politischen System etwas in Bewegung gebracht werden soll, dazu entsprechende Kräfte erforderlich sind. Und ebensosehr kann man unterstellen, daß Vorgänge auf der parlamentarisch-institutionellen Ebene immer Ausdruck entsprechender gesellschaftlicher Kräfteverschiebungen sind. Die Vorstellung, vom Parlament aus etwas in Bewegung setzen zu können, ist ähnlich der, der Schwanz könne mit dem Hund wedeln. Die Erschütterungen, die der westdeutsche Parlamentarismus zwischen 1966 und 1969 durchgemacht hat, waren in großem Maße auch die Folge des Aufschwungs "autonomer" Massenbewegungen – von der APO bis zu den spontanen Streikaktionen der Arbeiter. In allen Parteien kam es zu enormen internen Konflikten, es gab Koalitionsverschiebungen und beachtliche programmatische Anläufe ("Reformprogramm" der sozialliberalen Koalition), obwohl weder Studenten noch streikende Arbeiter im Parlament vertreten waren. Und was anschließend der "Marsch durch die Institutionen" gebracht hat, ist bekannt. Die parlamentarischen Prozesse werden am nachhaltigsten dadurch beeinflußt, daß man diejenigen politischen Strukturen und Formen selbstbestimmter Interessenwahrnehmung aufbaut und praktiziert, welche eben durch das parlamentarische Verfahren und die für es maßgeblichen "Spielregeln" unterdrückt werden sollen.

Dem scheint auf den ersten Blick die Aufregung zu widersprechen, welche das Auftauchen der "Grünen" und "Bunten" bei den etablierten politischen Positionsinhabern und im Zeitungs-Blätterwald erzeugt hat. Möglicherweise kann unter den gegenwärtigen Bedingungen eine "grüne" (oder sonstwie gefärbte) Wahlbeteiligung tatsächlich die parlamentarische Existenz einer Partei oder den Bestand einer Koalition bedrohen. Man sollte sich aber davor hüten, von der so erzeugten Posten- und Pfründenangst auf eine entscheidende Änderung von Machtkonstellationen zu schließen. Die haben ihre Wurzeln allemal außerhalb des Parlaments. Was sich vielleicht verändert, sind einige wahltaktische Kalküle, wodurch z.B. Börners Hessen-SPD vorübergehend auch mal als die größte Umwelt-Bürgerinitiative auftritt (während gleichzeitig auf Regierungsebene dieselbe Partei zusammen mit den Freidemokraten die Gift-Imissionsgrenzen für den Main zum Wohle der Hoechst AG drastisch in die Höhe setzt (vgl. Frankfurter Rundschau vom 6.9.78). Die Herrschenden können ihre Interessen durchaus im Rahmen unterschiedlicher parlamentarischer Konstellationen und Koalitionen durchsetzen, wie ein Blick auf das Schicksal der sozialdemokratischen Reformpolitik lehren kann.

In diesem Zusammenhang ist eines zu beachten: Für die westdeutsche Bourgeoisie könnte es sich in naher Zukunft (nämlich bei anhaltender ökonomischer Krise) als notwendig erweisen, den "sozialdemokratischen" Weg der Massenintegration aufzugeben und zu noch autoritäreren und repressiveren Formen Zuflucht zu suchen. Einiges deutet darauf hin, daß ein solcher – vor allem auf offene Konfrontation mit den Gewerkschaften ausgerichteter – Kurs erst realisiert werden kann, wenn die bestehende "Parteienlandschaft" gründlich umgeformt worden ist, daß dazu also ein einfacher Regierungs- oder Koalitionswechsel nicht ausreicht (vgl. Hirsch/Roth in "links" Nr. 101). Das Auftauchen der "Grünen" und "Bunten" könnte u.U. der Auslöser einer derartigen Neustrukturierung des Parteiensystems darstellen, d.h. die Funktion erfüllen, die ursprünglich mal einer "vierten" Partei zugedacht war. Eine solche Entwicklung muß nicht unbedingt falsch sein und ist wahrscheinlich ohnehin nicht zu verhindern. Man sollte sich aber über derartige Zusammenhänge klar sein, wenn man nicht allzu blauäugig Politik machen will – eventuell mit dem Ergebnis, daß auch auf dieser Ebene genau das Gegenteil von dem herauskommt, was man beabsichtigt hat.

Diffuser Protest und Lernprozesse

Innerhalb der westdeutschen Bevölkerung ist in den letzten Jahren so etwas wie das Anwachsen einer diffusen Protesthaltung festzustellen, die sich in der vielbeklagten "Staats-" bzw. "Parteiverdrossenheit" äußert. Die darin zum Ausdruck kommenden Motive sind – zieht man die Linie von den sich als Sozialisten verstehenden Linken über marginalisierte Jugendliche, "Nur-Ökologen" bis hin zu den Steuerprotestlern – außerordentlich vielfältig und disparat. Zu Recht hat Conert darauf aufmerksam gemacht, daß gerade auch in die Anti-AKW-Bewegung sehr viel mehr eingeht, als der Widerstand gegen die konkrete Gefahr der AKWs. Zwar läßt sich leicht analytisch begründen,

daß diese Entwicklungen und Strömungen eine gemeinsame Ursache in den vom Kapitalakkumulationsprozeß produzierten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und der Art und Weise ihrer politischen Manipulierung haben. Nur prägt diese theoretische Erkenntnis nicht den unmittelbaren Erfahrungszusammenhang und das Bewußtsein der Betroffenen. In einer solchen Situation sind eine Wahlbeteiligung und die damit verbundenen Organisationsprozesse in doppelter Weise fatal:

Einmal bedeuten sie nolens volens die Kanalisierung eines noch diffusen oder auch noch bornierten Unbehagens in eine vom herrschenden System integrierbare Form. Denn jede Opposition, die sich an die Verfahren des Systems hält, legitimiert zugleich dieses und produziert entsprechende Illusionen (man denke nur an das alte Regierungs-Oppositions-Spiel, bei dem jede Oppositionspartei das verspricht, was sie als Regierungspartei nicht halten kann, dabei aber fortwährend die Illusion einer realisierbaren politischen Alternative erzeugt). Bedeutungsvoller noch ist allerdings, daß der Sprung auf die parlamentarische und damit auf die partei-programmatische Ebene notwendigerweise dazu führt, daß sich die vorhandenen Motive und Interessen vorschnell auseinanderdividieren und positionell festgeschrieben werden. Das Ergebnis ist das genaue Gegenteil von "Vereinheitlichung" und Stärke, nämlich Zersplitterung, Fraktionierung, bestenfalls kurzfristige Formelkompromisse, die allseits Verwirrung stiften. Damit wird letzten Endes nur geschwächt, was an realer Bewegung vorhanden ist und es wird verhindert, was allein Stärke und Geschlossenheit produzieren kann: die aus der unmittelbaren Erfahrung mit Selbstorganisation und konkreter Interessendurchsetzung resultierenden Lernprozesse (Wyhl ist immer noch ein schlagendes Beispiel dafür).

Die ernüchternden Formen, die das Listengerangel in Hessen angenommen hat, können nicht einfach mit der Unfähigkeit oder Unerfahrenheit der Beteiligten erklärt werden. Sie haben die angegebenen strukturellen Gründe und sind beim jetzigen Zustand der "realen Bewegung" unvermeidlich. Für linke Intellektuelle ist es natürlich enorm attraktiv, auf einer derartigen programmatisch-organisatorischen Ebene "das innere Band der zahlreichen alternativen Reformvorschläge aufzufinden, die Verwebungen der unterschiedlichen Ideen und Forderungen, Interessen und Bedürfnisse aufzudecken" (so Kostede in dieser Nummer). Nur bleibt das notwendigerweise im Kopf und auf dem (Wahl-)Papier, weil die Betroffenen ihre gemeinsamen Interessen (so es sie gibt!) – halt auf andere Weise zu entdecken pflegen. Gerade wenn Intellektuelle dadurch einen "Schritt vor die wirkliche Bewegung" tun zu glauben, daß sie sich in einem falschen Avantgardeverständnis "richtungsweisend" an sie anhängen, können sie dieser und sich selbst nur schaden.

Die bisherigen Ausführungen zielten vor allem gegen den weitverbreiteten Vorwurf, daß es sich diejenigen im SB zu leicht machen, die mit der Orientierung auf Basisbewegungen eine Beteiligung an bunten oder grünen Wahlinitiativen ablehnen. Es geht nicht um eine überhistorisch-abstrakte Parlamentarismuskritik, sondern um eine Einschätzung der konkreten Kräfteverhältnisse und der Realverfassung des bundesrepublikanischen Parlamentarismus. Wenn sich der Wahldunst verzogen hat, werden diese Konturen wieder sichtbarer werden und die Experimente, über grünbunte Listen die westdeutsche politische Landschaft zu erschüttern, nüchterner analysiert werden können. Freilich werden die kurzbeinigen Entschuldigungen schon zusammengestellt, die einen mühevollen Weg aus den Wahlexperimenten erwarten lassen. "Unerfahrenheit" ist das Stichwort, das nicht nur in der bürgerlichen Presse den Hickhack um die verschiedenen Listen- und Koalitionsbemühungen, das Kandidaten- und Programmgerangel zunächst beschönigend verständnisvoll, zunehmend aber immer zynischer – stets falsch personalisierend – begleitet hat. Damit werden jedoch die strukturellen Ursachen zugedeckt. Diese liegen nicht nur in der schon beschriebenen Prägekraft des parlamentarischen Systems, das aus konkreten Interessen leere Programmformeln werden läßt, aus gemeinsamen Streitern in der Ökologiebewegung konkurrierende Fraktionen, die oft – längst ohne Basis – bis zum letzten Mann ihren aparten Anspruch, eine Bewegung zu repräsentieren, durchhalten.

Historische Stolpersteine

Das zweite Bündel von Ursachen und Bedingungen, die bei einer Auseinandersetzung mit den jüngsten Wahlinitiativen wichtig wird, ist in der Entwicklung der Ökologiebewegung und genauer im Verhältnis der westdeutschen Linken zu dieser und anderen sozialen Bewegungen zu suchen, die bislang der aktive Ausdruck der demoskopisch aufgespürten "Verdrossenheit der Bürger gegenüber Staat und Parteien" sind. Hansgeorg Conerts Ausführungen (in dieser Ausgabe) über die Bürgerinitiativbewegung kranken daran, daß er die Geschichte dieser Bewegung ausspart und damit nur zu abstrakten, für die konkreten Entwicklungsbedingungen der Protestpotentiale in der BRD problematischen Schlußfolgerungen gelangt. Die Geschichte des Verhältnisses der bundesrepublikanischen Linken zur Bürgerinitiative- und Ökologiebewegung ist in wesentlichen Teilen eine Geschichte der Ignoranz und politischen Selbstüberschätzung. Sie kann hier nicht ausführlich nachgezeichnet werden, aber an einiges ist doch zu erinnern. Mit Blick auf die eigenen Ansätze zur "revolutionären Betriebsarbeit" und später auf radikale Initiativen im Stadtteil (Hausbesetzungen, Fahrpreisaktionen etc.) wurden Anfang der siebziger Jahre die Bürgerinitiativen von der Linken als kleinbürgerliche Privilegiensicherungsversuche abgewertet. Unpolitische Naturschwärmer und absteigende Teile des Kleinbürgertums leisteten politisch folgenlose Widerstandsaktionen. Bestenfalls erschienen sie als Teil einer aktiven reformistischen Massenbasis, die dem

Christian Schaffernicht

Vaterlandshiebe

Fotomontagen · Bild-Wort-Montagen
Idee → Produktion → Einsatz

Jetzt aber schnell, meine Herrn,

da vorne will schon wieder ein Radikaler in den öffentlichen Dienst.

Ausstellung
vom 27. September
bis 28. Oktober 1978

galerie 70

Schillerstraße 70
1000 Berlin 12
U-Bahn Bismarckstr.
Öffnungszeiten:
Di.-Fr. 14-20 Uhr
Sa. 14-18 Uhr

sozialdemokratischen Slogan von "Mehr Lebensqualität" auf den Leim gegangen war, an die Entwicklung der sozialliberalen Reformpolitik auf Gedeih und Verderb angekettet, schließlich mit ihr verschwinden würde. Die politische Traditionalisierung eines Großteils der westdeutschen Linken nach der Protestbewegung führte dazu, daß sie von Bürgerinitiativen nur da Notiz nahm, wo Auseinandersetzungsformen entstanden, die als Angriff auf den bürgerlichen Staat interpretiert werden konnten (Nordhorn-Range, Wyhl u.a.). Die Fixierung auf die Militanz und Gewaltförmigkeit der Konflikte überlagerte allzu oft die Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Protestinitiativen selbst. Sie wurden meist nur in den Dimensionen wahrgenommen, die das eigene politische Selbstbewußtsein nicht infrage stellten, sondern eher die eigene Avantgardementalität stärkten. Regionale politische Traditionen und Kommunikationsstrukturen, aber auch die ökologische Betroffenheit selbst wurden nur sehr äußerlich zur Kenntnis, aber keineswegs politisch ernst genommen. So sind die Inhalte der Bürgerinitiativbewegung im politischen Selbstbewußtsein der BRD-Linken unverarbeitete politische Bruchstücke.

Politisch ebenso folgenreich ist die große Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Form, in der sich die Ökologie- und Bürgerinitiativbewegung entwickelt hat: an konkreten Konflikten orientierte lokale Organisationsformen, lockere Kooperationsformen auf regionaler und überregionaler Ebene, die sich aktionsbezogen verdichten. So ist aus dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nie mehr als ein kaum bürokratisiertes Informationszentrum geworden, das durch geschickte Pressepolitik ein Gegengewicht gegen die Verdummungspolitik der Bundesregierung im Umweltbereich setzen konnte. Kooperationsstrukturen entwickeln sich entlang gemeinsamer Betroffenheit (Bürgerinitiativen Verkehrskongreß in Berlin, Umweltinstitut in Freiburg), konkrete Widerstandsstrategien und Aktionsformen bleiben im Entscheidungsbereich der unmittelbar Betroffenen. Die einmal Aktivierten halfen an anderen Orten. Die Aktivisten von Wyhl – getragen von dem Selbstverständnis, daß die AKW-Frage nicht allein am Kaiserstuhl entschieden wird – waren an den meisten Orten wiederzufinden, die als Standorte im Gespräch waren und gaben ihre Erfahrungen weiter, nicht ohne daß man selbst Bildungsinstitutionen geschaffen hatte, die eine ständige Reflexion der eigenen Erfahrungen und die Verarbeitung neuer ermöglicht hätte (Volkshochschule Wyhler Wald).

Bürgerinitiativen als politische Produktivkraft

Es waren im wesentlichen diese konkreten Kooperations- und Lernformen, die über Jahre hinweg die Ausdehnung der Ökologie- und Bürgerinitiativbewegung in der BRD getragen haben, Differenzen in politisch-strategischen Einschätzungen konnten ausgehalten und verarbeitet werden.

Die lokalen Kooperationsstrukturen wirkten als Puffer gegen die verschiedenen Versuche von Überpolitisierung. Vor allem die organisierte Linke konnte in diesen Binnenstrukturen nur Chaos, Zersplitterung und Ziellosigkeit erkennen. Die politische Produktivität dieser Struktur kooperativer, an konkreten Interessen orientierten Bürgerinitiativen mit heterogener sozialer Basis wurde erst zur Kenntnis genommen, als sie als Mittel zur Flucht aus dem Promille-Getto erschien.

Die Tatsache, daß sich heute mehr Menschen an Bürgerinitiativen als in den traditionellen Parteien engagieren, daß sich das soziale Spektrum der Aktivisten in den letzten Jahren auch hin zu den traditionellen Teilen der Arbeiterklasse geöffnet hat, sollte dazu führen, die Wirkungen und politischen Chancen dieser sozialen Bewegung ernster zu nehmen und davon zu lernen. Analytische Versicherungen über den prinzipiell antikapitalistischen Charakter ökologischer Forderungen helfen wenig, wenn sie nicht das politische Selbstverständnis nachhaltig angreifen. Die Kritik am Trittbrettfahren linker Gruppierungen im Zusammenhang mit der Bildung grüner und bunter Listen richtet sich auch darauf, daß die politische Lektion der Bürgerinitiativbewegung konterkariert wird, wo sich Prominenz und hierarchische Organisationen an ihre Spitze setzen wollen. Ohne nennenswert in den Bürgerinitiativen verankert zu sein, blieben die Verknüpfungsversuche der Linken zu den grünen Listen ganz äußerlich, zumal allerhöchstens an einigen Orten wirklich aktive Teile der Ökologiebewegung zusammenkamen, meist lediglich ihre bürgerlichen Sachwalter, die mit dem politisch riskanteren Engagement in Bürgerinitiativen wenig am Hut hatten (schließlich kümmert sich der Verfassungsschutz seit Jahren sehr intensiv um die Anti-Atom-Bewegung).

Doppelstrategie wider Willen

Die Kritik, das SB würde sich wieder einmal aus einer relevanten politischen Entwicklung heraushalten, wenn es sich nicht an der Gründung grün-bunter Listen beteiligt, hat meist ignoriert, daß diese parlamentarischen Initiativen innerhalb der Ökologiebewegung mehr als umstritten waren und sind, ja von den basisorientierten Teilen eher gefürchtet wurden. Ein Kongreß der BBU zu diesem Thema brachte im letzten Frühjahr keine Mehrheit für entsprechende Listenversuche. Mit den späteren Gründungen wurden Fakten geschaffen. Eine politische Bilanz dieser ökologischen Doppelstrategie wider Willen, d.h. vor allem ihre Auswirkungen auf die Arbeit in den Bürgerinitiativen wird noch zu ziehen sein.

Ein weiteres bedeutsames Manko der Listenversuche dürfte wohl sein, daß darüber weder die überregionale Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinitiativen noch die Kooperation zwischen Linken und Bürgerinitiativen positive Impulse bekommen hat. Es ist zwar in letzter Zeit eigentümlich ruhig um die Bürgerinitiativbewegung geworden. Dies kann jedoch täuschen, wenn man sieht, daß zum diesjährigen Gorleben-Camp des Bundes deutscher Pfadfinder rund 1.200 Teilnehmer kamen.

Aber es gilt nicht nur die Rückwirkungen auf die Bürgerinitiativbewegung (und auf uns selbst) zu bedenken, wenn wir uns auf politische Formen einlassen, die nach Linien, Programmen, Delegationen und Verbindlichkeiten auf abstrakter Ebene drängen. In der Bürgerinitiativbewegung kommt ein – von vielen freilich als "vorpolitisch" etikettiertes – Selbstbewußtsein zum Ausdruck, das auch der sozialistischen Linken Ansätze bietet, wenn sie diese Lernaufforderung annimmt. Ein Kernpunkt der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung ist die Tendenz und der Versuch, die Verfügung über den eigenen Alltag, die eigenen unmittelbaren Lebensumstände in die Hand zu bekommen, sie weder übergreifender ökonomischer Rationalität noch staatlicher Ligitimität zu opfern. "Borniertе" Interessenvertretung im Nahbereich, meist – noch – auf die Sphäre außerhalb der Produktion beschränkt (wenn z.B. auch im letzten Druckerstreik, dem Manteltarifvertrag der Metaller in Baden-Württemberg, wie auch in den Konversionsmodellen bei Lucas Aerospace und den "green bans" der australischen Gewerkschaften wichtige Ansätze im Bereich der gesellschaftlichen Produktion, die in eine ähnliche Richtung gehen, zu sehen sind), ist die politische Sprengkraft, auf die sich die repressiven und integrativen Strategien von Parteien und Staatsapparaten konzentrieren.

Helmut Gollwitzer hat hervorgehoben, daß mit dieser konkreten Interessenpolitik zum ersten Mal auch Bevölkerungsteile, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, in Erfahrungs- und Politisierungsprozesse einbezogen werden, in denen sie über der Auseinandersetzung mit der Legitimität der eigenen konkreten Forderungen auch zu Zweifeln über die Legitimität der herrschenden Verhältnisse gelangen können (nicht müssen): "Theoretisch, praktisch und psychologisch geraten somit auch Bürger auf die schiefe Ebene vom bürgerlichen Bewußtsein zur sozialistischen Erkenntnis: heute aber nicht primär aus moralischer oder ideeller Motivation, wie dies bei den früher zu Sozialisten werdenden Bürgern der Fall war, sondern nun so, wie der Arbeiter zur Arbeiterbewegung stieß: in Erkenntnis des Zusammenhangs des eigenen Interesses mit dem Interesse des Ganzen. Es ist ein Prozeß, der sich von Sozialisten befördern, nicht aber erpressen und oktroyieren läßt." (Kursbuch 50, S. 33). Daß die Aneignung des eigenen Alltags als politikfreier Puffer politisch nicht folgenlos bleiben muß, ergibt sich aus der zunehmenden Durchdringung dieser Sphäre durch Kapitalinteressen und der sich parallel verstärkenden staatlichen Reglementierung. Daß es nicht um die harmlose "Politisierung des Wetters" geht, verdeutlichten die jüngsten Auseinandersetzungen um "Investitionsstaus" und umweltrechtliche Genehmigungsverfahren als von der Bürgerinitiativbewegung gesetzte konjunkturbremsende Hindernisse.

Politische Ökologie und sozialistische Perspektive

Einige Konsequenzen für eine sozialistische Politik hat Michel Bosquet (André Gorz), bezogen auf die französische Ökologiebewegung, angedeutet. Es sei "Aufgabe der ökologischen Bewegung, bei ihrer Arbeit auf der untersten Ebene anzufangen, an neuen Aktions- und Freiheitsräumen in einem Bereich, den die Politik außer acht läßt, und in dem sie in neuen Formen wiederentstehen kann: Dem Bereich dessen, was unmittelbar von den Menschen abhängt und was sie selbst verwirklichen – oder verhindern – können, ohne die Vermittlung der Machtapparate und der Institutionen. Kurz, es geht darum, das Feld für alles, was unmittelbar von uns abhängt, zu erweitern, wieder die Verfügung zu bekommen über unser Leben, unseren Raum und unsere Lebensweise, über die Natur und den Inhalt unserer Arbeit, über unser Verhältnis zur Gemeinschaft etc. Dies geht dann ganz im Sinne des sozialistischen Selbstbestimmungskonzepts, nur daß dieses auf Arbeit und Betrieb ausgerichtete Konzept nicht den nötigen Spielraum hat, um sich auf einen Zivilisationsentwurf umzupolen. Nur die ökologische Bewegung hat derzeit die unerläßliche Dimension des Vorausblicks, deren es in Perioden grundlegender Veränderungen bedarf." (Leviathan, 1/78, S. 68 f).

Die Unterschiede zur französischen Situation sind deutlich. Was Gorz hier als Aufgabe einer zunächst vorwiegend elektoralistischen Bewegung formuliert, steht in der westdeutschen Bürgerinitiativbewegung schon ein stückweit auf solider Grundlage. Eine wesentliche Bedingung für die Weiterentwicklung einer sozialistischen Perspektive in der BRD wird es sein, ob es der Linken gelingt, aktiv im Rahmen dieser Alltagspolitik wirksam zu werden, sich dort zu verankern. Die ökologische Herausforderung droht jedoch in zwei Sackgassen abgedrängt zu werden. Während nur wenig aus dem Getto der linken Alternativprojekte weist, beteiligen sich andere auf einer politischen Ebene, auf der sich die Linke immer schon folgenlos eingerichtet hat. Sie begeben sich an die Spitze der angegrünten Wahlinitiativen und verfertigen Programme und Konzepte, welche dann einer Bürgerinitiativbasis, die darin ihre Sorgen wiederfinden kann, aufgezwungen werden. Das Gerangel im Vorfeld der Hessenwahlen hat gezeigt, daß aus beiden Sackgassen auch nicht herauszukommen ist, wenn man sich auf den Weg der gemeinsamen Wählbarkeit begibt.

Es ist uns allen zu wünschen, daß daraus resultierende Ernüchterung zu einer neuen politischen Praxis der linken Gruppierungen führt, in der die von Gorz beschriebenen weiterführenden Momente der Ökologiebewegung praktisch werden. Mit den Diskussionsangeboten in Hamburg (Großer Ratschlag) und Tübingen (Ernst-Bloch-Tag, siehe dazu den Beitrag in dieser Ausgabe) ergeben sich möglicherweise Chancen zur gemeinsamen Reflexion und Neuanfänge.

Stoppt die atomare Zusammenarbeit: Bundesrepublik – Südafrika

Unter dieser zentralen Losung findet am 11./12. November 1978 in Bonn ein von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) initiierter internationaler Kongreß statt, an dessen Vorbereitung eine nationale Unterstützerbewegung beteiligt ist. Die Unterstützerbewegung besteht aus folgenden Organisationen: Aktion Selbstbesteuerung – Antiimperialistisches Solidaritätskomitee – Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschul- und Studentengemeinden – Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz – Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner – Jungdemokraten – Jungsozialisten – Gruppe Rheinische Zeitung – Kommunistischer Bund – Die Falken – Sozialistisches Büro – Vereinigte Deutsche Studentenschaften. Der Kongreß findet weitere Unterstützung durch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und durch die UN, die ihn in ihren offiziellen Veranstaltungskalender aufgenommen hat.

Der Kongreß strebt 2 Ziele an, nämlich

a) einer breiteren Öffentlichkeit den Skandal und die Gefährlichkeit der von der Bundesrepublik – trotz gegenteiliger Beteuerungen – betriebenen atomaren Unterstützung des faschistoiden rassistischen Regimes in Südafrika zu vermitteln und dabei auch aufzudecken, in welch vielfältigem Maße wirtschaftliche Interessen hinter dieser nur notdürftig verdeckten Politik stehen,

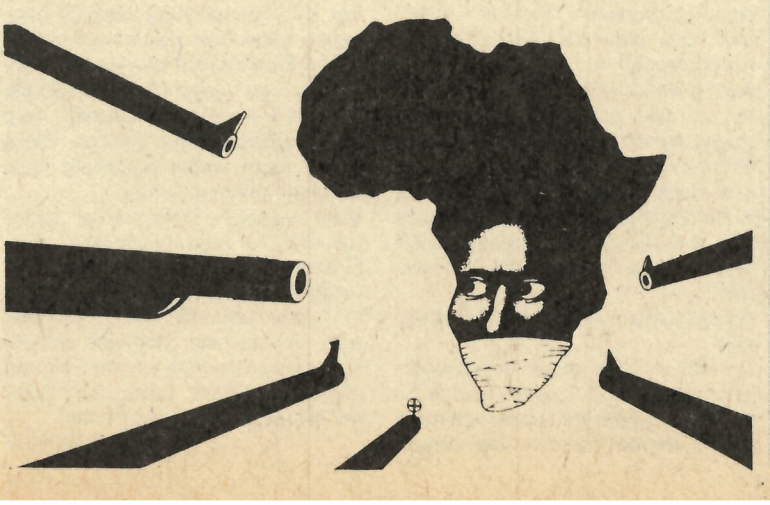
b) in der Linken der BRD selbst das Wissen von dieser Problematik zu vertiefen, die Wichtigkeit des solidarischen Kampfes an der Seite der Befreiungsorganisationen Schwarzafrikas gegen jede rassistische und neokolonialistische Politik zu erhellen und zu untersuchen, in welcher Weise dieser Kampf am effektivsten unter Einbeziehung einer möglichst breiten Öffentlichkeit geführt werden kann.

Diesem Zweck dienen, neben der möglichst intensiven Kongreßvorbereitung auch durch die Basis der Unterstützerorganisationen, während des Kongresses durchzuführende Arbeitsgruppen zu speziellen Themen. Gruppen, Genossen und Sympathisanten, auch besonders solche, die in der Anti-AKW-Bewegung arbeiten oder in der Internationalismus-Arbeit tätig sind, sollten sich der Thematik stellen und je nach ihren Möglichkeiten vor Ort auch öffentlich die Ziele des Kongresses unterstützen, z.B. mit Veranstaltungen, Informationsständen und in ihren Publikationen. Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 53 Bonn, Tel. 02221/211355, ist bereit, auf Anfrage Informationsmaterial zum Kongreß und seiner Problematik zur Verfügung zu stellen. Es gibt dort auch eine Liste von Firmen aus der BRD, die direkt oder indirekt an dem Atomgeschäft und an der rassistischen Unterdrückungspolitik der SAR beteiligt sind – eine Anregung auch für örtliche Aufklärungsaktionen dort, wo solche Firmen ihren Sitz haben.

Über die AAB und die Unterstützungsorganisationen können auch Referenten zu dem Thema angefordert werden.

Weiterhin können von der AAB angefordert werden (a) ein kostenloses Flugblatt mit dem Unterstützungsaufruf und anhängender Zahlkarte für Spenden, (b) eine Broschüre "Die atomare Zusammenarbeit BRD – SAR", Hrsg. AAB/BBU, Preis DM 1,50 (Unterstützer DM 1,--), (c) ein Buch von Ostrowsky/Geisler "Südafrika – Rassismus - Imperialismus - Befreiungskampf" (Pahl-Rugenstein) DM 10,80.

Wer nichts tun kann, aber durch eine Spende helfen möchte, für den sei hier das Konto aufgeführt: Sonderkonto „Anti-Apartheids-Kongreß", Nr. 1019894500 bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Bonn.



Sommerschule des SB

Von der Sommerschule '78 berichten, heißt nicht mehr als von einem Versuch berichten, dieses Projekt des SB zu verwirklichen. Das, was zwischen dem 8. und 17. September stattfand, wird dem Anspruch einer Sommerschule des SB wohl kaum gerecht. Aber es reichte aus, um zu erproben und ansatzweise sichtbar zu machen, wie eine SB-Sommerschule mal werden könnte.

Geplant war sie für einen Zeitraum von zwei Wochenenden mit fortlaufender Gruppenarbeit in der dazwischen liegenden Woche. Zustande kamen zwei Wochenendtreffen. Dabei nahmen nur wenige Teilnehmer an beiden Wochenenden teil. Trotz dieses unüberhörbaren "Nein, danke" der meisten SBler zum Sommerschulangebot '78 waren wir Teilnehmer uns am Ende doch darin einig, daß wir für eine Fortführung des Projektes Sommerschule in verbesserter Form plädieren und dazu aus unseren Erfahrungen und Erwartungen heraus Vorschläge machen wollen.

Der Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt bot bei dem vorhandenen freundlichen Wetter gute Vorbedingungen für das Unternehmen. Waldwege und Volleyballfeld, ausgedehnte Rasenflächen für das Sonnenbad oder das Mittagsschläfchen, ebenso wie für die Gruppenarbeit, Grill und Feuerplatz gehören zum Jugendhofgelände.

Über die unzureichende inhaltliche Vorbereitung der Sommerschule waren die wenigen angemeldeten Teil-

Informationen zum Bahrokongreß

Der Kongreß findet nun definitiv vom 16. November (Donnerstag 14 Uhr) bis 19. November (Sonntag) in der Technischen Universität Berlin (Ernst-Reuter-Platz) statt. Als Träger treten auf: Elmar Altvater, Rolf Berger, Wolf Biermann, Heinz Brandt, Renate Damus, Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Jürgen Fuchs, Zdenek Hejzlar, Thomas Kosta, Ernest Mandel, Jakob Moneta, Oskar Negt, Jiri Pelikan, Gerhard Schröder sowie Europäische Verlagsanstalt (EVA), Comitè pour Défense de Rudolf Bahro (Paris), Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros (Berlin).

Im Mittelpunkt der Vorbereitung stehen die Arbeitsgruppen:

AG 1 Arbeiter und Intelligenz im Prozeß krisenhafter Aufbrüche in Osteuropa, Rudolf Steinke, 1-61, Willibald Alexis Straße 12, Tel.: 6931579

AG 2 Die Rolle des Staatsapparates und der osteuropäischen KPen unter den Bed. ... Fred Klinger, 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 10, Tel.: 2612143, Michael Flieger, 1 Berlin 21, Waldstr. 34, Tel.: 3953301

AG 3 Ökonomie als organisierte Verantwortungslosigkeit?, Renate Damus, 4516 Bissendorf 1, Eichendorfhof 7, Tel.: 05402/522

AG 4 Sozialistische Strategie und ihre Bedeutung für vorindustrielle Gesellschaften, Walter Süß, 1 Berlin 62, Hauptstr. 107, Tel.: 7816849, Bernd Rabehl, 1 Berlin 30, Regensburger Straße 12a, Tel.: 241195

AG 5 Stalinismus und westeuropäische Parteien, Otto Kallscheuer, 1 Berlin 61, Möckernstr. 73, Tel.: 7856506

AG 6 Sozialismus und psycho-soziale Emanzipation des Menschen, Franciska Grosser, 1 Berlin 12, Kantstraße 57, Tel.: 3245361, Krisctina Mänicke-Gyongyösi, 1 Berlin 31, Güntzelstr. 46, Tel.: 8618135

AG 7 Patriarchat in den nicht-kapitalistischen Gesellschaften, Ute Narten, 1 Berlin 12, Kantstr. 46, Tel.: 3137540, Franciska Grosser, 1 Berlin 30, Kantstr. 57, Tel.: 3245361

AG 8 Wachstums-, Technik- und Konsumkritik bei Bahro, Marianne Hausleitner, 1 Berlin 62, Fritz Reuter Straße 7, Tel.: 7844159

AG 9 Die Aufhebung der Arbeitsteilung und die Rolle des Staates auf dem Weg zur sozialistischen Veränderung, Diana Dolinaj, 1 Berlin 36, Manteuffelstr. 100, Tel.: 6122196

Das Komitee will den Teilnehmern jeweiliger Arbeitsgruppen rechtzeitig die erstellten Arbeitspapiere zuschicken. Deshalb bittet es darum, sich ab sofort anzumelden (Name, Adresse, AG) bei:

Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros, c/o Jerry Hodges, Fritz-Reuter-Str. 3, 1000 Berlin 62, Tel.: 030/7825438

Der Unkostenbeitrag für die Teilnahme beträgt DM 10,--. Zur Abdeckung der hohen entstehenden Kosten bittet das Komitee um Spenden auf das Konto: Postscheckkonto: 2517 3-103 Berlin-West, Hajo Cornel – Sonderkonto.

LERRYN

Dieter Hildebrandt: "Unter den deutschen Liedermachern ist Lerryn der Hecht im Karpfenteich!"

Georg Kreisler über die LP Goya malt Karl IV: "Wer, wie ich, einigermaßen verzweifelt ist über die Richtung, in die sich unser Globus zur Zeit bewegt, den wird diese Platte ermutigen!"

"Lerryn verdient Weltruhm" Stuttgarter Zeitung

1C 066-32 699 1C 266-32 699

EMI ELECTROLA

DM 17,50

antimilitarismus information

Die AMI ist seit 7 Jahren der monatliche aktuelle Informationsdienst für alle Feinde des Krieges.

- MELDUNGEN zu BW, Nato, Etats, Waffenhandel, Rüstungsökonomie, KDV, Zivildienst etc.;
- JURISTISCHE NEUIGKEITEN zu KDV-Recht, ZD-Recht, Soldatenrecht;
- THEMEN, LITERATUR: Artikel über (Anti-) Militarismus; Buchbesprechungen u.a.
- FRIEDENSARBEIT: Tips, Berichte, Ideen.

Pro Jahr 3 Doppelhefte; u.a. über 'Frauen & Militär', 'Ökologie & Militär', 'Waffenhandel'

Probeexemplar bei: Brigitta Gründing, Nördl. Auffahrtsallee 20, 8000 München 19

GEGENPOL
itische Unterdrückung

Info für die Unterstützer des 3. Russell-Tribunals

Nummer 1 herausgegeben in Westberlin

GEGENPOL
will ein Diskussionsforum für die Unterstützer des 3. Russell-Tribunals sein.

GEGENPOL
wird ab September 1978 monatlich in Westberlin erscheinen.

GEGENPOL
bringt Informationen, Materialien und Analysen
- zu den Themen des Russell-Tribunals: Berufsverbote, Zensur, Verfassungsschutz, Strafverfahren;
- zu den bündnispolitischen Problemen im Rahmen des demokratischen Kampfes;
- zur praktischen Arbeit der lokalen Unterstützergruppen des Tribunals;
- zur Perspektive der Antirepressions-Arbeit über das Tribunal hinaus.

GEGENPOL
ist ab Ende September erhältlich:
- über die lokalen Unterstützergruppen, **Preis pro Nummer DM 1,–**
- beim linken Buchhandel: **Preis DM 1,50**
- über die Adresse der Redaktion: GEGENPOL, c/o DH/Aktionskomitee Altensteinstr. 59, 1000 Berlin 33 **Preis DM 1,– plus Porto** DM –,50 in Briefmarken

nehmer ehrlicherweise noch vor Beginn des Treffens informiert worden. Vom verbleibenden inhaltlichen Angebot her standen die angereisten Genossen in ihrer Erwartung, etwas zu lernen, allerdings an den beiden Wochenenden sehr unterschiedlichen Bedingungen gegenüber. Am 8./9.9. saßen immerhin genügend Leute in der gemeinsamen Diskussionsrunde und in den Arbeitsgruppen, die bereit und in der Lage waren, soviel an klärenden und weiterführenden Beiträgen zum Thema einzubringen, daß gemeinsames Lernen ermöglicht wurde. Am zweiten Wochenende standen wir den zu bearbeitenden Problemen streckenweise völlig ohne Material und ohne Leute mit weiterführenden Fachkenntnissen gegenüber. Nachdem wir das Unbefriedigende einer Diskussion auf dieser Ebene genügend ausprobiert hatten, haben wir für den Rest des Sonntags den Sommer der Schule vorgezogen.

Was war nun der Inhalt der Sommerschularbeit? Niemand wird von diesem kurzen Artikel einen umfassenden Überblick über die Arbeitsschritte und -ergebnisse erwarten. Es können lediglich ein paar Schwerpunkte skizziert werden, die aufzeigen, in welcher Richtung die Sommerschüler in den Arbeitsgruppen gefragt haben und wo sie Perspektiven für die Weiterarbeit sahen.

Arbeitsgruppe: **Einige Zielvorstellungen gegen die DGB-Vorstellungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung**

Wir begannen damit, von der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte aus die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit zu analysieren. Der DGB verzichtet in seinen "Vorschlägen ..." auf eine gründliche Krisenanalyse. Das gestattet es ihm, Vorschläge zur Erreichung der Vollbeschäftigung zu machen, deren Aussichtslosigkeit klar auf der Hand liegt. Wie kann z.B. Wachstum aus der Krise herausführen, wenn Überakkumulation und Überproduktion zu ihren wesentlichen Ursachen zählen. Oder wie will der DGB verhindern, daß eine an sich begrüßenswerte Massenkaufkraft die Unternehmer zur erhöhten Rationalisierung anregt? Selbst die attraktive Forderung nach Arbeitszeitverkürzung muß nach der Logik des Kapitals die Unternehmer nur anspornen, durch verschärften Leistungsdruck und durch Rationalisierung ihre Gewinne zu sichern. Dem gegenüber erscheint es uns sinnvoll, die Forderung nach **Reduzierung der Arbeit** in die Diskussion zu bringen. Diese Forderung stellt den gesamten kapitalistischen Arbeitsprozeß in Frage. Die Fragen, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist und wie sie auf alle gleichmäßig verteilt werden kann, die Probleme von Verteilung und Planung und nicht zuletzt die Möglichkeit der Kontrolle über die Arbeitsorganisation und den gesamten Produktionsprozeß müssen hierbei diskutiert werden.

Arbeitsgruppe: **Arbeit mit Arbeitslosen**

Die SB-Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung und Existenzbedrohung sollte keinesfalls als kurzfristige Kampagne geplant werden, die danach von anderen Vorhaben abgelöst werden kann. Sie muß langfristig in die SB-Arbeit eingebaut werden. Dafür sind gründlichere Untersuchungen über Arbeitslosigkeit, über ihre psychischen Auswirkungen und über die Möglichkeiten alternativer Arbeitskollektive notwendig (evtl. Rotarbeitsprojekte). Die Arbeitslosen selber erleben ihre Lage vorwiegend als Übergangszustand, aus dem sie herausstreben. Daher sind sie an einer Mitarbeit in reinen Arbeitslosengruppen nur selten interessiert. Der Schwerpunkt längerfristiger SB-Aktivität sollte deshalb eher darin liegen, die Arbeitslosen zusammen mit den Beschäftigten zu erreichen. Die spezielle Arbeitslosenarbeit würde sich dementsprechend auf gezielte Hilfsprojekte wie die Beratung in Behördenfragen oder Unterstützung alternativer Arbeitskollektive beziehen.

Wachsende Bedeutung wird dem Komplex der Gegenöffentlichkeit über alle Fragen der Arbeitslosigkeit zukommen. Gegenöffentlichkeit kann im Vergleich zu den 50er Jahren davon ausgehen, daß heute das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise in seiner Unvernünftigkeit und Inhumanität nackter hervortritt. Das Auseinanderklaffen von verschärftem Leistungsdruck am Arbeitsplatz und zunehmender Arbeitslosigkeit zeigt den Ausbeutungscharakter der Arbeit unverhüllter. Die Fragen nach alternativer Ökonomie werden so zunehmend zu aufbrechenden Fragen auch der Arbeitslosen.

An diesem Punkt flossen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen. Bei der Formulierung eigener Strategien gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen ebenso wie beim Aufbau von Gegenöffentlichkeit, die wirklich Perspektiven aufzeigt, liegt die Hauptarbeit noch vor uns. Diese Arbeit kann weder kurzfristig noch laienhaft geleistet werden.

Viele wichtige "Kleinigkeiten" gehören noch zur Sommerschule: Grillkoteletts, Urlaubsberichte und Lieder zur Gitarre. Sie trugen wohl mit dazu bei, daß die Teilnehmer sich fürs nächste Jahr eine verbesserte Sommerschule erhoffen, die das allgemeine "Nein, danke" zur "Sommerschule, ja bitte" werden läßt.

ILSE HÜNDORF

Arbeitstreffen Musiker

Der ADM (Arbeitskreis demokratischer Musiker) veranstaltet vom 27.-29. Oktober ein Arbeitstreffen in Kassel. Dabei geht es zum einen darum, daß verschiedene Möglichkeiten des Musikmachens (rote Blaskapelle, Toncollagen, Eigenproduktionen in der Schule) vorgestellt und gemeinsam erarbeitet werden, zum anderen um die Einarbeitung in die Materie einer "materialistischen Musikgeschichte". Das Ganze wird sehr praxisnah ablaufen.

Außerdem geben wir Unterrichtseinheiten heraus: UE Blues & Rock'n roll 6,--DM, UE-Shanties 3,--DM (Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung/Briefmarken). Tagungsanmeldung u. Näheres zum ADM bei: ADM c/o Hinnerick Bröskamp, Graelstr. 4, 44 Münster, Tel. 0251/44724.

Werbung einmal anders

Reklameflächen müssen nicht der Konsumgüter-Industrie überlassen bleiben. Manfred Spiess, Plakat-Designer aus Düsseldorf, realisiert schon seit 1976 die Idee, über Plakatwände eigene politische Aussagen öffentlich zu machen. Für Leute, die es ihm nachtun wollen, gibt er folgende Tips:
Den Vermieter erfährt frau/man aus dem Branchenbuch (Plakatanschlag) oder über das Hinweisschild an der Plakatwand. Dort ruft man an und erkundigt sich nach der Dekade (zehn Tage), die für eine Vermietung in Frage käme, denn die Wände werden nur dekadenweise vermietet zum bundeseinheitlichen Preis von DM 5,50 pro Tag. Sagt der Unternehmer zu, trifft man alle Vereinbarungen nur schriftlich mit Einschreiben. Das ist sehr wichtig, weil sonst bei eventuellen Querelen keine Rechtsansprüche geltend gemacht werden können. Hinzu fügt man noch einige andere Hinweise, die unbedingt in den Brief gehören: Man will die Fläche selbst gestalten, hat also eigene Plakate, und bittet darum, die Fläche zum gegebenen Zeitpunkt weiß überklebt vorzufinden (das kostet keinen Pfennig zusätzlich). Außerdem verspricht man, die Fläche nicht zu beschädigen.
Bei der Gestaltung darf man nie vergessen, daß die Botschaft mediengerecht sein muß, also großflächig und plakativ. Großfotos und Siebdruckverfahren empfehlen sich aufgrund der hohen Kosten nicht. Bei der Methode, die Spiess sich hat einfallen lassen, kostet die Wand nur ungefähr DM 50,--. Man schneidet Buchstaben aus, die man vorher mit Letraset abgerieben hat, und klebt sie auf. Man kann aber auch malen oder sprühen. Die Wetterbedingungen sollte man keinesfall unterschätzen. Deshalb empfiehlt es sich – vorausgesetzt man hat eine Wand von 2,60 Meter mal 3,60 Meter zur Verfügung – das gesamte Plakat zu Hause zu erstellen. Dazu nimmt man neun DIN A 0- (84 mal 120 cm) oder 18 DIN A 1-Bögen (84 mal 60 cm), klebt sie locker mit Tesafilm zusammen, numeriert jedes Blatt und hat jetzt genug Zeit, die Gesamtfläche in Ruhe zu gestalten. Bezieht man am Tag selbst Kinder und Passanten in die Gestaltung ein, muß man mindestens mit zwei Stunden Dauer rechnen.
Spiess ist ein eifriger Verfechter der Dokumentation. Wenn Bürgerinitiativen gleiches täten, wäre er begeistert. Am besten sollte man sofort nach Fertigstellung der Wand ein Foto an die Presse geben, denn ein Foto in der Zeitung bedeutet dasselbe, als hätte man 1000 Plakatwände gestaltet – ein Foto im Stern oder Spiegel sogar, als hätte man 100.000 Wände gemietet. Also: Botschaft via Plakatwand via Zeitung.
(leicht gekürzt aus Blatt, München)

Beispiel einer "Reklamefläche" von Manfred Spiess

Alternativzeitungen stellen sich vor: Interview mit Spökenkieker Kiel

Wir tanzen und spielen: Volkstanzgruppe Adelante (S.5)

Spökenkieker

KIELER STADTZEITUNG · BÜRGERINITIATIVEN BERICHTEN

Massenentlassungen bei ELAC

Das Management versagte! Arbeiter berichten.

Besonders die im Phono - Bereich beschäftigten Kolleginnen sind von den Entlassungen bedroht. Redaktionsmitglieder des "Spökenkieker" haben mit den Kolleginnen von ELAC gesprochen. Nach diesem Gespräch haben wir den folgenden Bericht zusammengestellt.

Erneut sollen etwa 300-400 Arbeitsplätze in Kiel vernichtet werden. Erneut wieder überwiegend Arbeitsplätze für Frauen.
Es sind noch keine 6 Monate her, da haben die letzten in der Strumpfproduktion beschäftigten Frauen bei Tilly ihre Arbeitsplätze verloren. Einige dieser Frauen konnten bei ELAC anfangen. Jetzt wiederholt sich für sie, was sie bereits bei Tilly erlebt haben.

Der 10.Februar wurde für die ELAC-Belegschaft zum "Schwarzen Freitag". Viele Kolleginnen mußten -oft erst aus dem Rundfunk oder aus der Sonnabendzeitung- erfahren, daß die Firmenleitung der ELAC einen Vergleichsantrag beim Amtsgericht in Kiel gestellt hatte. Die Direktion der ELAC hat damit die Verantwortung für ihre Geschäftsführung an einen durch die Gläubiger bestellten Rechtsvertreter abgegeben.

Die Kapitalverluste werden sich für die 19 Kieler Familien, deren Eigentum die ELAC ist, in Grenzen halten. Ihre Lebensverhältnisse brauchen sie ohnehin nicht zu verändern. Es wurde sogleich geplant, aus der alten ELAC zwei neue Firmen zu machen: eine für die Produktion nautischer Geräte und eine für den Phonobereich.

Dabei sind dann aber genau 300-400 Arbeitsplätze von den jetzt 1000 "übrig". Diejenigen, die sich in der Folge dieser Umstrukturierung persönlich einschränken müssen, sind alleine die von den Entlassungen betroffenen Kollegen.

Die Belegschaft bekam am Montag, den 13.Februar sehr schnell zu spüren, woher jetzt der Wind weht.

Mit der Rücksichtnahme bei sozialen Härtefällen konnte die Belegschaft jetzt nicht mehr rechnen. Auch vor der Entlassung von Kollegen, die älter als 55 Jahre sind, konnte nicht mehr halt gemacht werden, obwohl ihre Weiterbeschäftigung bis zum Rentenalter tarifvertraglich abgesichert ist.
Die Angriffe der neu bestellten Firmenvertreter blieben aber nicht unwidersprochen. Einzelne faßten den Ärger der Belegschaft zusammen, wenn sie unter lautem Beifall sagten: "Ihr könnt uns doch nicht für dumm verkaufen!"

An den roten Zahlen sollte die Belegschaft auch Schuld sein. Öffentlich macht die Firmenleitung die japanische Konkurrenz für die Verkaufsprobleme mit ELAC-Plattenspielern verantwortlich (Die ELAC selbst hat aber

Fortsetzung Seite 2

Erich Fried in Kiel

Hexenjagd gegen einen Dichter

Erich Fried las und diskutierte in Kiel. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Februar sprach er vor vollen Sälen. Seit über zwei Jahrzehnten hat er sich in Deutschland einen Namen als Verfasser einprägsamer Gedichte und kurzer Prosatexte gemacht.

Seit zehn Jahren tritt er immer engagierter für die Verteidigung demokratischer Prinzipien und gegen die Verfolgung Andersdenkender auf. Nun ist er selbst einer Hexenjagd ausgesetzt. Der bayrische Kultusminister Meier (CSU) verbietet [illegible] mit Fried Gedichten. der Bremer [illegible]

Fraktionsvorsitzende Neumann möchte 'diese Gedichte lieber verbrannt sehen', als in der Schule gelesen. Immer wieder wird er böswilligen Mißdeutungen seiner Absichten ausgesetzt. Um zu einer Klärung beizutragen, bringen wir Auszüge aus einer Kieler Diskussion mit Erich Fried.

Auszüge aus der Diskussion

Glaubst du das z.B. dein hartes Urteil über Buback in deinem Gedicht "Auf den Tod des Generalbundesanwalts Sigfrid Buback" (Siehe Text auf Seite [illegible]) von Leuten, die nichts über ihn wissen, verstanden wurde, weil sie ja nicht wissen, was er gemacht hat?

E.F. Man kann in einer Gesellschaft, in der Antagonismen es mit sich bringen, daß Menschen aneinander vorbeireden, teilweise aus sorgfältig gepflegtem falschem Bewußtsein, mit einem Gedicht nicht schaffen, daß alle Menschen es gleich verstehen. Dieses Gedicht wurde von linken Gruppen sehr oft veröffentlicht im Zusammenhang mit Daten über Buback und seine Tätigkeiten. Ein Gedicht muß ja nicht alleine stehen.

Fortsetzung Seite 2

Die Kinder sind die Leidtragenden

Skandalöse Zustände im Kinderheim Steffen

In letzter Zeit ist festzustellen, daß die Problematik der öffentlichen Erziehung wieder zunehmend ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückt. In Kiel ist z.B. die Veranstaltung zum Thema: Heimterror und Gegenwehr zu nennen, die sehr gut besucht war. Der Spökenkieker wird sich in nächster Zeit eingehend mit der Situation in den Heimen im Kieler Raum beschäftigen. Aus aktuellem Anlaß berichten wir diesmal über Vorgänge im Kinderheim Erwin Steffen, Baumweg 11, Kiel.

Dies ist ein privates Kinderheim. In der Einrichtung befinden sich zwischen 20 und 25 Kinder, die von ca. 12 Pädagogen betreut werden. Seit Anfang des Jahres hat sich in diesem Heim eine Entwicklung zugespitzt, in der ein Konflikt zwischen dem Träger und der Mehrheit der angestellten Pädagogen sich dahin entwickelt hat, daß etwa 3/4 der Belegschaft entweder gekündigt oder zur Kündigung getrieben worden sind.
An diesem Beispiel wird deutlich, wie ein privater Erziehungsunternehmer ohne Rücksicht auf Verluste seine Interessen und Vorstellungen seinen Angestellten gegenüber in rigoroser Weise durchsetzt. Der Träger beendete die pädagogische Diskussion über die weitere Entwicklung des Heimes auf die Weise, daß er die Mitarbeiter per Änderung des Arbeitsvertrages auf seine Vorstellungen ganz einfach festlegen wollte.
Die Kollegen hatten genau vier Tage Zeit zu dieser Vertragsänderung schriftlich Stellung zu nehmen. Als sie nach Ablauf dieser Viertagesfrist darauf hinwiesen, daß sie noch keine Zeit gefunden hatten, um die rechtliche Lage zu klären, und aus diesem Grunde eine Stellungnahme nach so kurzer Zeit ablehnten, reagierte der Träger mit der exemplarischen Kündigung eines Kollegen. Andere erhielten einen schriftlichen Verweis wegen einer "Dienstverfehlung".

Neun der insgesamt zwölf Erzieher machten daraufhin auf die pädagogischen Auswirkungen einer solchen Kündigung aufmerksam, zumal der Wechsel in diesem Heim außerordentlich hoch ist. Eine gleichförmige Erziehungsarbeit bei ständigem Wechsel der Bezugspersonen ist unmöglich.

Hausverbot für Mitarbeiter

Der Träger lehnte jede Diskussion über die Kündigung ab. Wenig später wurde ein weiterer Mitarbeiter beurlaubt und mit Hausverbot belegt. Weitere Kollegen versuchte er massiv zu verunsichern und teilweise zu bedrohen. So bekundete er bei einer Dienstbesprechung, daß ganze Heim zum 1.4.78 zu schließen. Den Praktikanten drohte er mit Bestrafung über die Schule etc. Am Freitag den 17.2. sprach er allen, die die Erweiterung des Arbeitsvertrages nicht

Fortsetzung Seite 2

Inhalt:

Bernd Perlbach in den Stadtrat	S. 3
Stadt entläßt Krankengymnasten	S. 4
Karneval behinderter Kinder	S. 4
Kieler Initiativen-Adressbuch	S. 5
Kinopreise	S. 6
Die "Gelbe Ecke" soll weg	S. 7
Kieler Bürger verschwunden	S. 8

Könnt Ihr zunächst einmal schildern, wie der Spökenkieker entstanden ist?
Volker: Entstanden ist die Zeitung aus einem Zusammenschluß von Bürgerinitiativen in Kiel, die sich in einem Arbeitskreis zusammengetan hatten. Dort wurden gemeinsame Probleme besprochen und Aktionen geplant. Aus unserer Situation in Kiel, daß praktisch eine große Tageszeitung, Die Kieler Nachrichten (KN), ein absolutes Nachrichtenmonopol hat, und Aktivitäten von Bürgerinitiativen da überhaupt nicht vorkommen, entstand das Bedürfnis, selber eine Zeitung zu machen. Wir wollten uns damit ein Organ schaffen, wo wir die Konflikte, die von der Tageszeitung unterdrückt werden, artikulieren können. Aus diesem Arbeitskreis hat sich dann Ende 1976 eine Redaktion aus ca. 10 Leuten gebildet, die dieses Projekt in Angriff genommen hat.
Wie organisiert Ihr die Arbeit in der Redaktion?
Volker: Wir treffen uns jede Woche einmal zur Redaktionssitzung. Dort werden die Artikel besprochen oder geplant, die Konzeption der Zeitung festgelegt, Umbruch und Vertrieb organisiert usw.
Wie sieht es bei Euch mit der Arbeitsteilung aus? Habt Ihr Leute, die professionell bestimmte Sachen machen?
Jens: Nein. Wir sind alles Freizeitredakteure und stellen die Zeitung kollektiv her. Es gibt keine scharfen Abgrenzungen zwischen verschiedenen Arbeitsbereichen. Es gibt bei uns zwar Leute, die einzelne Bereiche abdecken, aber im Prinzip ist es so, daß wir alle Redakteure sind, und daß wir uns auch alle an technischen Sachen beteiligen. Nur der Druck ist ausgelagert. Den machen wir nicht selbst.
Doris: Eigentlich ist interessant, daß keiner professionell die Arbeit vorher kannte. Und daß es doch so gelaufen ist, daß man eine Zeitung machen kann, mit Bildern und mit lay-out usw., war für uns eine wichtige Erfahrung.
Jens: Trotzdem wäre es gut gewesen, wenn man sich bestimmte Fähigkeiten auch gezielt angeeignet hätte, denn bei uns ist im technischen Bereich auch unheimlich viel Mist gebaut worden.
Klaus: Eigentlich kann man nicht sagen, daß wir da eine völlig einheitliche Konzeption haben. Es hat von Anfang an bis heute zwei verschiedene Vorstellungen gegeben. Die einen, die stärker darauf drängten, durch eine stärkere Arbeitsteilung, daß man sich bestimmte Spezialfähigkeiten anlernt, um dadurch die Arbeit effektiver zu machen und die andern, die darin auch so einen emanzipatorischen Effekt sahen, daß jeder doch ruhig alles machen sollte, auch auf Kosten einer zeitweilig minderen Qualität der Zeitung.
Wie organisiert Ihr den Vertrieb?
Volker: Der Vertrieb ist eine unserer schwächsten Stellen. Es stellt sich meistens so dar, daß wir vom Herstellungsprozeß, von den Recherchen

Von Samstag, 14.10.78, 14 Uhr bis Sonntag, 15.10.78, 14 Uhr lädt das Arbeitsfeld Antimilitarismus im SB zum 3. Bundestreffen ins Bürgerhaus Kalbach/Frankfurt a.M. ein. Thema: Die Situation im Zivildienst und unsere politischen Handlungsmöglichkeiten
Auf Eure Anmeldung im Offenbacher Büro erhaltet Ihr gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5,-- (am besten in Form von Briefmarken der Anmeldung beilegen!) einen umfangreichen Reader (ca. 120 S.). Da die Kenntnis der Papiere bei der Diskussion des Bundestreffens vorausgesetzt wird, meldet Euch bitte umgehend an.

kleinanzeigen

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(10/39) **A 4** Offset-Druckmaschine (RKL) und **A 3 Offset-Druckmaschine** (R 30 S) Rotaprint zu verkaufen, kann im Betrieb besichtigt werden. SOAK, Am Taubenfelde 30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/17618

(10/40) Suche Zimmer in **WG in Hamburg** ab Oktober. Uli Wyrwa, z.Zt. in Rom. Hinweise bitte an Sozialistisches Büro

(10/41) SB-Genosse, Lehrer, sucht in **Hameln** Diskussions-, Arbeits-, Freizeitkontakt, evtl. WG, Tel. 05102/3532 (Bernhard)

(10/42) Erfahrungsaustausch mit Lehrerinnen und Lehrern gesucht, die mein Buch **"Schulangst"** im Unterricht oder in der Elternarbeit verwendet haben. Horst Speichert, Klopstockstr. 5, 6200 Wiesbaden

(10/43) Suche WG in Westberlin, bin 22 J./m., z.Zt. noch in Braunschweig und will an der FHS (Sozialpädagogik) studieren. Möchte mit undogmatischen linken, aber nicht flippigen Menschen zusammenleben. Schreibt bitte unter Chiffre 10/43 an Sozialistisches Büro

TERMINE

- 8.-15. Oktober **3. Frauen-Uni** in Westberlin zum Thema "Frauen und Mütter". Information Sybille Völker, Uhlandstr. 78, 1 Berlin 31, Tel. 030/872627
- 20.-22. Oktober 1978 **2. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen** in Nürnberg. Anmeldung: IZ3W, Weißenburgerstr. 23, 46 Dortmund 1
- 20.-22. Oktober **2. Arbeitstagung zum Thema "Familienfürsorge"** in Frankfurt. Anmeldung: Arbeitsfeld Sozialarbeit, Postfach 591, 605 Offenbach
- 20.-22. Oktober **"Ziele und Chancen studentischer Politik"** in Bonn-Mehlem
- 10.-12. November **"Ende des Studiums, Arbeitslosigkeit und alternative Projekte"**
- 24.-26. November **"Frau und Wissenschaft"** Nähere Informationen zu diesen Veranstaltungen: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn
- 27.-29. Oktober Arbeitstreffen des ADM (Arbeitskreis Demokratischer Musiker. Anmeldung: Hinnerick Bröskamp, Graelstr. 4, 44 Münster, Tel. 0251/44724
- 27.-29. Oktober in Frankfurt **"Nationaler Kongreß der Büroarbeiterinnen".** Anmeldung: Frauenzentrum Eckenheimer Landstr., 6 Frankfurt, Tel. 0611/596218
- 24.-26. November in Köln **"Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern.** Anmeldung: Dr. Carola Möller, Herwarthstr. 22, 5 Köln 1, Tel. 0221/731037
- 28.10.-1.11. **9. Überregionales Treffen von Berufsschullehrern und -studenten.** Anmeldung: bis spätestens 18.10. an Lui Kron, Nr. 83, 7181 Satteldorf
- **Tagungen der AG SPAK**

14.-15. Oktober "Zeitungsseminar" in Beulich
3.-5.11. "Alternativen in der Knastgruppenarbeit" in Bempflingen
18.-19.11. Provinzseminar in Beulich
17.-19.11. Steuerrechtliche Fragen für sozialpolitische Arbeitskreise und Alternativprojekte
15.-17.12. Zur Übertragbarkeit der Freire Methode in Melle
25.12.-5.1.1979 Skifreizeit in Österreich
Anmeldung und nähere Informationen bei AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

STELLENANGEBOTE/-SUCHE

(10/27) **Volljurist** (Arbeitsrecht) sucht Kontakt zu Juristen im Raum LP, GT, BI, PB um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, speziell Mitarbeit in Anwaltsbüro oder Gründung eines Büros. Anfragen unter Chiffre 10/27 an Sozialistisches Büro

(10/28) Die **Sozialistische Jugend – Die Falken – Bezirk Hannover** suchen zum 1.11.78 eine(n) Organisationssekretär(in); Bewerberkreis: Sozialarbeiter, kaufm. Angestellter, Anwaltsgehilfin etc. Bewebung an: SJD-Die Falken, Walderseestr. 100, 3 Hannover

(10/29) Aktion Straffälligenhilfe sucht für WG mit jugendlichen Strafentlassenen engagierte(n) **Sozialarbeiter(in)**; Anfragen an Sozialistisches Büro, Chiffre 10/29

(10/30) **Werkschule Berlin e.V.** sucht für sofort eine Frau mit Erfahrungen in der Jugendarbeit, die längerfristig in einem Projekt mit Jugendlichen zu wohnen und arbeiten bereit ist. Anfragen: Tel. 030/3936688

(10/31) **Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit München** sucht bis spätestens 1.1.79 für die Arbeit im Neubauviertel (Mieterinitiativen, Sozialhilfeproblematik) eine(n) Kollegen(in). Voraussetzung: abgeschlossene Ausbildung in einem pädagogischen bzw. sozialwissenschaftlichen Beruf und Berufs- oder Projekterfahrung. Bewerbung bis 15.10.78 an: Verein GWA, Müllerstr. 53/III, 8 München 5

(10/32) **Autonomes Projekt (Bildungsarbeit)** im Hamburger Raum! Wir suchen Genoss(inn)en mit folgenden Qualifikationen: Bürgerliche Ökonomie, Arbeitsrecht, Psychologie. Bitte schnell melden! Anfragen an Sozialistisches Büro

(10/33) **Abenteuerspielplatz** sucht 2 Mitarbeiter(innen) für die Arbeit mit Zigeunern; erwünscht: Sozialarbeiter/Pädagogen/Erzieher mit Engagement und Kooperationsbereitschaft; Bewerbungen an: ASP-Initiative Martinsburg, Postfach 1131, 4500 Osnabrück

(10/34) **Sozialpädagogin** (25), Berufserfahrung, sucht Arbeit im Raum München zum 1.1.79 oder später. Irmi Steinmetz c/o Reischmann, Alban-Stolz-Str. 18, 78 Freiburg, Tel. 0761/508874

(10/35) **Dipl. Pädagogin** (27), Sonder-/Sozialpäd., GT-Ausbildung, an Familientherapie interessiert (bisher Behindertenarbeit, JVA, Psychiatrie) sucht Stelle im Bereich Beratung oder Sozialpsychiatrie im Raum Postleitzahl 5 oder 6; Sabine Schönenberg, Rheinstr. 34, 62 Wiesbaden, Tel. 06121/378357

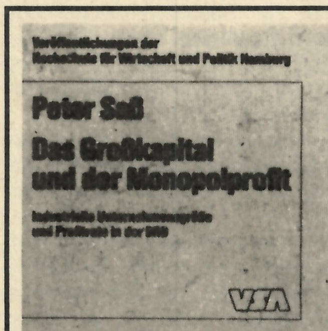
(10/36) Sozialpädagoge sucht zum 1.2.79 komb. ZDL/Berufsanerkennungsstelle, 6 Jahre Erfahrung in Jugendverbandsarbeit, Jugendzentren. Angebote an Sozialistisches Büro, Chiffre 10/36

(10/37) **Sozialarbeiterin** (25) sucht Stelle für Anerkennungsjahr ab Februar 1979. Margot Recker, Wolbeckerstr. 249, 44 Münster, Tel. 0251/316503

(10/38) **Sozialpädagogin** sucht Stelle im Großraum Bremen, bevorzugt im Bereich Jugend- und Erwachsenenbildung. Zuschriften an Ingrid Schieder, Meuschelstr. 34, 85 Nürnberg, Tel. 0911/352798

erscheint sechsmal im Jahr (zweimonatlich oder 5 Hefte + 1 Doppelheft) mit einem Heftumfang von ca. 170 Seiten. Preis des Einzelheftes DM 9,–
Jahresabo: DM 44,–

VSA-Verlag
Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26



DM 9,80

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Agnes Heller
Philosophie des linken Radikalismus
Ein Bekenntnis zur Philosophie
196 Seiten; Paperback; DM 18,–

Agnes Heller
Theorie der Bedürfnisse bei Marx
160 Seiten; Paperback; DM 12,80

VSA, Eiffestr. 598, 2 HH 26

und dem Schreiben der Zeitung so beansprucht sind, daß kaum mehr Kraft für den Vertrieb da ist. Und das bereitet uns ganz erhebliche Probleme. Wir haben einmal Probleme damit, bestimmte Stadtteile mit Zeitungen zu versorgen, so daß wir in vielen Bereichen nicht präsent sind, und die andere Seite ist die finanzielle, da wir durch mangelhaften Vertrieb noch immer bei jeder Nummer in finanziellen Schwierigkeiten stekken und gerade das Geld zusammenkratzen, daß wir die nächste Nummer finanzieren können.

Verkauft Ihr auch über Kioske?

Volker: Ja. Wir haben ungefähr 40 Kioske bzw. Geschäfte, über die der Verkauf läuft. Darüber wird aber nur ein geringer Teil der Auflage vertrieben. Das meiste verkaufen wir im Handverkauf auf der Straße, in Kneipen und auf Veranstaltungen.

Ihr habt zu Anfang dargestellt, daß Eure Zeitung aus den Bürgerinitiativen hervorgegangen ist. Wie sieht heute Euer Verhältnis zu den Bürgerinitiativen aus?

Klaus: Das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen hat sich verändert. Das liegt daran, daß diese Bürgerinitiativen im Laufe dieser Jahre schwächer geworden sind und sich auch eingegrenzt haben auf Initiativen, die politisch sehr eng festgelegt sind, so daß wir uns heute gegen unseren Wunsch veranlaßt sehen, uns nicht mehr so sehr auf die Bürgerinitiativen zu stützen, sondern daß wir uns jetzt mehr auf das verlassen müssen, was wir selbst tun, was wir recherchieren, was wir an die Öffentlichkeit bringen können, um dann irgendwann mal wieder dazu beitragen zu können, daß auch eine Initiativbewegung stärker wird. Da durchleben wir im Augenblick eine gewisse Durststrecke.

Jens: Ganz so scheint mir das eigentlich nicht zu sein. Wir sind sehr wohl in den Initiativen verankert, aber nicht so, wie wir uns das mal vorgestellt haben, daß diese Initiativen die Zeitung hauptsächlich tragen. Immerhin ist es so, daß 50% unserer Zeitung aus Artikeln besteht, die aus Bürgerinitiativen kommen und wir bisher nur zum Teil darauf angewiesen waren, Artikel selber zu schreiben.

Volker: Mir scheint ein ganz wichtiger Punkt zu sein, daß wir zu Anfang die Vorstellung hatten, daß die bestehenden traditionellen Bürgerinitiativen, die auch in diesem Arbeitskreis waren, wie Initiative ausländischer Arbeitnehmer, Obdachloseninitiative, Jugendfreizeitinitiative und Stadtsanierungsinitiative, daß die relativ starke Säulen wären, die auch die Träger dieser Zeitung sein sollten. Konkret heißt das, daß sie Informationen, Artikel und Nachrichten in diese Zeitung reinbringen, uns vielleicht beim Herstellungsprozeß ein bißchen helfen, aber auch diese Zeitung weiter vertreiben und als Mittel, womit sie arbeiten, gebrauchen. Diese Situation, die zu Anfang teilweise bestand, hat sich gewandelt, weil mit dem Abbau der allgemeinen Reformeuphorie diese traditionellen Bürgerinitiativen sehr schwach geworden und zum Teil eingegangen sind, und jetzt ganz andere, zum Teil sehr viel politischere Initiativen entstanden sind, wie die AKW-Bürgerinitiativen. Außerdem war es auch eine Illusion, davon auszugehen, daß so eine Bürgerinitiative, deren Hauptbetätigung es ja nicht ist, an der Zeitung zu arbeiten, ein kontinuierlich stabiler Träger so einer Zeitung ist.

Doris: Um noch mal auf unsere Zeitung zurückzukommen. Als wir angefangen sind, da haben wir gemerkt, daß wir auf keinen Fall ein Mitteilungsblatt, oder ein Koordinierungsblatt für Bürgerinitiativen bleiben können. Wenn man eine Zeitung machen will, dann gehört da noch ein bißchen mehr dazu. Wir mußten dann auch noch andere Dinge mit hineinnehmen. Das war eine Eigengesetzlichkeit, die sich einstellt, wenn man eine Zeitung macht.

Worauf hat sich denn diese inhaltliche Ausweitung bezogen?

Klaus: Etwas, was wir am Anfang wenig im Auge hatten, war die Arbeitslosigkeit. Das ist dann ein Schwerpunkt geworden auf Grund von Entlassungen und Stillegungen mehrerer Kieler Betriebe. Das ist ein Bereich, der vorher von Bürgerinitiativen nicht abgedeckt war.

Wie ist diese Berichterstattung gelaufen? Hat es da Kontakte mit Leuten aus Betrieben gegeben?

Klaus: In der Regel ist das über persönliche Bekanntschaften gelaufen.

Doris: Wenn wir nicht das Glück gehabt hätten, daß man aus den Betrieben jemand kennt, dann wäre schwer daran zu kommen gewesen.

Neue Stadtzeitungen und Volksblätter

In der "links"-Ausgabe Februar 1977 haben wir eine erste Zusammenstellung von Adressen alternativer Stadtzeitungen und Volksblätter veröffentlicht. In der Zwischenzeit hat es eine ganze Reihe weiterer Neugründungen gegeben, u.a.:

- **Spökenkieker – Kieler Stadtzeitung,** J. Myrau, Walkerdamm 14-16, 23 Kiel
- **Delmenhorster Rundschau,** Rundschau-Büro, Langestr. 7/9, 287 Delmenhorst
- **Bremer Blatt,** Kohlhökerstr. 51, 28 Bremen
- **Zeitung für die Wedemark,** H. Müller, Am Husalsberg 2, 3002 Wedemark 14
- **Nordwind – Zeitung für Oldenburg und Umgebung,** Redaktion c/o Alhambra, Hermannstr. 83, 29 Oldenburg
- **HIERO ITZO – Zeitschrift für Göttingen,** Verein zu Förderung kultureller Kommunikation, Burgstr. 24, 34 Göttingen
- **Marburger Zeitung – Sprachrohr für alle, die sonst kaum zu Wort kommen,** Am Erlengraben 12 a, 355 Marburg
- **Waltrop-Dattelner Volksblatt – Pottkieker,** Hans-P. Hoffmann, Taeglichsbeckstr. 34, 4355 Waltrop
- **Ömmes – Viersener Volksblatt,** Dieter Kempe, Brabanter Str. 196, 406 Viersen 11
- **De Schnüss – Stadtzeitung in Bonn,** Verein zur Förderung alternativer Medien, Postfach 301007, 53 Bonn 3
- **Oberbergisches Volksblatt,** Eisenbahnstr. 6, 522 Waldbröl-Hermesdorf
- **Lott jonn – Bürgerzeitung für Mönchengladbach und Rheydt,** H.R. Hubbes, Eichenstr. 17, 405 Mönchengladbach 2
- **Frankfurter Informationen – Politik und Kultur in Rhein-Main,** Liebigstr. 24, 6 Frankfurt
- **Elefanten Klo – Nachrichten von unten für Gießen und Umgebung,** c/o AStA, Leihgesterner Weg 16, 63 Gießen
- **Wetzlarer Stadtzeitung,** Peter Großhaus, Alte Chausee 4, 6331 Werdorf
- **Filderbütter – Stadtzeitung für Filderstadt,** Emil-Kemmler-Weg 11, 7024 Filderstadt 1
- **Plärrer – Stadtmagazin für Nürnberg-Fürth-Erlangen,** Roonstr. 13, 85 Nürnberg
- **Podium – Augsburger Alternativzeitung,** Mittlerer Graben 29 a, 89 Augsburg

Neue Broschüren des Sozialistischen Büros

In der vom SB im Verlag 2000 GmbH herausgegebenen Broschürenreihe – Zur Geschichte der Arbeiterbewegung– ist jetzt das Heft 3 "Sozialistische Linke nach dem Krieg" erschienen. Es handelt sich um eine Dokumentation von Beiträgen aus der Zeitschrift "funken", die von 1949 bis 1956 erschien. Die "funken" waren ein linkssozialistisches Diskussionsorgan, eine der wenigen Publikationen dieser Art in der Zeit des Kalten Krieges und diejenige, die am längsten lebte. Treibende Kraft der Zeitschrift war Fritz Lamm, der auch – zusammen mit Heinrich Schwing – selbst noch die vorliegende Auswahl bestimmt hat. Das Heft konzentriert sich auf solche Beiträge aus den "funken", die der Auseinandersetzung in und mit der SPD galten, ein Problem, dem Fritz Lamm zentrale Bedeutung zugemessen hat. Neben Fritz Lamm selbst kommen Fritz Opel, L.A. Jensen, Heinz Abosch und Wolfgang Abendroth zu Wort. Wir können aus dieser "funken"-Dokumentation gerade deshalb Aufschlüsse über die Geschichte der Linken gewinnen, weil hier nicht aus dem Nachhinein dargestellt wird, sondern aus der Zeit heraus geschrieben ist, eingeschlossen auch die Erwartungen und Versuche von Linkssozialisten, die historisch nicht zum Zuge kamen.
240 Seiten, broschiert, DM 10,--.

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 21
Einfachnummer, 80 Seiten, DM 5,--
Schwerpunktthema: Familienfürsorge – Aus dem Alltag der Sozialarbeit
Im März 1978 fand in Frankfurt eine überregionale Tagung des Arbeitsfeldes Sozialarbeit zum Thema "Familienfürsorge" statt. Die dazu von AKS-Gruppen und einzelnen erarbeiteten Vorbereitungspapiere, die Diskussionsergebnisse der Tagung und vorgelegten Dokumente wurden dann kollektiv von der Arbeitsgruppe "Familienfürsorge" für dieses Heft aufbereitet und verarbeitet.

Der Informationsdienst enthält folgende Beiträge: Organisation und Aufgaben der Familienfürsorge • Staatlicher Auftrag und Funktion des Sozialarbeiters • Spielräume und Veränderungsmöglichkeiten • Der Sozialarbeiter wird an die Kette gelegt • Rationalisierung und Arbeitsintensivierung im Sozialbereich • Methodische und politische Aspekte des Verhältnisses zu den Betroffenen im "Allgemeinen Sozialdienst" • Aus dem Sozialhilfetag • Dokumentation über die Demokratie in einem Amt in einer Großstadt • Sozialarbeit und gewerkschaftliche Organisierung.
Dieser Info dient auch der Vorbereitung auf das 2. Seminar "Familienfürsorge" vom 20.-22. Oktober 1978 in Frankfurt.

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 13
Einfachnummer, 56 Seiten, DM 4,--
Thema: Mediziner-Ausbildung
Auch dieser Informationsdienst ist Ergebnis einer Tagung, zu der das Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Mai nach Gießen eingeladen hatte. Von dieser Tagung wurden folgende Beiträge aufgenommen: Bericht über die Tagung • Medizinische Soziologie in der Medizinerausbildung: Fortschritt oder systemkonforme Integration in die Schulmedizin? – Versuch, eine falsche Alternative zurechtzurücken • Das praktische Jahr – oder der kurze Atem unserer Politik • AO-Novellierung und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ärzteschwemme • Was stimmt nicht mit der gegenwärtigen Ausbildung und was kann man dagegen tun • Außerdem wird in diesem Heft über die Sozialtherapie Frankfurt berichtet: Ein Versuch, mit Psychiatrieentlassenen kollektiv zu leben und zu arbeiten • Weiterhin enthält der Info Kurzberichte und Kommentare über: Mediziner-Basisgruppentreffen in Heidelberg • Medizinische Versorgung in der 3. Welt • Arbeitsgruppen Gesundheitswesen • Gewerkschaftsarbeit • Funkkolleg "Umwelt und Gesundheit" • Anti-AKW-Arbeit in Arztpraxen • Tagungsankündigung "Humanisierung des Gesundheitswesens"

Informationsdienst Schule, Heft 34
Einfachnummer, 64 Seiten, DM 4,--
Schwerpunktthema: Alternative Pädagogik
Die Arbeitsergebnisse der im Juni 1978 in Frankfurt veranstalteten Tagung "Alternative Pädagogik – Strategie für sozialistische Lehrer oder Flucht vor der Realität?" werden in diesem Heft festgehalten. Aus dem Inhalt: Politikformen der pädagogischen Intelligenz in der Krise • Dimension alternativer Pädagogik • Rechtliche Grundlagen der Gründung von Alternativschulen in der BRD • Diskussionsbeitrag zum Thema "Alternativer Pädagogik" • Ende eines Modellversuchs • Gesellschaftliche Lernorte • Normalschule: Ungleichheit und Angst • Hinweise und Kleinanzeigen
Bezug über den Buchhandel oder gegen Vorauszahlung (Gegenwert als Verrechnungsscheck oder in Briefmarken beilegen) direkt über Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Wie ist die Reaktion auf diese Berichterstattung gewesen?
Doris: Eigentlich sehr positiv. Ich meine, daß wir dadurch einen ganzen Teil Leserschaft dazugewonnen haben. Als wir über die Schließung der Vereinbäckerei berichtet haben, ist die Verkaufszahl in dem betreffenden Stadtteil schlagartig angewachsen.
Jens: Das hat aber leider nicht dazu geführt, daß die Leute auch die nächsten Ausgaben des Spökenkieker massenhaft gekauft haben. Sondern wir hatten meistens das Problem, diese Leserschaft zu stabilisieren, was uns bisher nur wenig gelungen ist. Das liegt teilweise auch an unserer eigenen mangelhaften Arbeit, z.B. die schlechte Belieferung der Stadtteile. Wichtig ist dabei auch, daß wir oft nicht aktuell genug sind, und daß dann potentielle Leser wieder abspringen.
Wie löst Ihr überhaupt das Problem mit der Aktualität?
Jens: Lösen tun wir es eigentlich nicht. Wir sind da meistens etwas im Hintertreffen, weil wir eine Monatszeitung sind, und da ist schon von der Erscheinungsweise her Aktualität nur begrenzt möglich.
Klaus: Dabei müssen wir selbstkritisch zugeben, daß wir manchmal Dinge aufgreifen, die ein Vierteljahr vorher schon in der großen Tagespresse gestanden haben. Wir können daher im Augenblick nur versuchen, eine inhaltliche Alternative zur Tageszeitung zu bieten, aber noch keine Informationsalternative.
Dabei spielt noch ein anderes Problem eine Rolle. Die soziale Zusammensetzung unseres Mitarbeiterkreises begrenzt uns auch in unseren Möglichkeiten. Wir haben häufig Schwierigkeiten, an die ganz unmittelbaren Informationen aus irgendwelchen Betrieben, Institutionen oder so heranzukommen. Oft ist es so, daß wir da auch erst über die Tagespresse rankommen, und dann anfangen, genauer zu recherchieren. Wir haben auch ziemlich viele Leute, die so den großen Überblick haben, oder sich mehr für die generellen Themen wie Atomkraftwerke interessieren und dazu was machen wollen. Aber der ganz konkrete Vorfall im Alltagsleben der Leute, darauf achten viele von uns gar nicht. Und da ist oft der Einstiegspunkt für einen Skandal, den man aufdecken sollte. Das sind oft Punkte, an denen man erstmal die große politische Perspektive gar nicht sieht.
Wie sieht das Leserspektrum bei Eurer Zeitung aus?
Klaus: Quantitativ gesehen liegt ein Schwerpunkt bei etwas jüngeren Lesern, etwas anakademisierten, etwas anpolitisierten, freischwebend, liberal-demokratisch, sozialistisch und so. Aber wichtig für uns ist, daß sich das qualitativ gegenüber anderen linken Zeitungen insofern unterscheidet, als eben doch auch andere, ganz unpolitische Bürger der verschiedensten Altersklassen in sehr viel stärkerem Maße diese Zeitung kaufen, als es eben sonst der Fall ist.
Doris: Es sind viele Leute dabei, die eine Alternativzeitung zu den Kieler Nachrichten vermissen. Früher gab

SOAK Druckerei Verlag Vertrieb Pablo Neruda Haus

Am Taubenfelde 30 · 3000 Hannover 1
0511 /17618 – Neruda Haus 323423

●●●● Neuerscheinung ●●●●

Stadtentwicklung ★

Ansätze einer **materialistischen Stadtentwicklungsgeschichte**, die die Triebkräfte der Stadtentwicklung von einer ökonomischen Fragestellung aus zu erklären versucht. In 22 Kapiteln und 4 Exkursen wird die Stadt als **siedlungsmäßiger Ausdruck politisch-ökonomischer Bedingungen** untersucht.
421 Seiten 70 Abbildungen Preis: 20,-

Peter Kulemann
Die Linke in Westdeutschland nach 1945

Zwischen sozialdemokratischer Integration und dem Stalinismus der KPD-das Scheitern der „Titoistischen" Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) 1950
112 Seiten **DM 7,--**

Shlomo Na'aman
Lernprozesse und Vergesellschaftung 1830 - 1869

Ein Versuch die mystifizierende Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung zu überwinden und sie als Geschichte von verwirklichten und verpaßten historischen Möglichkeiten, Irrwegen und Lernprozessen zu sehen
64 Seiten **DM 2,50**

az-extra
Grüne Bunte Listen: Höhenflug mit Bauchlandung?
98 Seiten
DM 7,80

Autoren:
Wolf Dombrowski; Anna Johansson; Wolfgang Lederer; Heide Bernstorf; Prof. Dr. Johannes Seiffert; Heinz Brandt; Jakob Moneta; Jan van Trott; Walter Bartel; Rolf Stein; Karl-Maria Schulte; Jan Peters; Ferdinand von Löwenstein; Roland Timm; Hans-Jürgen Otte

Gruppen:
Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden; Leitungsgremium des KB; SB Hessen; Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros; GLW - Frauen; GLU Niedersachsen; Grüne Liste Erlangen; Bunte Liste/Wehrt Euch, Hamburg

Coupon ausfüllen und einsenden an az-Verlag, Alexanderstraße 49, 6 Ffm 90
○ Ich lege einen Scheck bei über ..... DM
○ Ich bezahle per Nachnahme ..... Expl.
○ Ich lege den Wert bar oder in Briefmarken bei
Name, Vorname .....
Straße, Wohnort .....
Datum, Unterschrift .....
4

es ja noch eine andere Tageszeitung in Kiel, die "Volkszeitung" von der SPD. Viele Leute sagen uns, gerade Arbeiter, SPD-Wähler: "Endlich einmal eine andere Zeitung als die KN. Schade, daß wir unsere alte Volkszeitung nicht mehr haben."

Ihr betont bei Eurer Zeitung sehr stark den Bezug auf lokale Ereignisse. Warum?

Volker: Ich meine, daß wir alle realisiert haben, daß Politisierungsprozesse immer an ganz konkreten Konflikten stattfinden. Die sind oft lokal und spielen sich häufig in Bereichen ab, die von der Linken bisher wenig beachtet wurden. Es sind Alltagskonflikte, in denen sich ganz konkrete Betroffenheit herstellt. Über diese Konflikte hinaus wollen wir eine Öffentlichkeit schaffen, wo diese Konflikte verbreitert werden können, wo Informationen ausgetauscht werden können. So eine Öffentlichkeit besteht praktisch überhaupt nicht, weil die normale Öffentlichkeit, wie in der Tageszeitung, diese Sachen überhaupt nicht aufgreift, sondern oberhalb dieser Ebene Politik macht, während wir versuchen, den Leuten so eine Öffentlichkeit anzubieten, wo sie ihre eigenen Interessen auch ausdrücken können und wiederfinden. Wir versuchen dann allerdings auch als Redaktion anhand lokaler Ereignisse allgemeinere politische Zusammenhänge zu thematisieren.

Doris: Dabei möchte ich noch mal auf ein Problem zu sprechen kommen. Wir sind einfach noch nicht in der Lage, gerade zu wirtschaftlichen Dingen, also Arbeitslosigkeit usw. Alternativen aufzuzeigen. Wenn man z.B. über Betriebsstillegungen und Entlassungen berichtet, dann sind die Betroffenen oft hilflos und sagen: "Naja, das muß eben so sein, und ne andere Möglichkeit gibt es eben nicht." Und da müßten wir doch in der Lage sein, Alternativen aufzuzeigen.

Volker: Ja, wir haben eigentlich eine sehr defensive Einstellung in unserer Zeitung. Und zwar defensiv insofern, als wir sagen: Das ist schlecht und das ist schlecht. Manche sagen, wir seien ein Meckerblatt. Aber ein Mangel der Zeitung ist, daß wir wenig offensiv positive Vorstellungen entwickeln und sagen: "So und so wollen wir das haben." Es ist natürlich die Frage, wieweit das im Augenblick immer möglich ist.

Klaus: Vor einer Überschätzung der Funktion unserer Zeitung würde ich allerdings warnen. Und zwar deswegen, weil wir in der Bundesrepublik immer solche Entwicklungsphasen der Linken haben: immer wenn ne Frustration über Erfolglosigkeit einer bestimmten Strategie durchgreifend genug war, hat man auf ein neues Pferd gesetzt. Und es ist jetzt ein bißchen die Gefahr, daß man sich einbildet, man könne mit Alternativzeitungen die Gesellschaft verändern. Das kann man wirklich nur durch konkrete Tätigkeit, durch Aktivitäten, und so eine Alternativzeitung kann da einfach nur ein Informationspotential aufrechterhalten, das diese Bewegung braucht. Wir haben da eher eine Zubringerfunktion und dürfen uns nie einbilden, die Bewegung würde von einer Alternativzeitung angeleitet. Das würde nur zu neuen Frustrationen führen.

Es gibt ja dieses Projekt einer linken Tageszeitung, die sich sehr stark auf die Alternativzeitungen als Lokalredaktionen stützen will. Wie schätzt Ihr das ein?

Jens: Unsere Einschätzung ist da recht pessimistisch, was die Möglichkeit einer Realisierung betrifft.

Doris: Ich würde das als eine gewisse Entmündigung betrachten und eine Einschränkung unserer Souveränität. Dann wird es so kommen: Dann bekommt jeder so eine kleine Lokalseite, aber die große politische Linie, die Einschätzung, die wird dann von der Zentrale geliefert. Das entspricht nicht unserem Ziel, daß wir versuchen wollen, Emanzipationsbewegungen von unten voranzutreiben.

Volker: Ich halte das auch für eine Instrumentalisierung der Alternativzeitungen. Der Charakter der Alternativzeitungen liegt eben nicht darin, daß sie Lokalbeilagen irgendeiner großen Zeitung sind, sondern daß sie wirklich autonome Zeitungen am Ort sind, die als ihren Schwerpunkt lokale Geschehnisse haben. Außerdem meine ich, daß es ein großer Irrtum ist, wenn man davon ausgeht, daß die vielen auch sehr unterschiedlichen Alternativzeitungen sich in eine zentrale linke Zeitung integrieren ließen, weil ein großer Teil der Alternativzeitungen ein ganz anderes Spektrum anspricht und gerade die Beschränkung auf die linke Szene ansatzweise durchbrochen hat und ganz andere Leute erreicht. Es wäre der Tod vieler Alternativzeitungen, wenn sie sich in eine linke Tageszeitung integrieren würden.

Klaus: Für überflüssig halte ich 'ne linke Tageszeitung, die willentlich oder unwillentlich 'ne linke Scene bedienen will. Für ausgesprochen wichtig würde ich halten eine Tageszeitung, die alternative Informationen und alternative Standpunkte zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen bringt. Ich würde solch eine Tageszeitung als wesentliche Ergänzung sehen. Allerdings nur dann, wenn die lokalen Alternativzeitungen darin nicht eingehen würden, sondern 'ne wechselseitige Ergänzung fänden.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist spätestens der 15. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Drucksache "Betrifft: RUSSELL-Tribunal" mit anhängender Zahlkarte; Flugblatt zum Jugendhilfetag 1978 "Die Alltagsrealität in den Mittelpunkt stellen"; Bücher-Prospekt des VSA-Verlag Hamburg; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere rückwirkend zum 1.7.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1978 DM 14,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift